

**HESSISCHER LANDTAG**

25. 06. 2013

142. Sitzung

Wiesbaden, den 25. Juni 2013

Amtliche Mitteilungen	10137	Frage 883	10141
<i>Entgegengenommen</i>	10140	Manfred Pentz	10141
Präsident Norbert Kartmann	10137, 10139, 10139	Minister Dr. Thomas Schäfer	10141, 10142
Dr. Thomas Spies	10137	Sigrid Erfurth	10141
Holger Bellino	10138	Frage 884	10142
Mathias Wagner (Taunus)	10138, 10139	Claudia Ravensburg	10142, 10142
Hermann Schaus	10138	Minister Stefan Grüttner	10142, 10142, 10142
Dr. Frank Blechschmidt	10139	Petra Fuhrmann	10142
Bericht des Präsidenten des Landtags nach § 22 des Hessischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen zum 1. Juli 2013 – Drucks. 18/7446 –	10137	Frage 885	10142
<i>Entgegengenommen</i>	10137	Peter Stephan	10142
Präsident Norbert Kartmann	10137	Ministerin Lucia Puttrich	10143
1. Fragestunde – Drucks. 18/7443 –	10140	Frage 886	10143
<i>Abgehalten</i>	10153	Timon Gremmels	10143, 10143, 10143
Frage 882	10140	Minister Florian Rentsch	10143, 10143, 10144, 10144, 10144
Heike Habermann	10140, 10141	Tarek Al-Wazir	10144
Ministerin Nicola Beer	10141, 10141, 10141	René Rock	10144
Hans-Jürgen Irmer	10141	Frage 887	10144
		Timon Gremmels	10145, 10145, 10145
		Ministerin Lucia Puttrich	10145, 10145, 10145

Frage 888	10145	2. Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „Innovationen der hessischen Wissenschaft nutzen den Menschen und sichern den Wohlstand der Gesellschaft“	10153
Dr. Ralf-Norbert Bartelt	10145, 10146	<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	10173
Minister Stefan Grüttner	10146, 10146, 10146, 10146	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	10153
Marcus Bocklet	10146	Gernot Grumbach	10157, 10159
Heike Hofmann	10146	Manfred Pentz	10158
Frage 889	10146	Dr. Matthias Büger	10161
Torsten Warnecke	10146, 10147, 10147	Daniel May	10164
Minister Boris Rhein	10146, 10147, 10147, 10147	Janine Wissler	10168
Timon Gremmels	10147	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	10171
Frage 890	10148	3. Wahl der Vertrauensleute und der stellvertretenden Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichterinnen und Finanzrichter beim Finanzgericht Kassel	10173
Torsten Warnecke	10148, 10148	Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Minister Stefan Grüttner	10148, 10148	– Drucks. 18/7541 –	10173
Frage 891	10148	<i>Gewählt:</i>	
Gerhard Merz	10148, 10149, 10149	<i>Wie Wahlvorschlag</i>	10173
Minister Boris Rhein	10148, 10149, 10149	8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz) sowie zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung	
Frage 892	10149	– Drucks. 18/7488 zu Drucks. 18/7253 –	10173
Dr. Ulrich Wilken	10149, 10150, 10151	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Minister Boris Rhein	10149, 10150, 10150, 10151, 10151	<i>Gesetz beschlossen</i>	10181
Hans-Jürgen Irmer	10149	Ellen Enslin	10173
Alexander Bauer	10150	Manfred Pentz	10174
Frage 893	10151	Willi van Ooyen	10175
Ernst-Ewald Roth	10151, 10152	Norbert Schmitt	10176
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	10152, 10152	Alexander Noll	10178
Frage 894	10152	Frank-Peter Kaufmann	10179
Brigitte Hofmeyer	10152, 10152, 10153	Minister Dr. Thomas Schäfer	10180
Minister Florian Rentsch	10152, 10152, 10153	Anlage	10183
<i>Anlage</i>	10183	<i>Die Fragen 895, 897, 898, 900, 901, 904, 907 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 896, 899, 902, 903, 905 und 906 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>	

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund
Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Nicola Beer
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Steffen Saebisch
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Jochen Paulus

(Beginn: 15:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Hessischen Landtags und stelle die Beschlussfähigkeit fest. – Dem widerspricht keiner, dann ist das auch so.

Vor Eintritt in unsere geschäftsmäßige Tagung berichte ich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen:

Bericht des Präsidenten des Landtags nach § 22 des Hessischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigungen von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen zum 1. Juli 2013 – Drucks. 18/7446 –

Nach § 22 des Hessischen Abgeordnetengesetzes ist der Präsident des Landtags dazu verpflichtet, dem Landtag jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen zu erstatten. Daher gebe ich Ihnen diesen Bericht, der am 20. Juni 2013 in Ihren Fächern verteilt wurde, hiermit zur Kenntnis. Ich darf darauf hinweisen, dass der Angemessenheitsbericht, den Bestimmungen entsprechend, vom Plenum entgegengenommen wird. – Damit ist er im Vollzug.

Zur Tagesordnung möchte ich Folgendes mit Ihnen besprechen. Die Tagesordnung vom 18. Juni 2013 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 76 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkten 71 bis 75, entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 halten wir sie am Donnerstagmorgen um 9 Uhr mit jeweils fünf Minuten Redezeit pro Aktuelle Stunde ab.

Interfraktionell wurde vereinbart, Tagesordnungspunkt 57, die Beschlussempfehlung zum Landesentwicklungsplan, nach Tagesordnungspunkt 14 aufzurufen.

Außerdem wurde vereinbart: Tagesordnungspunkt 14 wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 20 aufgerufen, Tagesordnungspunkt 23 wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 44 aufgerufen, Tagesordnungspunkt 45 wird nach Tagesordnungspunkt 13 aufgerufen, die verbundenen Tagesordnungspunkte 51 und 57 werden nach Tagesordnungspunkt 53 aufgerufen, und Tagesordnungspunkt 68 wird am Donnerstag aufgerufen.

Es ist jetzt noch vorgeschlagen worden, Tagesordnungspunkt 41 mit Tagesordnungspunkt 47 nach der entsprechenden Aktuellen Stunde aufzurufen und abzustimmen. Das ist unproblematisch, eher eine Verkürzung. Insofern bedanke ich mich dafür und stelle Ihre Zustimmung fest.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend verantwortungsvolle Rückführung aufbereiteter Brennstäbe – keine Zwischenlagerung in Biblis, Drucks. 18/7533. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 77, bei fünf Minuten Redezeit pro Fraktion. – Kein Widerspruch, dann verfahren wir so.

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend 17. Juni 1953 – ein stolzes Datum in der Geschichte deutscher Freiheitsbewegungen, Drucks. 18/7542. Wird die Dringlichkeit be-

jaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 78, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 39 aufrufen, wenn kein Widerspruch besteht. – Das ist der Fall. Getrennte Abstimmung ist klar.

Ich rufe auf: Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Landesregierung versagt erneut in der Bereitstellung der Partikeltherapieanlage am UKGM, Drucks. 18/7543. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Tagesordnungspunkt 79. Die Redezeit ist fünf Minuten pro Fraktion.

Zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Spies.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist nicht nur dringlich, sondern er gehört in den Gegenstand der Beratung am heutigen Tag, nämlich wenn die Landesregierung eine Regierungserklärung zur Wissenschaftspolitik abgibt. Deshalb beantragen wir seitens der SPD-Fraktion, diesen Antrag, der sich mit einem vermeintlichen Leuchtturmprojekt beschäftigt, diesen Antrag, der den wesentlichen wissenschaftlichen Durchbruch im Zusammenhang mit der Privatisierung bedeuten sollte und der erneut das Scheitern der Landesregierung in diesem zentralen wissenschaftspolitischen Projekt, nämlich der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg, demonstriert, gemeinsam mit der Regierungserklärung der Ministerin aufzurufen, um ihr bei der Gelegenheit gleich die Möglichkeit zu eröffnen, zu den in diesem Zusammenhang aufgerufenen Fragen zu den aktuellen Verhältnissen dieses ohne Zweifel zentralen Projekts Auskunft zu geben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Denn mit den neuerlichen Erkenntnissen über den Zustand der Partikeltherapieanlage und insbesondere die Kündigung des Mietvertrages für die Immobilie, eine preisgekrönte Immobilie mit drohendem Leerstand, ergibt sich dringend die Notwendigkeit, dass die Ministerin auf diese Frage Auskunft erteilt, und zwar vor diesem Hause.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Dringlichkeit der Berichterstattung im Zusammenhang mit der Regierungserklärung ergibt sich auch daraus, dass angesichts der wiederholten Hinauszögerungen und der endlosen Liste der Zugeständnisse zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht mehr damit gerechnet werden kann, dass diese Anlage irgendwann, geschweige denn, zu dem anstehenden Termin Anfang nächsten Jahres, zur Anwendung am Menschen zur Verfügung steht.

Deshalb gibt es eine ganze Reihe von Fragen, die eine Vielzahl von wichtigen Informationen für dieses Haus bieten, von denen wir glauben, dass die Ministerin sie heute im Zusammenhang mit der Regierungserklärung darstellen sollte. Wir sind zuversichtlich, dass sich eine verantwortungsvolle Landesregierung bereits hinreichend intensiv mit diesen Fragen beschäftigt hat,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Der war gut!)

sodass sie das heute tun kann. Deshalb beantragen wir seitens meiner Fraktion, den Dringlichen Antrag der SPD-

Fraktion gemeinsam mit der Regierungserklärung aufzufahren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Bellino für die Fraktion der CDU, zur Geschäftsordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann man ja nicht ablehnen!)

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, wir lehnen es nicht ab, darüber zu sprechen. Wir haben aber eine andere Auffassung darüber, wann wir dieses wichtige Thema besprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Ah, Sie sind vorbereitet! – Zuruf von der SPD: Sondersitzung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wir wollen Ihnen doch ins Stammbuch schreiben, dass wir seit Jahr und Tag über das UKGM sprechen, das wir über die Partikeltherapieanlage sprechen. Vor allem sprechen die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen nicht nur darüber, sondern sie handeln auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen und Zurufe von der SPD – Glockenzeichen des Präsidenten)

Wir werden ausreichend Gelegenheit haben, Ihnen das darzulegen. Wir freuen uns auch darüber, dass Sie zehn Minuten dafür reservieren wollen. Herr Dr. Spies, wenn Sie sich vorbereiten, können Sie auch etwas sagen und nicht nur reden. Bei einem solch wichtigen Thema ist das auch ganz bedeutsam.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb sagen wir, dass wir dieses Thema in der Tat in diesem Plenum behandeln wollen. Nach unserem Vorschlag werden wir das am Ende der Tagesordnung tun. Wir werden dafür zehn Minuten reservieren

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

und ausreichend Gelegenheit haben, dieses wichtige Thema mit Ihnen zu besprechen. Und wenn – dieser letzte Satz sei gestattet – Ihnen das wirklich so wichtig gewesen wäre, dann hätten Sie einen ordentlichen Antrag eingebracht. Sie hatten wochenlang Zeit, das zu tun, und mussten nicht auf eine Regierungserklärung warten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abg. Wagner, zur Geschäftsordnung.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Geschäftsordnungsdebatten sind bekanntlich dafür da, im Tagesord-

nungsablauf das zusammenzuführen, was zusammengehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Dann schauen wir uns doch an, wie der Titel der Regierungserklärung der Ministerin lautet: „Innovationen der hessischen Wissenschaft nutzen den Menschen und sichern den Wohlstand der Gesellschaft“. Ich stelle fest: Die Partikeltherapie ist eine Innovation der Wissenschaft. Also sollte sie auch unter diesem Tagesordnungspunkt behandelt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich stelle fest: Wenn wir über den Wohlstand der Gesellschaft reden, dann reden wir auch darüber, ob die 107 Millionen €, die an das Land zu zahlen wären, wenn die Partikeltherapieanlage nicht in Betrieb genommen wird, fällig werden. Das gehört auch zur Regierungserklärung. Passender kann ein Antrag nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Jetzt sagt der Herr Kollege Bellino: Das hätten wir vielleicht getan, wenn ein solcher Antrag schon vor einer Woche vorgelegen hätte. – Das hat er, nämlich der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 50. Deshalb beantragen wir, auch diesen Antrag gemeinsam mit der Regierungserklärung aufzurufen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

um den Vorschlag des Kollegen Bellino aufzugreifen.

Natürlich können Sie mit Ihrer Mehrheit das jetzt alles ablehnen. Das wissen wir auch. Aber, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, das Einzige, was Sie dadurch erreichen, ist, dass diese Plenarwoche unnötig länger wird. Denn über eines sollten Sie sich keinesfalls Illusionen machen: Wir reden bei der Regierungserklärung dieser Ministerin über das Versagen dieser Ministerin beim Universitätsklinikum Gießen und Marburg. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Schaus, zur Geschäftsordnung, für die Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht – und meine Fraktion sicherlich auch. Denn wir sind davon ausgegangen, dass, wenn die Regierung zu diesem Thema eine Regierungserklärung abgibt, sie umfassend über die zentralen Projekte diskutiert und darauf auch vorbereitet ist. Nun scheint dies nach der Rede des Herrn Bellino nicht der Fall zu sein, sondern die Regierung scheint zu beabsichtigen, im Rahmen ihrer Regierungserklärung über dieses Thema überhaupt nicht zu diskutieren. Deshalb meine Verwunderung.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

In Anbetracht dessen, dass gerade Sie, Herr Bellino, immer derjenige sind, der mit uns gemeinsam als parlamentarischer Geschäftsführer dafür sorgt, dass wir möglichst zügig und geordnet durch die Plenarwoche kommen,

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

finde ich es geradezu kontraproduktiv, wenn Sie vorschlagen, die Tagesordnung aufzublähen – die nach derzeitigem Stand über Mitternacht bis Freitag, 9:30 Uhr, reichen würde, wenn alle Tagesordnungspunkte abgehandelt würden.

Daraus kann ich nur schließen, dass es Ihnen ausgesprochen unangenehm ist, dieses Thema zu einer Tageszeit zu diskutieren,

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

zu der das von der Öffentlichkeit noch wahrgenommen werden kann. Sich zu verstecken, finde ich nicht in Ordnung. Das gehört zu dieser Regierungserklärung. Eine gute Ministerin ist immer gut vorbereitet. Davon gehe ich aus. Deshalb sollte sie auch dazu Stellung nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Dr. Blechschmidt für die Fraktion der FDP, zur Geschäftsordnung.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Es haben alle parlamentarischen Geschäftsführer geredet. Auch ich werde das zum Schluss tun.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, ich nicht!)

– Ja, der Herr Rudolph kommt vielleicht noch, mit allem Drum und Dran.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich doch Gedanken gemacht, wie sie die Tagesordnung aufbauen. Ich bin dem Kollegen Wagner sehr dankbar, dass er auf seinen eigenen Antrag hinweist. Vor acht Tagen in der Sitzung des Ältestenrats in Kassel und heute Morgen in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer haben wir beschlossen, den Antrag der GRÜNEN unter Punkt 50 am Ende der Tagesordnung aufzurufen. Nicht anders anzusiedeln ist Ihr Antrag. Dort gehört er hin. Das sind die Vorgaben, die die parlamentarischen Geschäftsführer gemacht haben.

Wir alle wissen: Der Donnerstagabend wird sehr lang. Das soll uns aber nicht daran hindern, diesen Tagesordnungspunkt dann dort aufzurufen, wohin er gehört und vorberaten ist, nämlich zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 50 der GRÜNEN, am Ende der Tagesordnung und nicht am Anfang der Tagesordnung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Wenn ich es zusammenfassen darf, so geht es jetzt darum, ob der Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/7543, mit der Regierungserklärung diskutiert wird, inklusive Tagesordnungspunkt 50, dem Antrag der

GRÜNEN, ob wir das gemeinsam aufrufen. Ist das verstanden worden? – Okay.

Dann frage ich: Wer dafür ist, diese drei Punkte zu verbinden, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE und bei Ablehnung der Fraktionen von CDU und FDP dieser Verfahrens Antrag abgelehnt worden ist. Damit bleibt das also Tagesordnungspunkt 79, mit einer Redezeit von fünf Minuten.

(Günter Rudolph (SPD): Zehn Minuten! Darauf haben wir uns gerade verständigt. Das war ein Antrag des Kollegen Bellino!)

– Entschuldigung, Sie haben hier einmal recht: zehn Minuten Redezeit. – Der Tagesordnungspunkt 50 bleibt auch gemäß der Einladung erhalten.

(Zurufe)

– Bitte? – Das ist gerade abgelehnt worden. Ich stelle einmal fest: Wir haben es gerade abgelehnt, diese Anträge gemeinsam aufzurufen. Das haben wir eben festgestellt.

Jetzt könnt ihr wieder beantragen, wir nehmen doch einen dazu. Aber ich habe jetzt erst einmal gefragt: Diese drei Punkte zusammen, ist das verstanden? – Ja. Dann haben wir abgestimmt. Eindeutige Mehrheit: Die bleiben getrennt.

Jetzt kommt Herr Wagner, zur Geschäftsordnung. – Das müssen wir schon klarmachen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir bitten darum, die Anträge von SPD und GRÜNEN gemeinsam aufzurufen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich stelle fest, dass dem keiner widerspricht. Oder? – Dann sind die Tagesordnungspunkte 50 und 79 gemeinsam aufzurufen.

Dann haben wir einen Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Zukunft gewinnen: Hand in Hand für gute Bildung, Drucks. 18/7544. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Tagesordnungspunkt 80, und wir bestimmen dazu eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Herr Kollege Rudolph.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Präsident, wir könnten das mit dem Setzpunkt der GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 53, aufrufen, wenn die GRÜNEN einverstanden sind!)

– Die GRÜNEN sind damit einverstanden. Der Rest des Hauses ebenso? – Dann machen wir das so.

Dann haben wir einen Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzplan 2013 bis 2017 setzt schwarz-gelbe Schuldenpolitik fort – seriöse Alternativrechnung zum Finanzplan nötig, Drucks. 18/7545. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 81, und wir

rufen ihn zusammen mit Tagesordnungspunkt 14 auf. – Okay, das machen wir so.

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend 15 Jahre schwarz-gelbe Verkehrspolitik sind gescheitert – umdenken statt weiter so, Drucks. 18/7546. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 82, und wir rufen ihn mit Tagesordnungspunkt 49 auf. – Auch das ist akzeptiert.

Weiterhin eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen braucht eine verlässliche Bildungs- und Betreuungsgarantie an Grundschulen, Drucks. 18/7548. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 83, und wir können ihn gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 48 aufrufen. – Das wird auch akzeptiert. Dabei ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion inkludiert.

Dann frage ich: Widerspricht jemand der Tagesordnung in der jetzt beschlossenen Fassung? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung insgesamt beschlossen, und wir verfahren so.

Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde. Danach fahren wir mit Tagesordnungspunkt 2 fort, der Erklärung der Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Herr Staatsminister Hahn ist heute bis 16:30 Uhr entschuldigt.

Ich will an dieser Stelle, weil es zu den Berichten passt, im Namen des Hessischen Landtags nochmals ein herzliches Dankeschön nach Kassel rufen – für einen wunderbaren Hessestag mit vielen fleißigen Leuten.

(Beifall)

Herzlichen Dank dafür, dass Kassel den Hessestag kurzfristig übernommen hat, und herzlichen Dank an alle, die sich engagiert haben, gerade im Ehrenamt, um diesen Hessestag für eine große Stadt wie Kassel zu einem großen Erlebnis werden zu lassen.

Auch die Landtagself war sehr erfolgreich. Sie verlor mit nur 3 : 1.

(Heiterkeit – Günter Rudolph (SPD): Da haben andere schon beim Zuschauen geschwitzt!)

– Zum Beispiel ich. Ich war richtig stolz auf euch, als ich gehört habe, dass ihr 3 : 1 gespielt habt. In der ersten Halbzeit sah es ein bisschen anders aus.

(Heiterkeit)

Herr Bocklet, herzlichen Dank für das Ehrentor.

(Beifall – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ist er verletzt? – Bitte sagt ihm, dass ich ihn ausdrücklich gelobt habe. Er hat das Tor zum 3 : 1 geschossen.

Wie immer danken wir unserem Torwart, Mark Weinmeister. Er ist noch etwas deprimiert. Mach dir nichts draus, es wird besser werden. Mark Weinmeister hatte sogar zwei Misserfolge. Er hat beim Melken gegen einen grünen Stadtrat verloren.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, das war Absicht. Die Regierung versucht immer, Menschen zu erfreuen. Vielen Dank, lieber Mark Weinmeister.

(Heiterkeit – Florian Rentsch (FDP): Beim Melken seid ihr GRÜNEN stark!)

Wir haben den Erlös des Spiels den Flutopfern gewidmet. Die Spende an den Deutschen Kinderschutzbund holen wir nach. Ich glaube, den Flutopfern zu helfen war wichtig und notwendig. Herzlichen Dank für die Übereinstimmung, dass wir diese Spende geben konnten.

(Beifall)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen, dass wir am Donnerstag zu Beginn der Mittagspause des Plenums im Treppenhaus des Schlosses einen Fototermin haben. Wir beteiligen uns als Hessischer Landtag mit einem Gruppenfoto der Abgeordneten an der Aktion „Gebt uns die Hand“ von World Vision. Ich bitte Sie, daran teilzunehmen. Der Fototermin ist am 27. Juni, um ca. 13 Uhr, im Treppenhaus des Schlosses.

Ich weise darauf hin, dass der Ältestenrat in seiner Sitzung am 17. Juni 2013 beschlossen hat, dass die in den Kalenderwochen 38 bis 41 vorgesehenen Ausschuss- und Plenarsitzungen nicht stattfinden werden.

Heute Abend, im Anschluss an die Plenarsitzung, kommen der Rechts- und Integrationsausschuss und der Unterausschuss Justizvollzug zu einer gemeinsamen Sitzung in Raum 510 W zusammen.

Ich gratuliere nachträglich unserer Kollegin Judith Lannert zu einem runden Geburtstag. Liebe Judith, alles Gute und Gottes Segen.

(Beifall)

Außerdem gratuliere ich nachträglich zum 60. Geburtstag unserem Vizepräsidenten Frank Lortz. Lieber Frank, meinen Glückwunsch und alles Gute.

(Beifall)

Ich habe mir heute erlaubt, dir erstmals in unser beider Leben eine Fußballmeldung wegzunehmen. Sei nicht traurig, du darfst am Donnerstagmorgen berichten, dass unsere Landtagself in Neu-Isenburg/Zeppelinheim gegen eine Mannschaft der Fraport AG angetreten ist. Der Erlös dieses Spiels wird dem Deutschen Kinderschutzbund Frankfurt am Main e. V. zugutekommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde – Drucks. 18/7443 –

Wir beginnen mit **Frage 882**. Frau Kollegin Habermann.

Heike Habermann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Lehrkräfte mit befristeten Verträgen werden nur bis zum Beginn der Sommerferien in Hessen beschäftigt?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Beer.

Nicola Beer, Kultusministerin:

Frau Abgeordnete, zum jetzigen Zeitpunkt kann diese Frage noch nicht abschließend beantwortet werden, da zurzeit das Einstellungsverfahren zum neuen Schuljahr läuft und daher noch offen ist, welche befristeten Verträge verlängert werden und welche gegebenenfalls nicht verlängert werden.

Ich kann aber darauf hinweisen, dass durch den Erlass des Hessischen Kultusministeriums aus dem Jahre 2009 und durch die Investition von rund 16 Millionen € in großem Umfang die Möglichkeit geschaffen wurde, befristet Beschäftigte auch während bzw. über die Sommerferien hinweg zu beschäftigen. Durch diese Maßnahme wurde in Hessen die Zahl der vor den Sommerferien arbeitslos gemeldeten, befristet beschäftigten Lehrkräfte von über 1.800 im Jahre 2008 auf etwas über 300 in allen Folgejahren drastisch gesenkt. Es ist davon auszugehen, dass sich auch im Jahre 2013 die Zahl auf diesem erfreulich niedrigen Niveau bewegen wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Irmer.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Ich frage die Landesregierung, ob ihr bekannt ist, dass die Zahl der befristeten Stellen im Bundesland Baden-Württemberg im Vergleich zum letzten Jahr um 1.400 % gestiegen ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Beer.

Nicola Beer, Kultusministerin:

Wir haben, wie gesagt, in die Senkung dieser Zahl erheblich investiert. Das tun nicht alle Bundesländer. Von daher gesehen sind wir an der Stelle im Vergleich zu anderen Bundesländern sicherlich sehr, sehr vorbildlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

Heike Habermann (SPD):

Frau Kultusministerin, ich wollte eigentlich nur eine Auskunft haben. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass der Landtag auf unseren Antrag das gemeinsam beschlossen hat, was in dem Erlass steht.

Frau Kultusministerin, können Sie uns zum gegebenen Zeitpunkt die aktuellen Zahlen nachliefern und die Information beifügen, wie viele der Angestellten mit befristeten Verträgen kein zweites Staatsexamen haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin.

Nicola Beer, Kultusministerin:

Frau Abgeordnete, wenn die Einstellungsverfahren abgeschlossen sind, können wir das in der darauffolgenden Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses gern miteinander besprechen. Das ist überhaupt kein Problem.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe **Frage 883** auf. Herr Kollege Pentz.

Manfred Pentz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie den Stand der Einführung zum Abruf der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) durch den Arbeitgeber?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Pentz, ich bitte zunächst um Verständnis, dass ich mich bei meinen Ausführungen etwas kürzer fassen werde, weil meine Stimme sonst den heutigen Tag nicht überdauern wird.

Grundsätzlich beurteilen wir die Einführung der elektronischen Merkmale der Lohnsteuerkarte positiv. Wie Sie wissen, laufen die entsprechenden Datenbanken bezüglich des sukzessiven Eintritts in die Flächendeckung mittlerweile stabil. Es hat leider – wie Sie ebenfalls wissen – eine fast zweijährige Verzögerung dadurch gegeben, dass die entsprechenden IT-Systeme im Zusammenspiel der verschiedenen Behörden auf Bundes- und auf Länderebene, aber beispielsweise auch auf der Ebene der Kommunalverwaltungen, nicht so funktioniert haben, wie es erwartbar gewesen wäre. Das, was jetzt gestartet worden ist, nämlich die schrittweise Integration auch größerer Arbeitgeber in das System, läuft weitestgehend stabil, sodass ich davon ausgehe, dass die von der Finanzministerkonferenz gesetzten Zeitziele eingehalten werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Erfurth.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Finanzminister, das Verfahren lief in der Finanzverwaltung sehr zögerlich an. Ist nach Ihrer Einschätzung alles, was in der Finanzverwaltung zu Verzögerungen und zu Unmut unter den Bediensteten geführt hat, inzwischen behoben? Läuft das Verfahren auch vonseiten der Finanzverwaltung fehlerfrei?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Da die Administration, insbesondere im Kontakt zum Steuerbürger, von den Kommunalverwaltungen – Stichwort: Ausstellung der Lohnsteuerkarten – auf die Finanzverwaltung übergegangen ist, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung in der Konversionsphase, in der die Dinge nicht rund liefen, die Hauptleidtragenden. Wir haben darauf reagiert und die Zahl der entsprechenden Stellen in der Finanzverwaltung durch interne Umschichtungen und befristete Beschäftigungen erhöht. Mittlerweile hat sich die Situation signifikant beruhigt; denn mit jeder Umstellung eines größeren Arbeitgebers, die weitestgehend fehlerfrei verläuft, wird die Zahl der potenziellen Bürgerinnen und Bürger geringer, die einen Anlass sehen, sich noch einmal mit dem Finanzamt rückzukoppeln.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Ich rufe **Frage 884** auf. Frau Abg. Ravensburg.

Claudia Ravensburg (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele in Spanien angeworbene Fachkräfte konnten für einen Pflegeberuf in Hessen angeworben werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, bislang wurden 47 Arbeitsverträge abgeschlossen. Der weit überwiegende Teil der Angeworbenen hat seine Arbeitsstellen inzwischen angetreten; vereinzelt sind Arbeitsverträge abgeschlossen worden, bei denen die Stelle zu einem späteren Zeitpunkt angetreten wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Ravensburg.

Claudia Ravensburg (CDU):

Meine Zusatzfrage ist: Mich würde interessieren, wie die Arbeitgeber die Möglichkeit sehen, Fachkräfte aus Spanien anzuwerben. Ist eine weitere Nachfrage zu verzeichnen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, über diese Frage wurde im Pflegeausschuss des Landes Hessen intensiv diskutiert. Sowohl die Vertreter der freien als auch die der privaten Träger haben gesagt, das ist eine einmalige Kooperation zwischen der Arbeitsverwaltung, dem Land und den Trägern von Pflegeeinrichtungen, die auch im Sinne einer Hilfestellung gegenüber den angeworbenen jungen Leuten zu sehen ist, die

ansonsten von Arbeitslosigkeit bedroht werden oder schon arbeitslos sind und hier eine Qualifikation erwerben, die sie, wenn sie nicht auf Dauer in Deutschland bleiben wollen, auch in ihrem Heimatland nutzen können. Das Projekt ist sehr positiv aufgenommen worden. Eine weitere Nachfrage ist zu verzeichnen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Minister, plant die Landesregierung, die Ausbildung zur Pflegekraft für die jungen Menschen, die in Deutschland geboren sind und einen deutschen oder einen ausländischen Pass haben, hochzufahren, um dem drohenden Pflegenotstand auch ohne Anwerbung in anderen Ländern begegnen zu können?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, es ist eine große Leistung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die Zahl der Ausbildungsplätze für Pflegekräfte zu erhöhen und den Deckel, den es seit Jahren gegeben hat, aufzuheben. Damit wird sichergestellt, dass Auszubildende, die über einen praktischen Ausbildungsplatz verfügen, einen Schulplatz erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dafür stellt die Landesregierung im Haushalt Mittel in einer bisher nicht gekannten Größenordnung zur Verfügung. Auch dies ist ein großartiges Engagement der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern insbesondere bei den Pflegekräften, die männlichen Geschlechts sind und einen Migrationshintergrund haben, eine ganz wichtige Erfahrung machen: Wir werben besonders für diese Menschen und vermitteln sie in eine Ausbildung. – Ich kann daher Ihre Frage uneingeschränkt mit Ja beantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 885, Herr Kollege Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Nach welchen Kriterien vergibt sie den Smart Energy Award?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Puttrich.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wie heißt das Ding? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber auf Anglizismen verzichten!)

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Stephan, mit dem Smart Energy Award – damit es jeder versteht: dem Hessischen Staatspreis für intelligente Energie –

(Demonstrativer Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

werden in den drei Sparten Energiespeicher, Energienetze – sogenannte Smart Grids – sowie Energieinformations- und Kommunikationstechnologie innovative und zukunftsweisende Entwicklungen in Richtung einer effizienten Energienutzung honoriert. Bei der Bewerbung um diesen Staatspreis können nicht nur Unternehmen ihre Innovationskompetenz unter Beweis stellen, sondern es gibt auch Sonderpreise für hessische Schulen und für Studenten, die für zukunftsweisende Nachwuchsprojekte ausgezeichnet werden.

Die Kriterien für die Vergabe des Smart Energy Award sind folgende: erstens wissenschaftlich-technische Leistungen, zweitens Vertriebsleistungen und Marktpuls, drittens Nachhaltigkeit, viertens Sicherheit, fünftens Innovation, sechstens Engineering und Design, siebtens Umsetzbarkeit, achtens Realisierungsgrad und neuntens Wirtschaftlichkeit.

Der Smart Energy Award umfasste 2013 fünf Preiskategorien: drei Industriepreise für die Bereiche Energiespeicher, Smart Grids sowie Informations- und Kommunikationstechnologie mit einem Preisgeld von jeweils 5.000 €, des Weiteren für Studenten einen Preis mit einem Preisgeld von 1.000 €, der alle drei oben genannten Bereiche umfasst, und einen Preis für hessische Schüler, z. B. für Physikklassen oder für Berufsschulen, der alle drei oben genannten Bereiche einbezieht und mit einem Preisgeld von 500 € dotiert ist.

Die Preisgelder in Höhe von insgesamt 16.500 € wurden durch das Umweltministerium bereitgestellt. Die aus fünf Fachleuten bestehende Jury setzt sich aus einem Vertreter des Messeveranstalters, einem Vertreter des Umweltministeriums und drei Vertretern aus dem universitären und dem industriellen Forschungssektor zusammen: Dr. Christian Cornelissen, VDE Prüf- und Zertifizierungsinstitut, Dr. Karlhorst Klotz, publish-industry Verlag, und Dr. Kai Strübbe, TÜV SÜD AG. – Das wars.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Wir kommen zu **Frage 886**. Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie steht sie zu Überlegungen, höhere Mindestabstände für Windkraftstandorte mithilfe einer Durchführungsverordnung zum Landesentwicklungsplan festzuschreiben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Gremmels, vielen Dank für diese Frage. Der Landesentwicklungsplan und seine Änderungen werden nach § 4 Abs. 5 des Hessischen Landesplanungsgesetzes von der Landesregierung mit Zustimmung des Landtags durch eine Rechtsverordnung festgestellt. Wie Sie wissen, planen wir das für diese Woche. Eine Ergänzung der Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben zur Nutzung der Windenergie – durch eine zusätzliche Durchführungsverordnung ist seitens der Landesregierung zurzeit nicht geplant.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ist Ihnen bekannt, dass ein Mitglied der Regierungsfraktion CDU, Herr Dr. Arnold, genau diesen Vorschlag in einer Kolumne der „Fuldaer Zeitung“ gemacht hat? Wie stehen Sie dazu?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Gremmels, es gibt zu diesem Thema die verschiedensten Vorschläge, weil es im Zusammenhang mit der Windkraft und der Errichtung von Windkraftanlagen in der Nähe besiedelter Gebiete massive Diskussionen in Hessen gibt, die Ihnen sicherlich nicht entgangen sein werden. Auch in Nordhessen – das Gebiet, aus dem Sie stammen – haben die Bürgerinnen und Bürger massive Ängste.

Es gibt eine ganze Anzahl von Vorschlägen, über die man aus meiner Sicht nachdenken muss, bis hin zu den Vorschlägen des Bayerischen Ministerpräsidenten. Aber, wie gesagt, zurzeit ist eine solche Durchführungsverordnung nicht geplant.

Präsident Norbert Kartmann:

Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Minister Rentsch, stehen Sie als einer der Fraktionsvorsitzenden, die die Energiekonsensbeschlüsse unterschrieben haben – auch im Hinblick auf das Ziel, die Windkraft im Binnenland auszubauen –, nach wie vor uneingeschränkt zu dem Abschlusspapier des Energiegipfels?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Kollege Gremmels, Sie sehen auch an dem Beschluss, den wir Ihnen vorgelegt haben, dem Landesentwicklungsplan, Teilplan Energie, dass wir massiv dabei sind, diesen Konsens umzusetzen. Es lässt sich aber nicht verschweigen, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern massive Ängste vorhanden sind. Wir werden in vielen Bürgergesprächen zu dem Thema, wie sich das für eine Regierung gehört, mit diesen Ängsten und Sorgen konfrontiert. Deshalb ist es richtig, nicht nur Beschlüsse umzusetzen, sondern auch über deren konkrete Durchführung in der Zukunft nachzudenken.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, nach meiner Kenntnis waren Sie letzte Woche Gast bei einer Veranstaltung der FDP Wiesbaden. Warum haben Sie da nicht darauf hingewiesen, dass das dort als schreckliches Beispiel zur Panikmache benutzte Projekt in Rheinland-Pfalz, das dort in einem Film gezeigt wurde, nach Recht und Gesetz und nach Berücksichtigung aller naturschutzfachlichen Kriterien ordnungsgemäß genehmigt worden ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Kollege Al-Wazir, ich bin dankbar, dass Sie diese Frage stellen. Bei der Veranstaltung, an der auch sehr viele grüne Mitglieder teilgenommen haben, die das Thema anscheinend auch sehr interessiert, ist sehr umfassend diskutiert worden. Sie selbst sind nicht vollständig informiert worden. Von der Bürgerinitiative, die sich massive Sorgen um unseren Wald und unsere Natur in der Region macht, ist nicht dargestellt worden, dass das Projekt nicht nach Recht und Gesetz abgelaufen ist, sondern diese Bürgerinitiative hat in einem Film, der schon zum Nachdenken anregen sollte und der, wie gesagt, auch von vielen grünen Mitgliedern gesehen worden ist, dargelegt, dass der Eingriff in die Natur massiv ist, dass z. B. für die Fundamente, die für knapp 200 m hohe Windräder in einem Wald gesetzt werden müssen, nicht nur massiv Bäume fallen müssen, sondern dass auch die Fundamentgießung ein massiver Eingriff in den Waldboden ist. Das alles hat eine Rolle gespielt. Dann wurde darüber diskutiert, ob die rechtlichen Vorgaben, die wir zurzeit haben, diesem massiven Eingriff in die Natur überhaupt noch genügen. Das war das Ziel dieser Bürgerinitiative. Das ist ein Thema, das mich interessiert. Wie gesagt: Daran, dass viele GRÜNE da waren, habe ich gemerkt, dass es auch bei den GRÜNEN auf hohes Interesse stößt.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf des Ministers Florian Rentsch: Was ist es, Herr Kaufmann? Unwahr? –

Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Ich habe entschieden, dass die Wortmeldung von Herrn Rock einige Sekunden vor der von Frau Erfurth war. – Bitte schön, Herr Rock.

René Rock (FDP):

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass Frau Simon, die grüne Planungsdezernentin im Regionalverband, sich weigert, wichtige Daten über Windvorrangflächen bekannt zu machen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich ein Bild machen können, wo künftig Windräder errichtet werden können? Es ist ein wichtiger Aspekt der Transparenz und davon, die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Ist Ihnen das bekannt, und gedenken Sie, etwas zu unternehmen, dass diese Daten endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Rock, die Regionalversammlung ist für diesen Bereich zuständig. Herr Kollege Kaufmann, der gerade wieder dazwischengerufen hat, hat, wenn ich es richtig weiß – Herr Kaufmann, bitte widersprechen Sie mir, wenn ich das falsch wiedergebe –, von dieser Bürgerinitiative, die bei uns aufgetreten ist, von wirren Geistern gesprochen. Ich glaube, so wurde es in der Presse wiedergegeben. Es ist erstaunlich, dass sich die Regionalversammlung, wo auch GRÜNE Verantwortung tragen, nicht dafür einsetzt, dass hier für Transparenz gesorgt wird,

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der CDU)

dass frühzeitig informiert wird, sondern zurzeit versucht wird, die Planung über die Landtagswahl zu retten, anscheinend damit Bürger nicht wissen, wo Windkraftanlagen gebaut werden sollen. Wir denken darüber nach, auch im Sinne von Transparenz, aber auch im Interesse eines rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrens, wie man es erreichen kann, dass diese Pläne veröffentlicht werden. Denn, ich glaube, hier hat niemand etwas zu verheimlichen. Auf der anderen Seite könnte sich dieser Eindruck aufdrängen, wenn man zurzeit das Agieren der rot-grünen Spitze in der Regionalversammlung sieht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war völlig falsch! – Gegenruf des Ministers Florian Rentsch: Was haben Sie dann gesagt? – Zurufe von der CDU und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 887, Herr Kollege Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Kosten sind dem Land Hessen im Zusammenhang mit dem Antrag von BNK zur Aufsuchung von Schiefergasfeldern mittels Fracking in Nordhessen entstanden?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Umweltministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Abg. Gremmels, im Zusammenhang mit der Genehmigung oder, besser gesagt, mit dem Antrag der Aufsuchung von Schiefergasfeldern in Hessen sind dem Land Hessen Verwaltungskosten und Kosten für die zwei Ihnen bekannten Gutachten entstanden. Ein Gutachten wurde vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie erstellt. Dieses Gutachten bewertete die drei in Deutschland existierenden Gutachten hinsichtlich der Auswirkungen bei der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen aus nicht konventionellen Lagerstätten im Hinblick auf die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse in Nordhessen. Darin wurde auch auf die rohstoffgeologischen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Gewinnbarkeit von Schiefergas näher eingegangen.

Das Rechtsgutachten von Frau Prof. Dr. Monika Böhm von der Universität Marburg befasste sich grundlegend mit den rechtlichen Voraussetzungen einer bergrechtlichen Erlaubnis nach § 7 Bundesberggesetz. In dem Gutachten wurden insbesondere die Versagungsgründe des § 11 Nr. 10 Bundesberggesetz einer vertieften juristischen Überprüfung unterzogen. Sie merken an meiner Formulierung, dass die Gutachten meines Erachtens auch über den konkreten Antrag hinaus verwendbar sind.

Für die Gutachten, die erstellt wurden, sind Kosten in Höhe von rund 106.000 € entstanden, wobei für das HLUG der Personalaufwand anhand der Personalkostentabelle ermittelt wurde. Wie gesagt, das Gutachten von Frau Prof. Böhm wurde beziffert. Das heißt, wir sind im Moment für beide Gutachten, das vom HLUG erstellte Gutachten und das von Frau Prof. Böhm, bei einer Gesamtsumme von rund 106.000 €. Nicht genau beziffern kann ich den Verwaltungsaufwand, der im Ministerium und im RP damit einherging.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Wie ist die Kostenverteilung mit BNK Deutschland? Welchen Anteil muss der Antragsteller für dieses Genehmigungsverfahren dem Land Hessen erstatten?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Gutachten wurden nicht im Auftrag des Antragstellers, sondern im Zusammenhang mit der Genehmigung erstellt. Deshalb werden die Kosten, die für die Gutachten angefallen sind, nicht auf den Antragsteller umgelegt.

Präsident Norbert Kartmann:

Weitere Zusatzfrage, Herr Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Der „HNA“ vom 07.06. ist zu entnehmen, dass sich der Anwalt von BNK überrascht zeigte, dass die Ablehnung seines Antrags durch das Umweltministerium bzw. durch das RP Darmstadt eingegangen ist. Zitat:

Man wisse nichts von einer Ablehnung, sagte er ... auf Anfrage ... Mehr noch: Vor wenigen Tagen habe das RP Darmstadt als zuständige Bergbehörde wissen lassen, man könne von einer Sucherlaubnis ausgehen, alle Voraussetzungen dafür seien erfüllt.

Meine Frage in diesem Zusammenhang: Mussten Sie das RP Darmstadt anweisen, diesen Aufsuchungsantrag nicht zu genehmigen, bzw. gab es Stimmen aus Ihrer Fachbehörde, die sich für eine Aufsuchungserlaubnis ausgesprochen haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Gremmels, ich hatte Ihnen schon im Fachausschuss erläutert, dass hier das RP Darmstadt verfahrensführend gewesen ist und auch weiterhin bleibt. Das heißt, das RP Darmstadt hat diesen Antrag beschieden. Selbstverständlich gab es inhaltliche oder fachliche Rückkopplungen zwischen dem RP und dem Umweltministerium. Verfahrensführend ist, war und bleibt das Regierungspräsidium Darmstadt. Es gab keine Anweisung vom Umweltministerium. Selbstverständlich wurde das auch innerhalb des RP inhaltlich und fachlich diskutiert. Der RP ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Antrag abgelehnt wird, wie es auch vollzogen wurde.

Ich kann Ihnen nicht kommentieren, wie ein Antragsteller bestimmte Dinge wahrnimmt oder nicht. Das habe ich auch nicht zu kommentieren. Ihm wurde sehr frühzeitig dargelegt, dass er mit einer Ablehnung zu rechnen hat.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 888, Herr Abg. Dr. Bartelt.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kinder sind derzeit in Sinnatal-Sannerz in der geschützten Unterbringung?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, es ist wichtig, in regelmäßigen Abständen Auskunft zu dieser Fragestellung zu geben. In der intensivpädagogischen Gruppe Murialdo der Jugendhilfeeinrichtung Don Bosco Sannerz sind mittlerweile sieben von acht Plätzen belegt. Vier der Bewohner kommen aus Hessen und jeweils einer aus Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Somit steht noch ein freier Platz zur Verfügung. Der Einrichtung liegen dafür mehrere Anfragen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen vor.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Dr. Bartelt.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Angesichts dieser Belegungszahlen sowie der Tatsache, dass sich auch Jugendämter außerhalb Hessens für dieses pädagogische Konzept interessieren: Hat sich nach Ihrer Beurteilung die Einrichtung insgesamt bewährt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, wir gehen davon aus, dass die Jugendämter aus den einzelnen Bereichen in Hessen von der inhaltlich richtigen Arbeit dieser Einrichtung überzeugt sind. Deshalb gehe ich davon aus, dass nach Abschluss dieser Maßnahmen auch eine Bewährung dargestellt wird.

Die Anfragen zeigen sehr deutlich, dass das Angebot, das in Hessen vorgehalten werden sollte und das die Hessische Landesregierung mit Unterstützung der sie tragenden Fraktionen umsetzt, angenommen wird und es damit auch das richtige Angebot ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, wird das Projekt – wie es einmal beabsichtigt war – wissenschaftlich oder unabhängig begleitet? Und warum sind 50 % der Belegung nicht hessisch?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, über die Belegung entscheidet das Jugendamt des Kreises. Momentan können wir leider nicht alle hessischen Anfragen bedienen. Gleichzeitig wird natürlich eine wissenschaftliche Begleitung vorgenommen.

Diese wird von der Hessischen Landesregierung mitfinanziert.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Hofmann.

Heike Hofmann (SPD):

Ich möchte an die Frage von Herrn Bocklet anschließen. Können Sie konkretisieren, durch wen bzw. durch welches Institut und in welchem Umfang die wissenschaftliche Begleitung vorgenommen wird? Inwieweit erfolgt eine entsprechende Evaluierung des Projekts?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, ich verweise auf die einschlägigen Beschlüsse des Hessischen Landtags und die Informationen; ich reiche sie Ihnen gern nach.

Die wissenschaftliche Evaluation ist gewährleistet. Sie wird durch ein unabhängiges Institut – den Namen habe ich momentan nicht parat, ich reiche ihn nach – vorgenommen. Damit ist all das, was an Voraussetzungen zu erfüllen ist, gewährleistet.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich komme zur **Frage 889**. Herr Abg. Warnecke.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie, Kommunen, die innerhalb des E.ON-Mitte-Netzes liegen und bisher keine Anteilseigner sind, kommunalrechtlich und -aufsichtlich die Möglichkeit zu eröffnen, sich an dem Kauf des Netzes zu beteiligen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Warnecke, der Landesregierung ist bekannt, dass es Kommunen gibt, die bisher keine Anteilseigner am Energieunternehmen E.ON Mitte sind und die sich an dem von Ihnen angesprochenen Netzerwerb beteiligen möchten.

Einer derartigen wirtschaftlichen Betätigung stehen die Regelungen der Gemeindeordnung nicht von vornherein entgegen. Ihnen ist § 121 Abs. 1 HGO bekannt, worin es heißt:

Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und

3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Die genannten Voraussetzungen sind anhand einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung auf der Grundlage einer Markterkundung durchzuführen. Diese beurteilt gleichzeitig auch die Chancen und Risiken der beabsichtigten Betätigung. Insoweit bedarf es im Einzelfall immer einer individuellen Bewertung, ob die Investition für eine Kommune rentierlich und, gemessen an der Leistungsfähigkeit, darstellbar ist. Darüber hinaus hat die Kommune darzulegen, inwieweit das sogenannte Subsidiaritätserfordernis gewahrt ist. Diese Fragestellung kann daher nicht losgelöst vom Einzelfall beantwortet werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Staatsminister, Sie werden zugeben müssen, dass Sie selbst Kommunen – und damit meine ich Landkreise –, die derzeit unter dem Schutzschirm stehen, die Möglichkeit der Beteiligung eröffnen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeitsprüfung werden Sie wahrscheinlich pauschal gegenüber allen bisherigen Anteilseignern geprüft haben, ob Sie es ihnen untersagen sollten oder nicht.

Insofern steht die Frage im Raum, wieso Sie – wenn die Wirtschaftlichkeit für die bisherigen zwölf Anteilseigner nicht infrage steht – einzelnen Kommunen, die sich wirtschaftlich betätigen müssen, eine zusätzliche Wirtschaftlichkeitsprüfung auferlegen wollen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Es sind keine zusätzlichen Wirtschaftlichkeitserwägungen oder -voraussetzungen, es ist das, was das Gesetz normiert, Herr Abg. Warnecke.

Ich will aber sehr deutlich sagen, dass die Teilnahme einer Kommune am Kommunalen Schutzschirm der Aufnahme einer entsprechenden wirtschaftlichen Betätigung grundsätzlich nicht im Wege steht. Im Hinblick auf § 121 HGO gilt in einem solchen Fall zunächst weiterhin, dass die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune stehen muss. Im Fall einer Schutzschirmkommune ist aber zusätzlich schon auch darauf zu achten, dass die mit der wirtschaftlichen Betätigung verbundenen Aufwendungen nicht zu einer Abweichung vom vertraglich vereinbarten Konsolidierungspfad führen. Das ist die Voraussetzung, die für Kommunen gelten muss, die den Kommunalen Schutzschirm in Anspruch nehmen.

Präsident Norbert Kartmann:

Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Staatsminister Rhein, da die Verträge noch nicht geschlossen wurden, darf ich Sie allerdings fragen, ob die von Ihnen angesprochene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die in Rede stehenden bisherigen Anteilseigner von Ihrer Seite schon vorgenommen wurde oder ob Sie sie noch vorzunehmen beabsichtigen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Bislang liegen den Aufsichten in Hessen weder Anzeigen von Kommunen über den Erwerb von Geschäftsanteilen von E.ON Mitte vor, noch sind irgendwelche Ergebnisse des – ich sage es sehr deutlich – gesetzlich erforderlichen Markterkundungsverfahrens bekannt.

Ein ganz wichtiger Punkt, auf den ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen möchte, ist, dass Entscheidungen der Kommune über eine wirtschaftliche Betätigung nach § 127a HGO der jeweiligen Kommunalaufsicht anzuzeigen sind. Ich kann nur empfehlen, das so frühzeitig wie möglich zu machen, damit man nicht am Ende in die Röhre schaut und möglicherweise bereits Wege beschritten hat, die Kosten verursacht haben, ohne dabei zu wissen, wie die Kommunalaufsicht vor Ort in dieser Frage befindet. Insofern empfehle ich, vor Ort so früh wie möglich über solche Dinge zu sprechen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Gremmels.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Innenminister, wie schnell wäre Ihr Ministerium denn als Aufsichtsbehörde in der Lage, entsprechende Anträge der Kommunen daraufhin zu prüfen, ob diese auch in Einklang mit § 121 HGO stehen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Zunächst einmal ist nicht das Innenministerium die entsprechende Aufsicht, sondern es sind die Aufsichten vor Ort zuständig. Das kommt, ich bitte um Verzeihung, auf den jeweiligen Einzelfall an. Wichtig ist jedoch, dass es eine Markterkundung gibt, welche die Chancen und Risiken der beabsichtigten Betätigung beurteilt und bewertet. Je besser und umfangreicher sie ausfällt, desto leichter fällt die Prüfung den entsprechenden Aufsichten, sodass sie es nach meinem Dafürhalten ziemlich rasch durchprüfen können sollten.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 890, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie die Vorgabe nach definitiver Begleichung eines Drittels der Betriebskosten für einen Kindertagesstättenplatz, angesichts einer finanziellen Grundabsicherung für ein Kind einer Familie mit Durchschnittseinkommen in Höhe von 184 € Kindergeld monatlich, für angemessen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Sozialminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, das Landesrecht sieht keine Regelung über die Höhe der Elternbeiträge vor.

(Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Gemäß § 31 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz können für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege Teilnahmebeiträge oder Kostenbeiträge festgesetzt werden. Die Regelung sieht weiter vor, dass diese Teilnahmebeiträge oder Kostenbeiträge nach Einkommensgruppen und Zahl der Kinder oder der Familienangehörigen gestaffelt werden können.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Zusatzfrage von Herrn Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, dass der Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und wahrscheinlich auch andere Kommunalaufsichten ihren kreisangehörigen Kommunen mitgeteilt haben, dass sich die Kindertagesstättenbeiträge an einem Drittel der Betriebskosten orientieren sollten, es sei denn, diese Kommune ist eine, die einen im wahrsten Sinne des Wortes ausgeglichenen Haushalt hat? Ansonsten wäre anzustreben, dass bis zu einem Drittel der Betriebskosten vonseiten der Kindertagesstätten Träger zu verlangen sei.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, mir ist bekannt, dass es diese Empfehlungen seitens unterschiedlicher Landräte gibt. Aber – das sei an dieser Stelle deutlich festgehalten – die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden, schon vom 6. Mai 2010, sieht eine Festlegung von Elternbeiträgen nicht vor. Vielmehr wird dort unter Nr. 8 der einschlägigen Bestimmung ausdrücklich geregelt, dass die

Kommunen grundsätzlich selbst entscheiden, in welcher Höhe sie Elternentgelte erheben:

Werden aus sozialen Gründen Elternentgelte gestaffelt, soll der diesbezügliche Verzicht auf Erträge der Kommune bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ nicht nachteilig angerechnet werden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Ich komme zu **Frage 891** des Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie steht sie zur Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens?

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Merz, in Hessen gibt es weder beamtenrechtliche noch arbeits- oder tarifrechtliche Vorgaben für anonymisierte Verfahren. Insoweit können grundsätzlich auch anonymisierte Bewerbungsverfahren durchgeführt werden. Ich denke aber schon, dass man darauf hinweisen muss, dass gerade bei der Einstellung von Beamtinnen und Beamten das verfassungsrechtliche Prinzip aus Art. 33 Abs. 2, also das Prinzip der Bestenauslese, zu beachten ist.

Das Instrument der anonymisierten Bewerbung kommt deswegen aus beamtenrechtlicher Sicht nur insoweit in Betracht, als es mit den besonderen Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses vereinbar ist. Ich sage das insbesondere im Hinblick auf § 7 Beamtenstatusgesetz, weil z. B. auf die Angabe der Staatsangehörigkeit im Hinblick auf § 7 nicht verzichtet werden kann. Die Staatsangehörigkeit ist eine zwingende Voraussetzung, die dann nichts mit eventueller Diskriminierung zu tun hat. Deswegen muss man schon sagen, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren im Beamtenbereich insoweit eingeschränkt werden, als die für das Beamtenverhältnis zwingenden Voraussetzungen mitgeteilt werden müssen.

Es gibt eine interessante Untersuchung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Sie ist im Jahre 2012 durchgeführt worden, und dazu ist ein Pilotprojekt abgeschlossen worden. Dieses Pilotprojekt hat ergeben, dass hinsichtlich der „Vorauswahl“ zur Einladung zu Bewerbungsgesprächen anonymisierte Bewerbungsverfahren zu einer überwiegend gleichen Einladungswahrscheinlichkeit von potenziell von Diskriminierung betroffenen Personengruppen im Vergleich zu nicht potenziell von Diskriminierung betroffenen Personengruppen geführt haben.

Ich weise auch darauf hin, dass es im Rahmen dieser anonymisierten Bewerbungsverfahren als problematisch anzusehen ist, dass der Fördergedanke in Bezug auf unterrepräsentierte Gruppen erst in einem sehr späten Verfahrensstadium des Auswahlverfahrens Beachtung finden kann. Deswegen ist die Position der Landesregierung, dass man,

bis Piloterfahrungen aus anderen Landesverwaltungen vorliegen, aus denen abgeleitet werden kann, für welche konkreten Einstellungsbereiche die anonymisierten Bewerbungsverfahren als Standardverfahren sinnvoll sind, erst einmal abwarten sollte.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Zusatzfrage von Herrn Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatsminister, darf ich Ihre Antwort so verstehen, dass Sie keine grundsätzlichen Einwände gegen die Prüfung der Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren haben, auch im Hinblick auf Beamte? Das, was Sie hier im Hinblick auf Beamte gesagt haben, würde sich nur auf den Punkt deutsch/nicht deutsch beziehen und ansonsten die Frage der Anonymität unberührt lassen. Das würde sich nur darauf beziehen, aber sicher nicht auf die Bewerbungsverfahren für Angestellte und Arbeiter im Landesdienst. Sie schließen also nicht grundsätzlich aus, eine solche Maßnahme zu prüfen?

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Merz, für die Beamten ist die Lage klar. Das ist exakt so, wie Sie es gesagt haben. Wenn es gewisse beamtenrechtliche Voraussetzungen gibt, dann können die Verfahren nicht anonymisiert ablaufen.

Für den anderen Bereich ist es so, dass sich der Unterausschuss Personal und öffentliches Dienstrecht – das ist der Arbeitskreis VI im Rahmen der Innenministerkonferenz – bereits mehrfach mit dem Thema anonymisierte Bewerbungsverfahren befasst hat. Zuletzt hat er sich damit befasst in der Vorbereitung auf die Konferenz im März 2013. Die Einschätzungen zum Thema insgesamt sind in diesem Arbeitskreis der Innenministerkonferenz, der sich aus Vertretern aller Bundesländer zusammensetzt sehr verhalten – ich sage es einmal so. Grundsätzlich ist es durchaus ein denkbares, mögliches, nicht völlig von der Hand zu weisendes Verfahren. Das Thema ist im Übrigen auch in einer interministeriellen Arbeitsgruppe im Lande Hessen erörtert und als derzeit nicht zu empfehlen bewertet worden.

Trotzdem gilt natürlich: Wir sollten zunächst einmal die weiteren Erfahrungen beispielsweise aus Baden-Württemberg, die sich derzeit in der Phase befinden, abwarten. Erfahrungen einer Vertreterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen haben beispielsweise ergeben, dass sie von dem Verfahren insgesamt nicht sehr überzeugt sind. Es gibt also solche Meinungen und solche Meinungen darüber.

Wir sollten mit Gelassenheit dort herangehen und uns anschauen, was andere machen, wie andere damit zurechtkommen, und es auf Wiedervorlage legen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Zweite Zusatzfrage des Kollegen Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatsminister, unabhängig von der Frage nach der möglichen Wirksamkeit der Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens: Teilen Sie die Auffassung von Herrn Staatssekretär Kriszeleit, geäußert in einem Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. März 2013, dass auch ohne ein solches Verfahren der Anteil von Migrantinnen und Migranten beispielsweise im Vorbereitungsdienst für Richter, aber auch für andere, automatisch wachsen wird?

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich natürlich auch aufgrund der Veränderungen der Zusammensetzung eines Landes selbstverständlich die Zahlen verändern werden. Ich will Ihnen den Polizeibereich nennen. Das ist interessanterweise ein Beamtenbereich, in dem wir geradezu darum werben, dass wir Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben – bundesweit waren wir in der Diskussion Vorreiter –, über ein Ausnahmeverfahren in den Polizeidienst hineinbekommen. Insoweit gebe ich dem, was Herr Staatssekretär Kriszeleit gesagt hat, durchaus recht.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht.

Ich komme dann zur **Frage 892** des Abg. Dr. Wilken.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wer hat ihrem Wissen nach die Entscheidung für die gewalttätige Unterdrückung der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 getroffen und trägt damit die politische Verantwortung für die Aushebelung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit?

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Antwort des Ministers des Innern und für Sport, Herr Kollege Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abg. Wilken, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat weder eine gewalttätige Unterdrückung einer Demonstration gegeben, noch hat es die Aushebelung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Erste Zusatzfrage von Herrn Kollegen Irmer.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Herr Minister, ist es zutreffend, dass bei den zu Recht – in Anführungszeichen – eingekesselten Demonstranten etwa 900 Waffen und waffenähnliche Gegenstände wie Polen-

böller, angespitzte Lanzen und anderes mehr festgestellt und sichergestellt wurden? Und ist es richtig, dass diese Demonstranten in der Lage gewesen wären, an der Demonstration weiter teilzunehmen, wenn sie der Aufforderung der Polizei Folge geleistet hätten, diese Waffen und waffenähnlichen Gegenstände abzugeben?

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ja, in der Tat ist es so gewesen, dass es im Rahmen dieser Demonstration am 01.06.2013 in Frankfurt am Main sehr früh zu Vermummungen gekommen ist, dass es zu Schutzbewaffnungen gekommen ist, dass Pyrotechnik gezündet worden ist, dass Farbbeutel geworfen worden sind, dass also erhebliche Verstöße gegen Demonstrationsauflagen, aber nicht nur dagegen, sondern gegen das Versammlungsgesetz stattgefunden haben.

Als es dann zur entsprechenden einschließenden Absperrung durch die Polizei gekommen ist, sind in dieser einschließenden Absperrung Hunderte problematischer Gegenstände sichergestellt worden, unter anderem massive Schutzschilde. Das sind Styroporschilde, mit scharfkantigem Hartplastik umrandet, entsprechend mit Schlaufen versehen, um sie auch gegen die Polizei und gegen Vollstreckungsmaßnahmen zu führen. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Das ist vollkommen ausgeurteilt: Die dürfen bei Demonstrationen nicht mitgeführt werden.

Es sind Wechselkleidung, Masken, Handschuhe mit Knöchelverstärkern, Perücken, Vermummungsgegenstände mitgeführt worden. Es sind in hohem Umfang Glasflaschen mit Farbe und Sandgemisch aufgefunden worden, mit denen Polizeibeamte in einem erheblichen Umfang auch beworfen worden sind, die gegen Helme geworfen worden sind und die gegen die Körper von Polizeibeamten geworfen worden sind. Es sind entsprechende Hühnererei mit Farbe gefunden worden. Es ist eine Vielzahl von Holz- und Kunststoffstangen aufgefunden worden. Es sind Schlagwerkzeuge aufgefunden worden.

Darüber hinaus ist Pyrotechnik in großem Umfang sichergestellt worden. Bengalfackeln, Rauchtöpfe, Rauchkörper, die sogenannten Polenböller sind gefunden worden. Es ist darüber hinaus ein professioneller Feuerwerkskörper aufgefunden worden, der unter normalen Umständen ausschließlich von ausgebildetem Fachpersonal für gewerbliche Feuerwerke verwendet werden darf und der bei der Nutzung bzw. beim Einsatz gegen Personen zu erheblichen Schäden nicht nur am Leib, sondern sogar unter Umständen am Leben führen kann.

Insoweit ist das eine Tatsache, die zeigt, dass die Gegenstände, die mitgeführt worden sind, klare Hinweise darauf sind, dass eine friedliche Versammlung nicht geplant gewesen ist.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Weitere Zusatzfrage von Herrn Bauer.

Alexander Bauer (CDU):

Ich frage die Landesregierung: Ist es richtig, dass den eingekesselten Demonstranten unterschiedliche Angebote von

der Einsatzleitung zur friedlichen Fortsetzung des Demonstrationzugs gemacht worden sind?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nein, das ist nicht richtig!)

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Es hat in der Tat eine ganz lange Verhandlungsphase zwischen der Polizei und dem Versammlungsleiter gegeben. Der Versammlungsleiter hat seine Verantwortung für die Versammlung nicht mehr wahrgenommen. Schon das ist ein erheblicher Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Er hat sogar die Versuche der Polizei, mit ihm per Handy Kontakt aufzunehmen, weggedrückt; er hat die entsprechenden Anrufe weggedrückt. Das heißt, der Versammlungsleiter war zu dem Zeitpunkt nicht mehr erreichbar.

Das ist ein ganz großes Problem bei einer Demonstration. Das ist nicht nur eine Obliegenheitsverletzung, sondern kann zu ernsthaften Problemen führen. Schon da ist ein Einschreiten im Grunde genommen dringend vonnöten.

Die Polizei hat dann mehrfach aufgefordert, dass entsprechende Waffen abgelegt werden. Die Polizei hat sogar angeboten, dass die Demonstranten, die in der einschließenden Absperrung gewesen sind, aus dieser Absperrung hinausgehen können ohne eine Identitätsfeststellung, und ohne dass die körperlich kontrolliert werden. Sie mussten sich nur einzeln durch eine Durchgangsstelle bewegen. Das ist abgelehnt worden.

Darüber hinaus ist den Demonstrationsteilnehmern, die vor diesen Absperrungen gewesen sind, ermöglicht worden, den Demonstrationzug weiterzuführen. Die angemeldete Demonstrationsroute ist weiterhin von der Polizei freigehalten worden. Dem Teil, der hinter diesen Absperrungen gewesen ist, ist auch mitgeteilt worden, dass er an den Demonstrationzug, der sich vor der einschließenden Absperrung befunden hat, wieder herangeführt wird, und zwar durch einen kleinen Umweg. Um die 150 m wären es gewesen.

Das Demonstrationsgrundrecht war zu jeder Zeit für alle gewährleistet und ist am Ende von denjenigen verhindert worden, die mit Waffen auf der Demonstration erschienen sind. Ich will einmal ganz deutlich sagen: Wer friedlich demonstrieren will, der tut das eben nicht mit einer Sturmhaube, und der tut das nicht mit Schutzschilden, der tut das nicht mit Böllern, der tut das auch nicht mit Schlag- und Hiebgegenständen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Nächste Zusatzfrage von Herrn Dr. Wilken.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Minister, ist es zutreffend, dass Sie gestern im Innenausschuss selbst gesagt haben, dass nach der Lagebeurteilung der Polizei – vor der gewalttätigen Auseinandersetzung sind 300 Hundertschaften pfeffersprayend und knüppelschwingend in die Demonstration gesprungen – und der letzten Durchsage, die Sie per SMS hatten, „alles ruhig“ war?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Unglaublich ist das! – Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich glaube, da haben Sie etwas kräftig missverstanden. Sie waren gestern da. Wir haben uns fast vier Stunden miteinander ausgetauscht. Sie werden am Ende auch im Protokoll nachlesen können, dass ich nicht gesagt habe, dass es da friedlich zugegangen ist. Ich will Ihnen einmal zwei Fakten nennen. Das ist der erste Fakt, den ich eben zu der Zusatzfrage vorgetragen habe.

Der zweite Fakt ist: Es ist nicht so gewesen, als wäre es am 31.05. in Frankfurt am Main ruhig gewesen. Es ist eine nicht angemeldete Demonstration gewesen. Es ist an keinem Tag zu keinem Zeitpunkt eine Demonstration angemeldet gewesen. Schon vor dieser Demonstration am 31. Mai ist es in Frankfurt am Main zu erheblichen Konfrontationen zwischen der entsprechenden Störerklientel gekommen. Es haben auch erhebliche Sachschäden stattgefunden. Auf der Zeil konnten Kaufhäuser nicht begangen werden. Es sind Farbbeutel geworfen worden. Es sind Absperrungen überrannt worden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Alles „friedliche“ Demonstranten!)

Es sind Schäden in Höhe von mehr als 100.000 € entstanden. Das entspricht am Ende auch der Gefahrenprognose, die uns vorgelegen hat; denn im Zusammenhang mit diesen Blockupy-Aktionstagen vom 31. Mai bis zum 2. Juni lagen den Sicherheitsbehörden im Vorfeld zu dieser Demonstration am 01.06. Erkenntnisse vor, die einen unfriedlichen Verlauf der Großdemonstration erwarten ließen. Exakt diese Erkenntnisse haben sich am Beginn der Großdemonstration am 01.06. bestätigt. Das betrifft die Vorläufe, das betrifft die Ansammlungsphase, und das betrifft auch den Beginn der Aufzugsphase.

Ich will einmal folgende Zitate vortragen. Die Stimmung der Angehörigen – das habe ich gestern vorgetragen, und nicht anderes habe ich vorgetragen, dass da irgendwie eine friedliche Stimmung gewesen sei – der autonomen Szene war von Anfang an äußerst aggressiv.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Herr van Ooyen, aber selbstverständlich stimmt das. – Es hat sich am Skandieren von Parolen gezeigt, die ich hier einmal zitieren will. Ich bitte um Verzeihung, Herr Präsident. Das ist gerufen worden: „Hass, Hass, Hass wie noch nie! All Cops are Bastards! A.C.A.B.“ Oder: „BRD, Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!“

Dann ist die Stimmung über den gesamten Zeitraum hinweg vom Lautsprecherwagen, der in dieser Demonstration gewesen ist, geschürt worden. Auf diesem Lautsprecherwagen hat sich ein Angehöriger der autonomen Antifa Frankfurt befunden, der vor allem gegen die eingesetzte Polizei gerufen hat: „Wir hauen euch die Stadt kaputt!“

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): „Friedliche“ Demonstration!)

Diese Aussagen sind auch noch in mehreren Sprachen übersetzt worden. Friedliche Demonstranten sehen anders aus als solche.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die letztmögliche Zusatzfrage durch Herrn Dr. Wilken.

(Holger Bellino (CDU): Er kann auch so weitermachen!)

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Minister, ich gebe Ihnen natürlich recht, dass die Demonstration sehr unfriedlich geendet hat, aber möchte Sie nochmals fragen: Stimmt die Aussage, wie wir sie in nahezu allen Medien nach dem 01.06. hören konnten, dass es am 01.06. zu keinerlei Straftaten vor der Einkesselung von nahezu 1.000 Demonstranten gekommen ist?

(Manfred Pentz (CDU): Sie können sich besser entschuldigen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Ich weiß nicht, ob Sie Sachbeschädigungen am 31.05. nicht für Straftaten halten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist ein anderer Tag!)

– Sie haben mich gefragt: vor dem 01.06. – Wissen Sie, ich habe ein Schreiben von Zeil Aktiv vorliegen. Ich will es uns ersparen, weil ich es gestern schon einmal vorgelesen habe und weil wir gestern eine langwierige Ausschusssitzung gehabt haben, Sie aber gern in diesem Plenum das Thema Blockupy zu Ihren Ungunsten weiter betreiben wollen. Sie können einmal nachlesen, was Geschäftsleute hierzu schreiben. Die ganze Zeil-Anliegerschaft hat mir geschrieben: Es ist ganz sicher, dass die Mehrheit der Frankfurter Bürger solche Veranstaltungen nicht wünscht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist Ihnen völlig egal!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Damit ist die Frage 892 abgehandelt.

Ich komme zur **Frage 893** des Kollegen Roth, SPD.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hat sie zwischenzeitlich Informationen darüber, wer für den Erhalt der Aartalbahn im Sinne des Hessischen Denkmalschutzes Verpflichteter ist?

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die Antwort gibt die Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ja, der Infrastrukturanchlussvertrag, der IAV, zwischen der Deutschen Bahn Netz AG und der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH liegt nunmehr vor. Die ESWE Verkehrsgesellschaft ist demnach im Sinne des Denkmalschutzgesetzes Unterhaltsverpflichteter.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Es gibt eine Zusatzfrage des Herrn Roth.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Ich darf dann meine Frage aus der letzten Plenarsitzungsrunde wiederholen:

Wie bewertet sie aus denkmalpflegerischer Sicht Zustand und Zukunft der Aartalbahn als Hessens längstem Baudenkmal?

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, es geht da insbesondere um die Brücke. Es werden jetzt mit den Denkmalschützern Gespräche aufgenommen, um darüber zu reden, wie man einen Weg finden kann, das Denkmal zu pflegen und zu sichern.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Damit ist die Frage beantwortet.

Wir kommen zu **Frage 894** der Frau Kollegin Hofmeyer von der Fraktion der SPD.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird endlich mit den Bauarbeiten für die Ortsumgehung B 7/Calden begonnen, nachdem der Planfeststellungsbeschluss nach dreijähriger Verzögerung pressewirksam im Dezember 2012 unterzeichnet wurde?

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die Antwort gibt Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Kollegin Hofmeyer, ich will eine zweigeteilte Antwort geben.

Erstens. Wie Sie wissen, ist der Baubeginn von Projekten im Bedarfsplan aufgrund des Haushaltsrechts erst dann möglich, wenn der Bund das Vorhaben in die Anlage Stra-

ßenbauplan des Bundeshaushalts aufgenommen hat und damit auf Verwaltungsebene der Baubeginn freigegeben wird. Das ist bisher noch nicht der Fall.

Aus diesem Grund befinden wir uns in intensiven Gesprächen mit dem Bund, um die Finanzierung dieses Projekts sicherzustellen. Aus diesem Grund haben wir als die zuständige Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen in den Bauprogrammbesprechungen, die wir mit dem Bund durchgeführt haben, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Ortsumgehung Calden deutlich gemacht und uns für eine zeitnahe Finanzierung eingesetzt.

Zweitens. Ihnen ist bekannt, dass es zurzeit eine Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss gibt. Da geht es um den Grunderwerb. Der Planfeststellungsbeschluss ist demnach rechtlich nicht vollziehbar.

Wir haben mittlerweile die Klageerwiderung abgegeben. Der Verwaltungsgerichtshof hat den Termin am 28. Mai 2013 für die nächsten Wochen anberaumt. Wir gehen davon aus, dass wir, nachdem diese rechtliche Frage geklärt sein wird, hoffentlich zeitnah die Zusage des Bundes, das zu finanzieren, haben werden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Kollegin Hofmeyer stellt eine Zusatzfrage.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Herr Minister, Sie wissen, wie sehr man sich über dieses Thema gerade in Nordhessen und insbesondere im Ort Calden ärgert. Denn die Landesregierung hatte beschlossen, dass es bereits im Jahr 2010 den ersten Spatenstich geben sollte.

Daher möchte ich noch einmal etwas fragen. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bund und Land hilft den dort lebenden Menschen nicht weiter. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist der Planfeststellungsbeschluss momentan noch nicht rechtskräftig, weil es gegen ihn Einwände gibt. Daher möchte ich noch einmal ganz konkret fragen: Wann erwarten Sie, dass die Rechtskräftigkeit des Planfeststellungsbeschlusses erreicht werden kann?

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Verehrte Frau Kollegin Hofmeyer, grundsätzlich bin auch ich gerne für Vereinfachungen zu haben. Denn damit wird der politische Diskurs besser ermöglicht. Aber bei dieser Frage geht es nicht um ein Schwarzer-Peter-Spiel.

(Zuruf)

– Frau Kollegin Hofmeyer, nein. – Leider haben sich die Bundesregierungen der letzten zehn Jahre – darunter befanden sich auch welche mit Beteiligung der SPD, deswegen ist es nicht sinnvoll, dass wir das jetzt so diskutieren – nicht für eine ausreichende Finanzierung beim Bau der Bundesstraßen eingesetzt.

Wir als Auftragsverwaltung können immer nur dann bauen, wenn uns der Bund Geld gibt. Das ist leider das Problem. Ich würde den Leuten dort gerne auch schneller etwas anderes sagen können. Sie fordern uns ständig mit viel Engagement auf. Alleine schon um diesem Wunsch entgegenkommen zu können, hätte ich gerne eine Antwort. Aber

es ist eben so, dass der Bund eine ganze Reihe an Maßnahmen bedienen muss. Dann gibt es noch die Haushaltssituation und, wie im Lande Hessen auch, die nahende Schuldenbremse.

Für uns hat diese Maßnahme eine sehr hohe Priorität. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die Finanzierung sicherzustellen. Ich gehe davon aus, dass wir das dieses Jahr bekommen werden und die Finanzierung dafür werden sicherstellen können.

Ein weiterer Punkt ist aber, dass wir nur dann bauen können, wenn wir rechtliche Klarheit haben. Die Möglichkeiten der Menschen auf Rechtsschutz sind da weitgehend. Da eine Anfechtungsklage vorliegt, muss zunächst einmal der Ausgang des rechtlichen Verfahrens abgewartet werden. Ich habe es aber bereits gesagt: Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr eine Finanzierungszusage für dieses Projekt bekommen werden.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Hofmeyer stellt ihre zweite Zusatzfrage.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Herr Minister, Sie haben gesagt, einfache Sätze seien manchmal hilfreich und manchmal nicht. Dazu muss ich zumindest Folgendes feststellen: Ist Ihnen bekannt, dass der Planfeststellungsbeschluss sozusagen drei Jahre lang im Ministerium lag? – Sie waren damals noch nicht Minister. Diese Verzögerung wurde aber in der Tat durch die Hessische Landesregierung verursacht. Die Bundesregierung hatte die Mittel vor drei Jahren zugesagt. Ist Ihnen das bekannt?

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Kollegin Hofmeyer, auch das ist eine vielleicht für die politische Diskussion nützliche Vereinfachung des Sachverhaltes. Es ist natürlich schon so, dass der Planfeststellungsbeschluss erst erlassen werden kann, wenn alle rechtlichen Fragen geklärt sind.

Ich will ein Beispiel aus dem Bau der Autobahnen nennen. Möglicherweise haben auch Sie mitbekommen, dass wir hinsichtlich des Baus der A 49 gerade die Rücknahme einer Klage eines Naturschutzverbandes erlebt haben. Gott sei Dank gewinnen wir in der letzten Zeit mit jeder Variante vor den höchsten Gerichten Deutschlands.

Es mag deshalb sein, dass unsere Planungen in den letzten Jahren umfangreicher und vielleicht auch etwas langsamer geworden sind. Aber das ist nachher schneller, weil wir dafür Sorge tragen, dass wir in den rechtlichen Verfahren nicht mehr nachbessern müssen. Wir haben alle Belange so abgewogen – das betrifft gerade auch rechtliche Belange hinsichtlich der Umweltschutzmaßnahmen –, dass diesen Fragestellungen Genüge getan wird.

Zweitens. Ich glaube, dass wir auch gerade wegen der Bedeutung, die Calden für die Region hat, es schaffen, dieses Jahr die Finanzierung des Baus dieser wichtigen Ortsumgehung sicherzustellen. Für diese Region setzen sich Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale massiv ein. Ich sage das jetzt wirklich als Landesminister: Sie können

sich sicher sein, dass ich mich mit Hochdruck für diese Region und für dieses Thema einsetze.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Fragestunde. Wir haben exakt die eine Stunde, also die 60 Minuten, eingehalten. Das Stellen all der anderen Fragen muss verschoben oder die Fragen müssen schriftlich beantwortet werden.

(Die Fragen 895, 897, 898, 900, 901, 904, 907 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 896, 899, 902, 903, 905 und 906 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „Innovationen der hessischen Wissenschaft nutzen den Menschen und sichern den Wohlstand der Gesellschaft“

Die angedachte Redezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion. Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, Sie haben das Wort.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über Innovationen, über die Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung und über den Nutzen dieser Ergebnisse für die Gesellschaft und für jeden einzelnen Bürger reden, dann kann man das am besten an konkreten Projekten darstellen. Ich werde versuchen, den Tagesablauf einer Familie zu beschreiben und aufzuzeigen, was in unserem Alltag alles mit Forschung und Entwicklung zu tun hat. Die Beispielfamilie besteht aus den Eltern, zwei Kindern sowie den beiden Großeltern. Die Tochter studiert, der Sohn besucht noch die Schule.

Der Tag beginnt bei den Großeltern mit dem Frühstück. Die beiden haben ein Produkt für sich entdeckt, das derzeit die Bäckerei Storch in Fulda, die Seniorenresidenz Seniana in Hünfeld sowie die Hochschule Fulda entwickeln. Diese drei Partner arbeiten mit Hochdruck daran, seniorengeeignete Lebensmittel zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Menschen abgestimmt sind.

13 % der pflegebedürftigen Senioren, die zu Hause leben, sind mangelernährt. Bei 57 % ist bereits ein Risiko zu erkennen. Das zeigt sich in gravierender und gefährlicher Gewichtsabnahme im Alter. Es besteht also ein Bedarf an seniorengeeigneten Speisen. Insbesondere ist Brot ohne harte Rinde, das mit speziellen Nährstoffen gebacken wird, erforderlich.

Mit dem Forschungsprogramm LOEWE haben wir ein Instrument entwickelt, das Forschung genau in diesen Bereichen ermöglicht. An der Schnittstelle zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen entstehen jetzt Ideen. Daraus ergeben sich Produkte, an die wir früher nicht den-

ken konnten. Auch gerade Handwerksbetriebe sind bei solch innovativen Projekten beteiligt.

Das Projekt der Bäckerei Storch und der Hochschule Fulda steht beispielhaft für fast 140 weitere ähnliche Projekte. In ganz Hessen, in nahezu jedem hessischen Landkreis und in jeder Stadt können Sie heute Spitzenforschung aus Hessen erleben. Das kann das erwähnte Brot sein, das können die Akustik-Paneele der Schreinerei Keil in Fischbachtal sein, die die Raumakustik verbessern und einen optimalen Schallschutz gewährleisten. Oder es kann auch die Energiefassade sein, die in Kaufungen unter anderem mit der Firma Lamparter realisiert wird, um mittels hochwertiger Wärmeschutzverglasung und Dämmung den Energieverbrauch des Gebäudes zu senken.

Zurück zur Familie. Das „seniorengerechte Brot“ wird getestet, aber auch neue Produkte der Hochschule Geisenheim stehen hoch im Kurs der Familie, ganz besonders das innovative Getränk roter Apfelsaft. Roter Apfelsaft wird aus rotfleischigen Äpfeln hergestellt, wobei mitentscheidend bei der derzeitigen Forschung die attraktive Farbe sowie ein ausgewogener Säure- und Zuckergehalt sind, so dass der Apfelsaft gesünder ist als bisher.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, rot ist attraktiv!)

Dass dabei die bundesweit erste Hochschule neuen Typs, die Hochschule Geisenheim, als Forschungseinrichtung die Vorreiterrolle übernimmt, liegt auf der Hand: unsere neue Hochschule, die 13., die Anfang des Jahres gegründet worden ist.

Die Eltern der Familie trinken morgens Kaffee und haben sich immer die Frage gestellt: Wie gesund ist der Kaffee, den wir täglich trinken? Führt der Kaffee zu Bluthochdruck?

(Dr. Thomas Spies (SPD): Diese Rede muss man posten!)

Lange Zeit haben wir alle in dem Glauben gelebt, Kaffee sei ungesund und nicht geeignet, den täglichen Bedarf an Flüssigkeit zu decken. Viele haben den Schluss daraus gezogen, ihren Kaffee genuss einzuschränken.

Die Antwort auf die Frage lieferte nicht zuletzt Frau Prof. Dimmeler von der Goethe-Universität Frankfurt. Sie ist Leibniz-Preisträgerin, gleichzeitig Direktorin des Instituts für kardiovaskuläre Regeneration in Frankfurt. Ihre Forschungsarbeit reduziert sich natürlich nicht nur auf den Kaffee konsum, sondern ihre Forschung ist ein wichtiger Baustein und Beitrag zur Bekämpfung der Volkskrankheiten: Krebs, Lungen- und Infektionserkrankungen und eben auch die Herz-Kreislaufkrankungen, die Frau Dimmeler erforscht.

Im Kampf gegen die Volkskrankheiten wird insbesondere an unseren drei hochschulmedizinischen Standorten Gießen, Marburg und Frankfurt geforscht. In der Aufbauphase der Forschungsbereiche von 2011 bis 2015 konnten wir insgesamt 50 Millionen € für die Bekämpfung zahlreicher Volkskrankheiten zur Verfügung stellen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

indem wir vier deutsche Gesundheitszentren einwerben konnten. Das bedeutet für uns alle neue Behandlungsmethoden, bessere Medikamente und kompetente Krankenversorgung. Das sind die Ziele, die wir mit den Wissenschaftlern vorantreiben und die jedem von uns zugutekommen.

Zurück zum Kaffeegenuss. Kaffee hat nach neuesten Erkenntnissen der Forschung bei normalen Mengen keine negativen Folgen; man rechnet eher im Gegenteil sogar mit einigen positiven Effekten. Auch das zum Thema Forschung.

Kommen wir zum Tagesprogramm mit dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen – mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln, vom Elektrofahrrad über den öffentlichen Nahverkehr bis zum eigenen Auto. In Hessen widmen sich gleich mehrere Forschungseinrichtungen und Hochschulen diesen Herausforderungen der Mobilität.

Zu den internationalen Vorreitern zählt dabei insbesondere das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit, kurz LBF. Dieses Institut ist seit seiner Neuausrichtung 2001 zu einer der bundesweit, ja europaweit größten Forschungs- und Entwicklungseinheiten auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologie Adaptronik gewachsen. Es zählt zu den Flaggschiffen innerhalb der Fraunhofer-Gruppe.

Warum ist Adaptronik eine Schlüsseltechnologie? Adaptive Strukturen können sich selbstständig an veränderliche Betriebsbedingungen anpassen, sie sind die Basis für eine neue Klasse intelligenter, zukunftsfähiger Produkte in den Bereichen Energie, Mobilität, Umwelt und Gesundheit. Wann immer wir heute über Elektromobilität, über Leichtbauverfahren oder über das Reduzieren von Lärm durch Flug-, Schienen- oder Autoverkehr reden, führt an dem Fraunhofer LBF kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Welche Bedeutung diese Forschung für jeden einzelnen Bürger, für die Autofahrer, aber natürlich auch für die Umwelt haben kann, verdeutlichen folgende Zahlen: Wenn es gelingt, Autos aufgrund neuer Technologien oder neuer Baustoffe leichter zu bauen, reduziert dies den Kraftstoffverbrauch. 100 kg weniger Gewicht senken den Verbrauch um 0,3 l auf 100 km. Dies würde letztlich auch mit Blick auf steigende Benzinpreise zu einer spürbaren Entlastung führen.

Allein rund 41,5 Millionen € stehen für das LOEWE-Zentrum zur Adaptronik-Forschung, genannt AdRIA, zur Verfügung, das gemeinsam von der TU Darmstadt und dem Fraunhofer LBF betrieben wird. In die Angliederung des Deutschen Kunststoff-Instituts, DKI, investiert das Land weitere 13 Millionen €. Mit dem neuen Institutsbereich Kunststoffe haben die Forscher des Fraunhofer LBF künftig auch bei Polymerprodukten die Nase vorne. Sie können für diese Materialien die gesamte Wertschöpfungskette vom Molekül bis zum Bauteil, von der Materialentwicklung für funktionale und konstruktive Anwendungen bis zur Freigabe von kompletten Systemen abdecken. Leichtbau ist eine der Voraussetzungen, um Energie einzusparen.

Und wenn wir beim Energieeinsparen sind, dann will ich erwähnen, dass im Rahmen der Elektromobilitätsforschung weitere 6,6 Millionen € an Landesmitteln für die Jahre 2012 bis 2016 bereitstehen.

Wenn wir über Forschung in diesem Bereich reden, dann muss auch klar sein, dass wissenschaftliche Erkenntnis heute maßgeblich dank Computerunterstützung möglich wird. Um heute Berechnungen im Leichtbau, Simulationen von Verkehrsströmen, von Kraftstoffverbrauch oder von Schwingungen und Vibrationen durchzuführen, wird viel mehr simuliert, als dies noch vor 10 oder 20 Jahren der

Fall oder überhaupt möglich war. Die Simulation von Versuchsarrangements ist in der Wissenschaft heute neben der Theorie und dem Experiment die dritte wesentliche Säule auf dem Weg zur Erkenntnis.

Sie brauchen die entsprechende Rechnerkapazität, um solche Simulationen durchzuführen. Damit Spitzenforschung an den Hochschulen, mit den LOEWE-Projekten wie AdRIA oder dem Teilchenbeschleuniger FAIR auch realisiert werden kann, hat sich die Landesregierung bereits frühzeitig entschlossen, die Hochleistungsrechnerkapazität heraufzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

23 Millionen € sind dort investiert worden. Vor wenigen Wochen waren einige Kollegen aus dem Landtag dabei, als in Darmstadt ein neuer Hochleistungsrechner in Betrieb genommen wurde, der bereits in der ersten Ausbaustufe 30-mal so schnell ist wie sein Vorgänger und in der Endausbaustufe 120-mal so viel Leistung hat wie das alte Modell.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Forschung hat auch das große Ziel, Energie einzusparen. Das gilt nicht nur für den Energieverbrauch dieser Supercomputer, sondern auch für einzelne Forschungsprojekte. So werden mithilfe der Computer Verbrennungsprozesse simuliert, damit der Wirkungsgrad beispielsweise von Öfen oder in Motoren verbessert und die Verbrennung selbst deutlich sauberer und möglichst rückstandsfrei erfolgen kann.

Forschung mithilfe der Supercomputer verfolgt jedoch auch das konkrete Ziel, Leben zu retten, Beispiel: Blitzeinschlag. In Deutschland werden immer noch bis zu sieben Menschen pro Jahr durch Blitze getötet. Durch die Simulation kann man Fragen beantworten: Wie ist es bei Blitzeinschlägen in Autos, in Flugzeuge oder in Häuser? Wie wirken sie auf den menschlichen Körper? Wie kann man in der Automobilindustrie feststellen, ob Autos mit Schiebedächern noch sicher sind?

Doch zurück zur Energieeinsparung. Das interessiert die Familie brennend, weil es um die Energiepreise geht. Mit großem Interesse verfolgen sie die Berichterstattung über den Ausbau der erneuerbaren Energien, über Stromspeicher, Stromtrassen und vieles mehr.

Die zunehmende Dynamik bei der Energiewende hat auch die Landesregierung veranlasst, ihre Anstrengungen im Bereich der Forschung zu forcieren. Ich möchte nur drei Einrichtungen und Projekte erwähnen, die beispielhaft stehen für eine ganze Vielzahl an Forschungseinrichtungen und Projekten im Bereich Energie: das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik in Kassel, kurz IWES, die sogenannte ETA-Fabrik, die in Darmstadt entsteht, und die Entwicklung des Timber Tower, einer Windkraftanlage aus Holz, an der Hochschule Rhein-Main.

(Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wenn der Rentsch davon hört!)

Das Projekt der ETA-Fabrik wird für rund 11 Millionen € in Hessen an der TU Darmstadt realisiert. In dieser Modellfabrik soll erforscht werden, welche Möglichkeiten zur Energieeinsparung im Produktionsprozess bestehen.

Wenn es uns tatsächlich gelänge, durch das bessere Zusammenspiel von Maschinen, technischer Infrastruktur und Gebäudehülle bis zu 40 % Energie einzusparen, wäre dies

ein Quantensprung und ein gewaltiger Beitrag zur Energiewende.

Die Energieeffizienz, insbesondere auch die Forschung an der Energie-Netzinfrastruktur stehen im Fokus der Arbeit beim IWES in Kassel. Die große Herausforderung, mit der sich die Forscher beschäftigen, widmet sich der Frage, wie beispielsweise ein Energienetz aussehen muss, wenn viele, auch kleine, Solar- und Windparks über das Land verteilt sind, die dort erzeugte Energie aber ohne zu große Verluste zum Verbraucher kommen muss. Mit dem Ausbau des IWES für rund 60 Millionen € in der ersten Stufe, wobei das Land 30 Millionen € beisteuert, legen wir einen wichtigen Grundstein, um die Vorreiterrolle Hessens weiter auszubauen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ein realisiertes Projekt der angewandten Spitzenforschung kommt von der Hochschule Rhein-Main. Hier geht es um die Frage, ob der Turm einer Windkraftanlage nicht auch aus Holz sein kann. Dieses letzte Beispiel unterstreicht einmal mehr die Leistungsfähigkeit unserer Fachhochschulen, insbesondere in der anwendungsorientierten Forschung. Die Fachhochschulen sind die Spezialisten im Bereich praxisnahe Forschung, Anwendung und Transfer. Um diese Attraktivität weiter zu steigern, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode das Promotionsrecht für Fachhochschulen weiterentwickeln. Das kooperative Promotionsverfahren mit einer Universität war ein erster, erfolgreicher Schritt, der auch vom Wissenschaftsrat unterstützt wird. Auf der Basis dieser Erfahrungen werden wir prüfen, ob forschungsstarken Fachbereichen von Fachhochschulen das Promotionsrecht verliehen werden kann.

Und wieder zurück zur Musterfamilie. Während der Vater mit dem Auto auf dem Weg zur Arbeit ist und die Eltern die Frage beschäftigt, wie Strom, Kraftstoff und Energie gespart werden können, plagen den Sohn seit mehreren Tagen ganz andere Probleme. Er hat ein älteres Smartphone bekommen, aber ständige Fehlermeldungen und Warnhinweise treiben ihn allmählich zur Weißglut.

Abhilfe schafft bei diesen technischen Mängeln unter anderem die Firma CST in Darmstadt, eine erfolgreiche Ausgründung der TU Darmstadt,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist „Die Sendung mit der Maus“!)

die innerhalb eines Jahrzehnts von drei auf 220 Mitarbeiter gewachsen ist. Mit ihren Untersuchungen und Simulationssoftware gelingt es, dass Smartphones unabhängig von ihrem Einsatzort vollen Empfang haben und man dieses Problem lösen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Doch nicht nur bei der Netzsicherheit, sondern allgemein bei der IT-Sicherheitsforschung hat sich Südhessen mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt zum internationalen Vorreiter und größten Forschungsstandort für IT-Sicherheit in Europa entwickelt. An der Spitze steht das LOEWE-Zentrum CASED im Verbund mit dem Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie sowie der TUD. Egal, ob Smartphones oder Tablets heute als Schlüssel für Autos, Bürotüren oder Schließfächer genutzt werden, Daten im Rahmen des Onlinebankings übertragen werden oder Ermittlungsbehörden im Internet nach kinderpornografischen

Daten fahnden: Die Wissenschaftler, darunter alleine 200 am LOEWE-Zentrum CASED, haben dafür die Voraussetzungen geschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

50 Millionen € stehen für die Arbeit eines der größten Forschungsprojekte bei LOEWE – für CASED – zur Verfügung. Dafür wurde eine hochmoderne Infrastruktur geschaffen, um diese Probleme zu lösen.

Die Technik der Smartphones, technische Zusammenhänge, auch die so genannten MINT-Fächer, begeistern den Sohn der Familie schon seit Längerem,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die MINT-Fächer begeistern natürlich den Sohn, nicht die Tochter!)

auch wenn er das aktuelle Fehlerproblem mit seinem Smartphone noch nicht selbst lösen kann. Er freut sich darauf, dass auch an seiner Schule Projekte angeboten werden, wie diese bereits in unterschiedlichen Formaten in ganz Hessen realisiert werden, um Freude und Neugier an der Wissenschaft zu wecken. Wir wollen diese Lernangebote im Bereich der Wissenschaft fördern. Als Beispiele dafür gelten der Physikclub Kassel am Schülerforschungszentrum Nordhessen, das Mathematikum in Gießen, das Chemikum in Marburg, die EXPERIMINTA in Frankfurt oder auch die Unterstützung zweier Einrichtungen der Kinder-Akademie Fulda und der MINT-mach-Club der Hochschule Fulda, die am Ende den naturwissenschaftlichen Nachwuchs fördern sollen.

Die Tochter der Familie hat sich in der Hochschule eingeschrieben. Ihre Wahl fiel auf Hessen, weil dort die Investitionen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern auch für Außenstehende und angehende Akademiker am sichtbarsten sind.

Jetzt will ich als Bilanz vortragen, woran das sichtbar ist: Verdoppelung des Wissenschaftsetats von 1999 bis heute von 1 Milliarde € auf 2 Milliarden €.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Der Etat der Hochschulen wurde um fast 60 % auf über 1,5 Milliarden € gesteigert.

(Holger Bellino (CDU): Hört, hört!)

Die Hochschulen erhalten allein in den Jahren 2012, 2013 und 2014 600 Millionen €, um Plätze für zusätzliche Studierende zu schaffen. Im Vergleich zu allen Bundesländern haben wir den stärksten Anstieg der Hochschulausgaben. Wir zählen zu den Bundesländern mit den meisten Studienanfängern, und wir sind gleichzeitig auch an der Spitze bei den Hochschulabgängen.

Wir investieren 400 Millionen € pro Jahr in die Infrastruktur der Hochschulen. Dagegen wirken – das will ich an dieser Stelle auch sagen – die gut 60 Millionen € von SPD und GRÜNEN wie ein schlechter Witz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben die Kapazitäten der Bibliotheken an modernen Arbeitsplätzen durch Neu- und Umbauten massiv gesteigert. Wir haben die Attraktivität der Hochschulstandorte für studierende Eltern durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich vorangetrieben. Allein von

2009 bis 2011 ist die Zahl der Betreuungsplätze um 25 % gestiegen. Aktuell sind fast 500 Betreuungsplätze in Planung, in Bau oder konnten bereits fertiggestellt werden.

In den letzten Jahren haben wir fast 2.000 neue Wohnheimplätze geschaffen. Das sind nach Bayern und Baden-Württemberg die meisten, wie das Studentenwerk bestätigt. Wir planen weitere 1.900 Plätze in den kommenden Jahren. Zudem haben wir angekündigt, dass im Rahmen des Sonderprogramms Wohnungsbau 2.000 zusätzliche Wohnheimplätze geschaffen werden und dafür 30 Millionen € bereitstehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die Beispiele, die ich eben genannt habe, und die Leistungen der Landesregierung zeigen sehr deutlich, dass die Entscheidung für LOEWE richtig war und ist. Diese außerordentliche Entscheidung, das LOEWE-Programm auch durchzutragen, war ein Vorteil für dieses Land, mit vielen Initiativen. Mit diesem Programm sind wir im Ländervergleich einzigartig. Wir investieren 410 Millionen € in der gesamten Wahlperiode. So etwas hat es in der Geschichte dieses Landes noch nie gegeben, und ich sage hier: Wir werden dieses Programm auch weiterführen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Ministerin, die Redezeit, die für die Fraktionen vereinbart war, ist erreicht – für Sie als Hinweis.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Die Wissenschaftler selbst sind mit Begeisterung bei der Arbeit. Das transportieren sie nicht nur in den Initiativen Pro LOEWE und der Wissenschaftsoffensive „Hessen schafft Wissen“. Sie wollen den Mehrwert ihrer Forschung für die Gesellschaft noch bekannter machen. Sie wollen klarmachen, dass Forschung die Gesellschaft voranbringt und jeder Einzelne von uns davon profitiert.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Forschung und Wissenschaft, Innovationen, der Transfer von Ideen in die Unternehmen sind zentrale Voraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb ist es auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel, in Zeiten der Schuldenbremse und des wachsenden Wettbewerbs um die Verteilung öffentlicher Mittel eine zentrale Voraussetzung, weiterhin klare Ziele für Forschung und Wissenschaft zu setzen. Dafür stehen wir.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Wir eröffnen die Aussprache zur Regierungserklärung. Als Erster hat Herr Kollege Grumbach für die SPD-Fraktion das Wort. Den Oppositionsfraktionen ist eine deutliche Zeitmenge zugewachsen, nämlich eine halbe Minute, also 20:30 Minuten maximale Redezeit.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war also eine Regierungserklärung. „Regierungserklärung“ heißt, wenn ich mich recht erinnere, dass die Regierung erklärt, was sie tut oder tun will. Eben hat eine Ministerin aber erklärt, was die Hochschulen getan haben.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn wir uns im Hessischen Landtag darauf verständigen, dass die Hochschulen – statt im Ausschuss – vor dem Plenum erzählen, was sie getan haben. Ansonsten war das, was wir gerade erlebt haben, eher eine „Sendung mit der Maus“. Ich war ziemlich versucht, die Titelmusik hier vorzuspielen; denn die Wissenschaftsministerin moderiert, aber sie gestaltet nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie wollen. Sie reden davon, dass die Hochschulen eine Autonomie haben. Immer dann, wenn die Hochschulen Probleme haben, ist es die Autonomie, die zum Zuge kommt. Aber wenn die Hochschulen etwas leisten, ist es immer die Landesregierung, die versucht, eine Regierungserklärung zu dem abzufeiern, was andere geleistet haben. Dafür brauchen wir Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Das war die zweite Regierungserklärung zum gleichen Thema – nach dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Das scheint das Einzige zu sein, was Sie in diesem Bereich zu erklären haben.

Sie haben allerdings zwischen den Zeilen doch ein paar spannende Sachen erklärt. Sie haben nämlich etwas über Ihr Gesellschaftsbild gesagt. Wie sieht nach Ihrem Gesellschaftsbild eine Familie aus? Der Vater fährt zur Arbeit, der Sohn geht zur Schule, hat Probleme mit dem Smartphone – ich habe keine Ahnung, was er für ein Fabrikat hat, denn solche Fehlerhinweise gibt es bei Smartphones gar nicht –, die Tochter studiert, und die Mutter arbeitet offensichtlich nicht. Das ist eine Sorte Familie, die gibt es tatsächlich ab und zu. Die Realität, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, um die Sie sich gerade herumdrücken, sieht in der Regel aber so aus: Beide Eltern arbeiten, damit die Kinder studieren können, der Sohn schlägt sich mit der Lehrstoff-Bulimie, mit G 8, herum, und die Tochter hat Probleme mit überfüllten Hörsälen und muss nebenbei arbeiten, damit sie ihr Studium finanzieren kann. – Zu dieser Realität haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie reden wohl von Nordrhein-Westfalen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Jetzt ein paar Bemerkungen zu Ihrer Rede. Sie loben die Zusammenarbeit der Fachhochschulen mit Tüftlern sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben nicht vergessen, dass wir eine dreijährige Diskussion gebraucht haben, bis wir die dritte Förderlinie – Fachhochschulen und ihre Kontakte zu kleinen und mittleren Unternehmen – überhaupt etablieren konnten.

Ich kann gut verstehen, dass Sie eine hohe Begeisterung für Simulationen haben. Das ist ja keine neue Erfindung. Mein Fraktions- und Landesvorsitzender hat gerade einen Ministerkandidaten vorgestellt, Matthias Kollatz-Ahnen, der seine Diplomarbeit über das Thema „Bewegungsverhalten von Transuranen“ an der GSI und eine Doktorarbeit zum Thema „Simulation des Fliehkraftverhaltens schnell fahrender Motorräder“ geschrieben hat. Das ist schon ein paar Jahrzehnte her. Deswegen finde ich es ganz faszinierend, dass Sie das für etwas Neues halten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es kann ja sein, dass Sie dieses Gebiet gerade erst entdeckt haben. Auch die Tatsache, dass eine Landesregierung Großrechner anschafft, war, ehrlich gesagt, in den vergangenen Jahrzehnten, auch bei früheren Regierungen, so ziemlich Standard. Es gab eine Ausnahme – als nämlich die GSI festgestellt hat, dass sie mit Server-Farmen schneller ist als mit Großrechnern. Inzwischen hat sich die Welt auch dort wieder geändert.

(Zurufe von der CDU)

Ich glaube, dass es ein LOEWE-Geheimprojekt gibt, das erklärt, warum Sie so sehr für Simulationen sind: In der Rheinstraße steht ein Großrechner, der simuliert anscheinend das Regieren im Wissenschaftsressort. Das ist alles, was Sie tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich finde auch die Beispiele faszinierend, die Sie genannt haben: Brot mit weicher Rinde – ein Ausflug nach England würde helfen, da gibt es das schon –, roter Apfelsaft, „ungefährlicher“ Kaffee. Frau Ministerin, es würde helfen, auch diese Studie präzise zu lesen. Kaffee ist nämlich nur dann ungefährlich, wenn man ihn ohne Zucker trinkt, mit möglichst wenig Milch, nicht mehr als zwei Tassen am Tag, und wenn man dazu weder raucht noch Alkohol trinkt. Das können Sie alles nachlesen. Das steht in der Studie, aber die Ministerin hat sich nur die Überschrift aufschreiben lassen, nicht den Inhalt der Studie.

Sie haben freundlicherweise das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit erwähnt, das Deutsche Kunststoff-Institut, das IWES in Kassel, das LOEWE-Zentrum CASED und die ETA-Fabrik. Sie haben die Passagen zum Physikclub sowie zum Mathematikum und zum Chemikum wiederholt – ich verweise auf Ihre Regierungserklärung vom Januar 2012, da stehen die gleichen Passagen drin –, und dann haben Sie die EXPERIMINTA in Frankfurt angeführt. Nun wissen wir, dass dieser Laden überhaupt nicht mehr existieren würde, wenn es nach der Landesregierung gegangen wäre; denn es hat eines Fraktionsantrags bedurft, diesen Verein zu retten, während ihn die Landesregierung bei den Haushaltsberatungen nicht einmal auf dem Schirm hatte. Das ist Ihre „Erfolgs“-Bilanz. Die finde ich schon faszinierend.

(Beifall bei der SPD)

Besonders spannend finde ich Ihre Begeisterung über die Kompetenz der Hochschulmedizin. Wo ist denn die Ministerin, wenn es gilt, die Hochschulmedizin aus der Falle – Finanzierung von Forschung und Lehre oder Finanzierung der Krankenversorgung – herauszuholen, in die sie inzwischen geraten ist? Wo bleibt die gemeinsame Aktion von Sozialminister und Wissenschaftsministerin dafür, die Universitätsmedizin finanziell so zu stellen, dass sie nicht in manchen Fällen mit Forschungsmitteln die Krankenversorgung und in anderen Fällen in umgekehrter Richtung subventionieren muss, sondern dass sie ausreichend und gut finanziert wird? Nichts davon haben Sie beide gemacht. Genau da wird Ihre Rede zur Sonntagsrede und zum Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu Ihrem berühmten einstürzenden Leuchtturm. Wo ist denn die Ministerin, wenn es um das UKGM geht? Wo ist sie, wenn ein Letter of Intent geschrieben wird, und am Stichtag, dem 1. Mai, nichts passiert? Wo ist sie, wenn der Stellenabbau weitergeht, obwohl der Ministerpräsident ein Moratorium versprochen hat? Wo ist die Ministerin bei der Umsetzung der Partikeltherapie? Frau Ministerin, Sie haben versucht, mit vielen klugen Worten – und auch nicht so klugen Worten – hinter den Wahltag zu kommen, und Ihr Partner lässt Sie schlicht im Stich. Er kündigt die Räume, er führt Sie an der Nase herum, und Sie schweigen dazu, Frau Ministerin. Das hat mit der Übernahme von Verantwortung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich bleibe beim Tagesgeschäft. Wann beginnt eigentlich Ihre Debatte darüber, was passiert, wenn es doch einen Eigentümerwechsel gibt? Was passiert denn dann? Ist die Landesregierung diesmal vorbereitet? Das letzte Mal ist sie gekreiselt, gekreiselt und gekreiselt. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie sich vorher darüber Gedanken macht, wie sie in einem solchen Fall das Spannungsverhältnis zwischen Forschung und Krankenversorgung sichern kann, ob sie diesen Laden teilweise zurückkaufen will, ob sie ihre Privatisierungsfehler wiederholen will, ob sie einen neuen Vertrag schließen will, weil sie alles privatisieren will – oder was auch immer.

Jedenfalls könnte diese Landesregierung einmal etwas für die Zukunft tun, statt nur über die Vergangenheit zu reden. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, aber LOEWE ist keine Erfindung dieser Ministerin. Das war Herr Corts. Die Art der Hochschulfinanzierung, wie sie praktiziert wird, ist keine Erfindung der Ministerin. Das war Frau Wagner. Ich würde gern einmal wissen, was der Beitrag von Frau Kühne-Hörmann zur Wissenschaftspolitik in Hessen ist. Ich habe es noch nicht herausgefunden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Noch ein paar nette Nebenbemerkungen. Da gibt es die berühmten Spin-offs zur Energiewende. Haben Sie einmal mit denen geredet, ob ihnen die Landesregierung das Leben leichter gemacht hat? Nein, es war nicht die Wissenschaftsministerin, aber es waren der Wirtschaftsminister und viele andere, die dafür gesorgt haben, dass die Spin-offs zu ihren Anfangszeiten Probleme hatten, weil sie die erneuerbaren Energien ernst genommen haben – und nicht nur als Lippenbekenntnis, wie es diese Landesregierung getan hat. Ich glaube, an der Stelle muss man schon einmal

klären: Ist die Position der Landesregierung, die Windenergie auszubauen, oder, sie aufzuhalten? Es geht nur eines von beiden. Die Spin-offs sind jedenfalls für das Ausbauen, und dabei hat die Landesregierung sie eher behindert als gefördert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben begeistert ein Promotionsrecht für die Fachhochschulen gefordert – weil das das Einzige ist, was Sie nichts kostet. Reden Sie doch einmal darüber, was es heißt, Forschung an Fachhochschulen zu betreiben. Reden Sie doch einmal darüber, was es heißt, an Fachhochschulen einen Mittelbau aufzubauen, der Forschung leisten kann; denn allein mit den Professoren wird das nicht gehen. Reden Sie doch einmal darüber, die Professorenstellen so auszustatten, dass das funktioniert. Aber das tun Sie nicht, weil Sie keinen Plan haben. Das wird an manchen Stellen noch deutlicher werden.

Nächster Punkt: Studierendenwerke. Die Kinderbetreuungsquote ist um 25 % gestiegen – um 180 Plätze. Es fehlen aber 5.000 bis 6.000 Betreuungsplätze, um auch nur das Minimum abzudecken. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass es so etwas wie eine Verhaltensänderung gibt. Es gibt eine Reihe studierender Frauen und Männer, die sich heutzutage dafür entscheiden, ihre Kinder im Studium zu bekommen. Das bringt für die Studierendenwerke ganz neue Herausforderungen. Das berichten uns alle, wenn wir sie fragen. Vielleicht hätten Sie sie fragen sollen, bevor Sie das aufgeschrieben haben.

Das Gleiche gilt für die Zahl der Studierendenwohnungen. Natürlich hat Hessen den höchsten Anteil an Zubau. Das ist völlig unstrittig. Aber was hat das zu sagen? Das ist doch nur eine Folge davon, dass vorher fast nichts da war. Hessen hat mit 7,4 % den niedrigsten Anteil bezüglich der Versorgung Studierender mit Wohnungen in ganz Deutschland. 11,5 % ist der Bundesdurchschnitt. Bis Sie das erreicht haben, müssen Sie noch mehrere Tausend Wohnungen bauen, nicht bloß 2.000 oder 3.000. Da fehlt ihnen etwas.

Statt das schönzureden, sollten Sie sich endlich auf den Weg machen und dafür sorgen, dass die Studierenden angemessen wohnen können. Andere Finanzierungsmodelle wären möglich. Ich glaube, auch das fehlt Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Grumbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Pentz?

(Gernot Grumbach (SPD): Ja!)

– Herr Abg. Pentz.

Manfred Pentz (CDU):

Herr Grumbach, ich bin noch nicht sehr lange im Parlament. Aber mich würde eines interessieren: Sie greifen die Ministerin hier ständig an, und dabei bekommen Sie es nicht ein einziges Mal hin, sie direkt anzuschauen. Wieso schauen Sie ständig zu Ihrer eigenen Fraktion hinüber, wenn Sie die Ministerin ansprechen?

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Grumbach, Sie haben das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Ehrlich gesagt, diese Sorte von Fragen zeugt von einem solchen Elend, dass ich sie nicht wirklich beantworten will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: So eine Arroganz!
– Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das hat schon etwas mit Psychologie zu tun!)

Jetzt kommen wir zur Gesamtwertung. Ihr Superforschungsprogramm, um das Sie alle anderen Bundesländer beneiden, ist sozusagen Hessens Speerspitze der Innovation. Damit hebt sich Hessen von dem ab, was in allen Bundesländern gemacht wird. – Die Zahlen sprechen gegen Sie. Bundesweit liegt der durchschnittliche Anteil der Ausgaben für die Forschung bei etwa 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts; in Hessen sind wir bei ungefähr 0,7 %. Das heißt, wir liegen damit deutlich unter dem Durchschnitt.

Da Sie über Innovationskraft geredet haben, mache ich mir einmal den Spaß, Ihnen die Zahl der Patentanmeldungen im Jahr 2012 vorzulesen: Bayern 14.300 Patentanmeldungen: 30 % aller in Deutschland angemeldeten Patente, Baden-Württemberg 14.200: ebenfalls knapp 30 %, NRW 6.800: 14 %, Niedersachsen 2.900: 6,3 %, und dann kommt Hessen mit 2.200: 4,9 %. Ich will es nur einmal beschreiben.

Versuchen Sie doch einmal, statt über das zu reden, was Sie alles ganz toll machen – was nicht stimmt –, die Punkte zu bestimmen, an denen Sie etwas besser machen können,

(Beifall bei der SPD)

indem Sie z. B. die Förderung von Wirtschaft und Wissenschaft nicht nach dem Gießkannenprinzip betreiben, sondern entsprechend einer modernen Form der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung: Man versucht, Cluster zu definieren, und führt dort Wirtschaft und Wissenschaft so zusammen, dass sie sich gegenseitig befruchten.

Da Sie aber keinen Plan haben, können Sie das nicht. Darauf, dass Sie keinen Plan haben, kommen wir gleich noch einmal zurück. Insgesamt hat das einiges mit dem Grimm-Jahr zu tun: viel mit Märchenstunde und wenig mit Realpolitik.

Was wäre denn Ihre Aufgabe? Auch darüber würde ich gern einmal reden.

(Zuruf von der Regierungsbank: Das ist ja ein Wunder! Das freut mich durchaus! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er ist lernfähig!)

– Sie sehen, Ihre Dramaturgie und meine unterscheiden sich ein bisschen. – Ich erwarte von der Ministerin, dass sie sich nicht hinter den Hochschulen oder sonst wem versteckt, sondern dass sie sie unterstützt, wenn es gebraucht wird. Das fängt bei den gesicherten Finanzen an.

Reden wir also einmal über das Modellprojekt, mit dem Sie hier gerade eine Show zu machen versuchen. Wie sieht denn die Weiterfinanzierung von LOEWE aus? Wie ist denn gesichert, dass all diese hübschen Projekte dauerhaft weiterfinanziert werden? Darüber haben Sie hier nichts gesagt; das überlassen Sie der nächsten Landesregierung. Die

wird sich dem sicher stellen; Sie jedenfalls werden dann nicht mehr dabei sein.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Das ist falsch!)

Was die gesicherten Finanzen betrifft: In ganz Deutschland gibt es eine Debatte darüber, dass wir eine Steuererhöhung zugunsten der Bildung brauchen. Im Stifterverband redet man davon, dass die Mehrwertsteuer zugunsten der Hochschulen erhöht werden solle;

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Welches Ministeramt übernehmen Sie denn?)

die Deutsche Forschungsgemeinschaft – DFG – spricht sich dafür aus, einen Bildungspfennig einzuführen; und die SPD erklärt: 1 % Vermögensteuer für 100 % Bildung. – Wo, bitte schön, ist der Vorschlag dieser Landesregierung zur Bildungsfinanzierung? Sie macht nichts, weil sie nichts ändern will, sondern alles so lassen möchte, wie es ist. Das ist ein für Hessen unerträglicher Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zur Korrektur von Fehlern. Wann fangen Sie an, die bescheuertste Fehlentscheidung des früheren Ministerpräsidenten Koch, nämlich das Kooperationsverbot, anzugehen? Wir alle wissen, wir können die Hochschulen in den Ländern nicht finanzieren, wenn dieses Verbot bestehen bleibt. Wann fangen wir endlich an, mit Druck auszuüben, damit es fällt und wir aus den Gesamteinnahmen der Bundesrepublik Geld in die Hochschuletats bekommen? Nein, Sie sind auch dort auf der passiven Seite. Passive Hochschulpolitik ist keine Politik. Genau dafür stehen Sie aber.

(Beifall bei der SPD)

Was die Hochschulfinanzierung in Hessen angeht, lautet Ihr Selbstlob: „größter Wissenschaftsetat aller Zeiten“. Ich weiß nicht, ob Sie die Reden von Abgeordneten anderer Parlamente lesen. Demnach hatten bzw. haben wir nämlich in den Jahren 2012 und 2013 in 16 Bundesländern den „größten Wissenschaftsetat aller Zeiten“. Da Sie so gern Vergleiche mit Rheinland-Pfalz ziehen – Sie haben den Etat fast verdoppelt –, rate ich Ihnen, sich einmal die Haushaltszahlen von Rheinland-Pfalz von 1999 bis heute anzuschauen. Sie würden feststellen, dass die ihren Wissenschaftsetat ebenfalls fast verdoppelt haben.

(Zurufe von der CDU: Mit unserem Geld!)

Das heißt, ein kleines Bundesland macht genau das Gleiche wie Sie; aber dort spuckt man nicht solch große Töne wie Sie, sondern man leistet anständige Arbeit.

(Zurufe von der CDU: Länderfinanzausgleich! – Die nehmen unser Geld! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wer das Gleiche macht wie alle anderen, endet im Mittelmaß und nicht an der Spitze. Wir müssen mehr machen als alle anderen, wenn wir das leisten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zu der Frage, wie sich die Wissenschaftsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt verhalten – Durchschnittswert für Hessen –: Bei den durchschnittlichen Ausgaben pro Studierenden – das nächste vergleichbare Bundesland ist Sachsen; ich weiß nicht, ob das ein Beispielland für Sie ist – haben wir in Hessen ein echtes Problem. Da zucken Sie immer zu Recht zusammen. In acht Jahren ist der Anteil

der Studierenden um 31 % gestiegen – an den Universitäten um 42 %. Der Anteil der Hochschulfinanzierung ist um 13 % gestiegen. Das heißt, die Finanzierung pro Studierenden ist um fast 1.000 € gesunken.

Solche Rahmenbedingungen für die Hochschulausbildung sind eine Schande und eine Versündigung an den Lebenschancen einer ganzen Generation von Studierenden. Das haben Sie zu verantworten, und vor dieser Verantwortung drücken Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte von der Ministerin auch, dass sie zu der Entwicklung der Hochschulen in Hessen Stellung bezieht. Wir drängen seit Jahren auf eine qualifizierte Hochschulentwicklungsplanung.

Vor knapp einem Jahr ist der Frau Ministerin eingefallen, dass sie da vielleicht etwas machen muss, und dann hat sie eine Wirtschaftsberatungsfirma damit beauftragt. Dass das eigene Ministerium nicht mehr in der Lage ist, Hochschulentwicklungsplanung zu machen, ist ein Thema für sich. Kenner erinnere ich an die Namen Wolf und Weber; die konnten das.

Es geht dabei nicht um die Wirtschaftsplanung für die Hochschulen, sondern um ihre Weiterentwicklung. Wenn man das richtig machen will, muss man von Anfang an nicht nur die Hochschulen beteiligen, sondern auch die Regionen in Hessen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, also die Wirtschaft; denn Wissenschaftsentwicklung und Wirtschaftsentwicklung hängen so eng zusammen, dass man die Hochschulplanung nicht von einer Beratungsfirma am grünen Tisch machen lassen kann, sondern sie kann nur im Dialog erfolgen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen: Wir reden mit den Leuten, Sie reden über sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht einmal das Angebot der Fachhochschulen zur Kenntnis genommen. Die Fachhochschulen haben in den letzten Wochen erklärt, sie würden, was den Zuwachs an Studierenden betrifft, gern mehr machen.

Sie organisieren sich Ihre eigenen finanziellen Probleme. Wir alle wissen, dass ein Fachhochschulstudienplatz etwas kostengünstiger ist als ein Universitätsstudienplatz. Hätten Sie den Ausbau der Fachhochschulen so in die Wege geleitet, wie diese es vor langer Zeit vorgeschlagen haben, nämlich indem Sie einen deutlich stärkeren Ausbau als an den Universitäten vornehmen, hätten Sie heute einen Teil der Finanzprobleme nicht. Aber Nichtstun führt eben zu Problemen. Genau das ist Ihr Problem: Nichtstun, dann gibt es Probleme, und schließlich haben Sie Angst.

Wenn Sie die Perspektiven für die Fachhochschulen weiterentwickeln, ist der nächste Punkt: Wie soll die Zukunft aussehen? Wir alle reden davon, dass die Leute höher qualifiziert sein müssen. Was heißt das denn? Das bedeutet eine Akademisierung von Berufen. Diejenigen, die Pflegeberufe und Erziehungsberufe ergreifen, müssen eine bessere Ausbildung haben, damit die Diagnostik funktioniert und damit mit den Kindern und den Älteren ordentlicher umgegangen wird. Das ist der eine Teil.

Über den anderen Teil haben Sie sich aber überhaupt noch keine Gedanken gemacht. Wie soll es bei hoch qualifizierten Berufen weitergehen, die heute über die duale Berufsausbildung erlernt werden? Ist es nicht ein Punkt, dass Sie

die Versuche der Fachhochschulen unterstützen, bei hoch qualifizierten Berufen die Rolle der Berufsschulen zu übernehmen, anstatt dass dort vollschulisch gearbeitet wird? Denn dann bekämen wir eine neue Form der dualen Berufsausbildung auf einem völlig neuen Niveau. Das ist eine Idee, auf die Sie nicht kommen, weil Sie den Vertretern der Fachhochschulen nicht zugehört haben, obwohl es schon die ersten Versuche gibt. Das wäre ein Punkt, an dem Sie etwas für die Gesamtqualifikation in Hessen machen könnten.

Stärkung und Integration von Forschung und Lehre: Warum war bei Ihnen heute nicht die Rede davon, wie wir die Chance ergreifen können, zum Nutzen von Studierenden und Lehrenden beides wieder zusammenzuführen? Wir erleben gerade einen großen Umbruch in der deutschen Forschungslandschaft. In einer der großen Forschungsgesellschaften – der Leibniz-Gemeinschaft – wird darüber geredet, ob man sich neu strukturiert, sich eventuell sogar auflöst.

Wenn wir die Chance nutzen wollen, dass an Hochschulen wieder ganz normal geforscht wird und dass nicht irgendeine Sonderauswahl an Studierenden die Einzigen sind, die ernsthaft Forschung betreiben, sondern alle Studierenden, dann gehört dazu, dass wir die Integration als Politik befördern, statt dazu zu schweigen. Auch das erwarten wir von der Ministerin.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Alles in allem sehe ich meiner Redezeit an, dass es knapp wird. – Die Frage ist: Wann überprüfen Sie eigentlich die Ergebnisse Ihrer finanziellen Steuerungsversuche?

(Heiterkeit des Abg. Michael Siebel (SPD))

Das ist die Steuerungsillusion auf der einen Seite. Sie versuchen, mit einem Erfolgsbudget Ziele zu erreichen. Es hat noch keine Dokumentation gegeben, die Ihnen beschrieben hat, dass Sie die auch erreichen. Sie haben gleichzeitig mit dem Steuerungsinstrument der Studierendenzahl für die Hochschulfinanzierung eine Unterdeckelung und einen Kannibalisierungswettbewerb zwischen den Hochschulen erreicht. Denn selbst ein kluger Hochschulpräsident, der sagt: „Ich nehme keine zusätzlichen Studierenden auf, weil es meine Lehrer-Studierenden-Relation und meine Hochschulfinanzierung ruiniert“, gerät in die Situation, dass er trotzdem pro Studierenden weniger hat, wenn die anderen mehr aufnehmen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Grumbach, Sie hatten mit der Redezeit recht. Sie kommen bitte zum Schluss.

Gernot Grumbach (SPD):

Sie haben damit ein Steuerungsinstrument eingeführt, das die Hochschulen ruiniert. Wann fangen Sie endlich an, diesen Unsinn abzuschaffen?

(Beifall bei der SPD)

Normalerweise enden solche Reden mit dem berühmten Drehen zur Ministerin und der Frage: „Wann treten Sie zurück?“ Aber, ehrlich gesagt, ich bin Wahlkämpfer. Ich glaube, diese Ministerin ist die beste Werbung für einen

Regierungswechsel in Hessen. Deswegen halten Sie die paar Wochen noch durch. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Grumbach. – Ich darf Herrn Dr. Bürger für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Für unsere Zuschauer: Der Redner hat 20 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Dr. Matthias Bürger (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle voran, dass ich mich bei Ihnen, Frau Staatsministerin, ganz herzlich für diese Regierungserklärung bedanken möchte.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Neue Erkenntnis! – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich möchte mich insbesondere dafür bedanken, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben und dass Sie es uns einmal im Plenum so anschaulich mit Ihren Beispielen vorgebracht haben, mit denen Sie die Forschung in Hessen dargestellt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wissen, die Forschung steht oftmals gar nicht im Mittelpunkt der politischen Diskussion, eigentlich viel zu wenig. Deswegen besteht das Risiko, dass Forschungspolitik viel zu wenig wichtig genommen wird. Dass Redner in politisch – wie sage ich es? – interessanten Zeiten wie denen, die wir jetzt haben, durchaus ein bisschen vom Thema abweichen, Herr Grumbach, das durften wir beobachten, auch dass einzelne strittige Themen aus dem Hochschulbereich, wie die erfolgreiche Privatisierung des UKGM, hier vorgebracht werden oder der Regierung gar vorgeworfen wird, hier ginge es um Themen, die im Kern unstrittig, eigentlich unpolitisch seien, weil sie die Hochschulen durchführen würden – als würden sie nicht als ganz wesentlicher Bestandteil zu diesem Land gehören und an der Politik dieses Landes hängen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr richtig!)

Deswegen war und ist es mutig, ein solches Thema hier vorzubringen. Dafür einen herzlichen Dank.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber es war auch inhaltlich richtig. Das will ich belegen, indem ich hier einige Thesen zur Forschungspolitik vorbringe.

Meine erste These ist: Forschung ist für uns von zentraler Wichtigkeit. Woran hängt der Wohlstand der Menschen in unserem Land? Er hängt daran, dass wir schneller mit neueren und besseren Produkten am Weltmarkt sind. Womit aber können wir schneller und besser sein? Am Ende mit Innovationen, mit Kreativität und mit Beweglichkeit. Was brauchen wir also? Um weit überdurchschnittlichen Wohlstand zu erzeugen und zu sichern, sind wir darauf angewiesen, dass unsere Menschen etwas Besonderes leisten. Sie können etwas Besonderes leisten, erstens wenn sie dazu in der Lage sind und zweitens wenn man sie dies tun lässt.

Der zweite Punkt ist eine Frage der Wirtschaftspolitik. Es geht um weniger Hürden, um das große Thema Bürokratieabbau. Mit Bürokratie verhindern wir, dass Menschen etwas tun können. Es geht auch um das nötige Geld. Herr Grumbach, bei Ihnen habe ich schon wieder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt herausgehört, eine Vermögensabgabe und ähnliche Dinge stehen im Raum. Nein, es geht darum, dass man den Menschen das Geld belässt, damit sie investieren können, damit sie Ideen umsetzen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht um notwendige Infrastruktur, von Straßenbau über Breitband. Es geht auch um das Wettbewerbsumfeld, von bezahlbaren Konditionen bis hin zu dem großen Thema der bezahlbaren Energie. Hier wissen wir ganz klar: Hier können die politischen Unterschiede gar nicht größer sein.

Der erste Punkt, nämlich was Menschen leisten können, ist insbesondere eine Frage der Bildungspolitik. Es geht darum, den potenziell Besten auch die Möglichkeit zu geben, richtig gut zu werden. Wir brauchen eine Leistungskultur. Wir brauchen eine solche Kultur in unseren Schulen. Die haben wir geschaffen. Wir brauchen genauso gute Hochschulen, die Topleistungen erlauben, und wir brauchen Spitzenforschung an eben diesen Universitäten und Forschungsinstituten in unserem Land.

Dabei will ich zwei Begriffe voneinander abgrenzen, nämlich den der Forschung und den der Innovation. Das wird immer wieder einmal miteinander vertauscht. Meine Damen und Herren, Innovation findet in Unternehmen statt. Sie schafft dort Werte und damit Wohlstand. Forschung findet überwiegend in öffentlichen Einrichtungen statt, in Universitäten, Forschungseinrichtungen und schafft dort Wissen. Die Forschung ist deshalb die Grundlage für die Innovation. Herr Alfred Oberholz hat es einmal so schön gesagt, und ich darf ihn hier zitieren:

Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen, Innovation ist die Umwandlung von Wissen in Geld.

Deshalb ist die Forschung so wichtig. Sie ist wichtig dafür, dass die Gesellschaft auch in Zukunft Innovationen voranbringt und deswegen im Wohlstand lebt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zur zweiten These kommen: Forschung braucht auch gesellschaftliche und politische Voraussetzungen. Dazu braucht Forschung als Erstes Geld. Deshalb investieren wir in Hessen mehr als je zuvor in Forschung. Wir haben die Forschungskraft unserer Universitäten ganz deutlich gestärkt. Ich möchte nur ein paar Zahlen rekapitulieren. Der gesamte Einzelplan 15 ist mit mittlerweile über 2 Milliarden € doppelt so hoch wie 1999, zu Ihren Zeiten.

Herr Grumbach, im Übrigen, wenn Sie auf Rheinland-Pfalz verweisen, dann sollten Sie sich einmal die Beträge pro Einwohner anschauen. Dann sehen Sie, dass wir deutlich vor Rheinland-Pfalz sind und von allen Flächenländern einmal auf dem ersten, einmal auf dem zweiten Platz rangieren. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt überhaupt nicht! – Gernot Grum-

bach (SPD): Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir fördern die Forschung ganz gezielt mit 144 Millionen €. Wir haben unser LOEWE-Programm mit 410 Millionen €, ein Programm, um das wir bundesweit beneidet werden. Auch da ein interessanter Punkt: Über die gesamte Zeit von LOEWE haben wir eine Drittmittelinwerbung, also Gelder, die Unternehmen oder andere Forschungseinrichtungen zur Verfügung stellen, in Höhe von über 250 Millionen €. Daran sieht man, wie erfolgreich dieses Programm ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben richtungsweisende Kooperationen, insbesondere die „House of“-Reihe. Ich denke an das House of IT, Logistics und Pharma.

Herr Grumbach, Sie haben das Kooperationsverbot im Hochschulbereich genannt. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes wird aber von Rot-Grün im Bundesrat blockiert. Auch das muss hier einmal gesagt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat es eingeführt? – Gegenruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn: Alle!)

Forschung braucht auch Kristallisationspunkte. Deshalb haben wir so viele neue Forschungszentren des Bundes gerade hier angesiedelt. Forschung braucht aber noch etwas Weiteres. Forschung braucht Freiheit. Da Forschung Freiheit braucht, um sich entwickeln zu können, dürfen wir keine Vorgaben machen, was Forschungseinrichtungen forschen dürfen und was sie nicht dürfen.

Da will ich einen kleinen Einschub machen. Ich habe die große Freude gehabt, Herrn Bundestagspräsidenten Lammer in Bad Hersfeld bei der Eröffnung der Bad Hersfelder Festspiele zu hören. Da hat er etwas Interessantes gesagt. Er hat nämlich gesagt:

Der Staat kann nicht selbst Kultur machen, sondern er kann nur die Voraussetzungen schaffen, unter denen sich Kultur entwickelt. Der demokratische Staat darf sich deshalb nicht einmischen, welche Bücher geschrieben, Stücke aufgeführt, Musik komponiert wird,

(Demonstrativer Beifall und Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt! Der erste richtige Satz!)

sondern er muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass frei Bücher, Theaterstücke und Musik entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das war eine bemerkenswerte Rede. Herr Al-Wazir, es wäre schön gewesen, wenn Sie dort gewesen wären. – Genau dasselbe gilt im Übrigen für die Forschung. Der Staat muss die Voraussetzungen für die Forschung schaffen, ohne selbst vorzugeben, was geforscht werden darf oder was nicht geforscht werden darf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Art. 5 Grundgesetz! Das wussten wir schon!)

Hier besteht im Übrigen ein ganz wichtiger politischer Unterschied. Wer für die Freiheit von Forschung eintritt, der

darf seine politischen Lieblingsthemen nicht vorgeben, auch wenn sie ihm gerade politisch in den Kram passen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer für die Freiheit der Forschung ist, der darf auch Themen nicht verbieten, Herr Al-Wazir, z. B. unter dem Vorwand, sie könnten auch militärisch genutzt werden. Ich denke hier z. B. an mathematische Verschlüsselungstechnik, Kryptografie, die zunächst hauptsächlich militärischen Nutzen hatte und heute die Grundlage für die Sicherheit im Internet ist. Mit solchen Zivilklauseln, wie sie auch von den GRÜNEN unterstützt werden, hätten wir sie niemals gehabt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich dachte, wir haben Hochschulautonomie?)

Wer für die Freiheit von Forschung ist, darf die Forschungsgelder an kein anderes Kriterium als an die Leistung binden, die erbracht wird. Das wird in der Grundlagenforschung durch ein unabhängiges Gremium beurteilt – z. B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder den LOEWE-Beirat –, und bei anwendungsbezogener Forschung ist es der Erfolg der Anwendung, letztendlich also die Einwerbung von Drittmitteln.

Wer für die Freiheit von Forschung ist, darf deshalb keine Programmforschung machen, sondern er muss Antragsforschung betreiben, weil letztendlich jedem Antrag eine Leistungsüberprüfung zugrunde liegt; das ist ein ganz wesentlicher politischer Unterschied.

Wer für die Freiheit von Forschung ist, darf auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, nämlich den Technologietransfer, nicht verteufeln. Im Gegenteil, er muss genau eine solche Zusammenarbeit fördern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer für die Freiheit von Forschung ist, darf insbesondere eines nicht tun: Er darf Neues nicht ablehnen oder ihm gar feindselig gegenüberstehen.

Damit komme ich zu meiner dritten These: Forschung braucht ein gesellschaftliches Klima, das Neues zuerst als Chance und eben nicht als Risiko begreift. Leider gibt es eine starke politische Strömung in unserem Land und in diesem Hause, die Neuem noch immer zutiefst ablehnend und feindlich gegenübersteht. Die Forschungsfeindlichkeit ist geradezu eine Traditionslinie der GRÜNEN.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel gefällig? Gern. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich eine alte Pressemeldung der Bundestagsfraktion der GRÜNEN aus dem Jahr 1984.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht hören Sie sich das einmal an, dann wird Ihnen das Lachen vergehen. Dort steht nämlich, in einem groß angelegten Propagandafeldzug überzogen Computerhersteller und ihre diensteifrigen Erfüllungsgehilfen in Politik und Verwaltung mit ihrer Forderung nach Computereinsatz und Computerunterricht alle Bereiche von Bildung. Ihre Vorgänger bei den GRÜNEN fordern: Keine Stationierung von Computertechnologie, Abrüstung von Computersystemen in der Schule. – Hört, hört.

(Zurufe von der FDP)

Bis sie 1990 aus dem Bundestag geflogen sind, bis dahin vergingen noch sechs weitere Jahre, hing an den Fraktionsführern der GRÜNEN in Bonn die Mitteilung „Computerfreie Zone“. Auch das ist eine Traditionslinie der GRÜNEN, längst nicht nur der Stadtindianer.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bis heute kämpfen die GRÜNE gegen Gentechnik, ohne Rücksicht darauf, dass sie im medizinischen Bereich vielen Menschen das Leben gerettet oder doch erheblich erleichtert hat – man denke nur an das künstliche Insulin oder den wichtigen Beitrag, der dadurch im Kampf gegen den Hunger in der Welt geleistet wird. Dass heute Universitäten in Deutschland auf Feldern nicht mehr gentechnisch forschen können, ohne dass die Felder in der Nacht niedergetrampelt werden, das ist am Ende das Ergebnis grüner – weil forschungsfeindlicher – Ideologie.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Bürger, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Matthias Bürger (FDP):

Nein. Sie haben im Anschluss auch Gelegenheit, hier 20 Minuten zu sprechen. – Diese Feindseligkeit gegenüber Fragen, die nicht in Ihr politisches Konzept passen, zieht sich bis heute durch Ihre Ideologie.

Dazu gehört z. B. auch die Verringerung der Strahlungsdauer von Atommüll durch Transmutation. Darüber denken Sie ja noch nicht einmal nach. Ohne nachzudenken, weiß man gar nicht, welches Ergebnis herauskommt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In vielen Bereichen hat eine grüne – weil rückwärtsgewandte – Ideologie SPD und LINKE bereits angesteckt, auch das stimmt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen wissen wir alle, was ein grüner Wirtschaftsminister für dieses Land bedeuten würde, Herr Al-Wazir: Er würde in einem völlig falschen Film sitzen, nämlich „Zurück in die Vergangenheit“. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie leben in einer Parallelwelt! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das sagt der Richtige!)

Dies alles führt mich zu meiner vierten These: Der Erfolg von Forschung hängt wesentlich von den politischen Rahmenbedingungen ab und am Ende auch davon, wer in diesem Bundesland regiert.

Die forschungsfeindliche Einstellung der GRÜNEN in Hessen während der Neunzigerjahre hat uns deutlich zurückgeworfen.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hinzu kamen die Sparorgien unter SPD-Ministerinnen und die Vergabe von Geldern nach Gutsherrenart anstatt nach Leistung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Im Jahre 1999 hat Schwarz-Gelb hier ein forschungspolitisches Fiasko übernommen, auch das gehört zur Wahrheit. Es war deswegen eine große Leistung dieser Regierung und ihrer beiden Vorgängerregierungen, den Nachholbedarf gegenüber forschungsstarken Ländern, beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg, zu reduzieren. Herr Grumbach, Sie haben recht, dass es dort noch sehr viele Patentanmeldungen gibt. Ja, diese Länder wurden auch jahrzehntelang schwarz-gelb regiert. Das merkt man diesen Ländern auch an. Da müssen wir irgendwann einmal aufholen, aber das tun wir.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Grumbach, Sie haben unrecht damit, dass die Leistungen, die die Hochschulen erbringen würden, nichts mit Politik zu tun hätten. Sie sehen den Zusammenhang: wo Forschungspolitik hervorragend funktioniert, wo es gute Leistungen gibt und welche Regierungen in diesen Ländern an der Macht sind. Einen besseren Beleg kann man gar nicht verlangen.

Aber solche Leistungen muss man nachhaltig sichern. Damit komme ich zur fünften These.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Sprechblasen! – Gegenruf von der FDP)

Den Forschungsstandort sichert man nur, indem man stringent auf Leistung setzt und Qualität hochhält. Qualität hat im Übrigen immer auch ein bisschen etwas mit Qual zu tun, also damit, sich zu quälen und anzustrengen, um ein Ziel zu erreichen. Wenn man es sich und anderen zu leicht macht, bekommt man am Ende ein Label ohne Wert. Deswegen sind wir auch gegen jede rot-grüne Überlegung wie etwa die Abschaffung des Sitzenbleibens. Das ist definitiv der falsche Weg für Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das gilt aber auch für unsere Fachhochschulen. Unsere Fachhochschulen sind hervorragend aufgestellt. Sie haben Praxisbezug, und sie können Dinge, die keine Universität kann. Sie wollen deswegen auch gar keine Universitäten werden, und das sollten sie auch nicht.

Selbstverständlich muss es kooperative Modelle zwischen Fachhochschulen und Universitäten für Promotionen geben; das begrüße ich auch sehr.

(Beifall bei der FDP)

Diese müssen wir mit Leben erfüllen und ausdehnen. Es können auch gemeinsame Promotionskollegs sein, da sind wir sehr pragmatisch. Aber das Prinzip der kooperativen Promotion muss erhalten bleiben;

(Beifall bei der FDP und der CDU)

denn die Qualität der Promotion müssen wir – gerade nach dem einen oder anderen bedauerlichen Fall in der Vergangenheit – erst recht sichern.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Hessen ist gut aufgestellt, und Hessen ist sehr erfolgreich. Damit es aber so weitergeht, müssen wir dafür sorgen, dass die erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungspolitik der letzten Jahre in Hessen fortgeführt wird. Wir brauchen weiterhin ein for-

schungsfreundliches Klima, wie wir es in den letzten Jahren geschaffen haben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir brauchen eine Bewahrung der Freiheit der Forschung vor politischen Einflüssen; das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir brauchen weiterhin finanzielle Priorität für Forschung, welche durch diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen in den Haushaltsbeschlüssen gewährt wurde. Wir brauchen finanzielle Prioritäten mit einer klar leistungsbezogenen Vergabe, im Übrigen gern auch unter einer Verschärfung der Kriterien im Hochschulpakt – Sie hatten es gerade angesprochen, Herr Grumbach –, der letztendlich sowohl ein Pakt für die Lehre als auch ein Pakt für die Forschung ist. Hier befinden wir uns immer in einem evolutionären Prozess der Weiterentwicklung. Aber es ist definitiv der richtige Weg, Mittel auf diese Weise zu vergeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir brauchen auch weiterhin hohe Qualitätsanforderungen. Diese werden wir weiterhin überall stellen, genau so, wie wir es beim LOEWE-Projekt tun, welches wir selbstverständlich fortführen wollen, Frau Ministerin.

Weiterhin brauchen wir offene Türen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, damit der Technologietransfer – für den sowohl Sie, Frau Ministerin Kühne-Hörmann, als auch Herr Minister Rentsch verantwortlich sind – weiterhin Früchte für dieses Land trägt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

So – und nur so – werden wir den Wohlstand unseres Landes dauerhaft sichern. Damit sehen wir, wie umfassend und am Ende auch politisch das Thema Forschungspolitik doch ist. Oder, um es mit dem großen Dichter und Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing zu sagen: „Der Blick des Forschers fand nicht selten mehr, als er zu finden wünschte.“

Ich selbst habe in diesem Land geforscht, und ich habe es gern getan. Ich kenne Forschung und weiß, was sie vermag. Ich weiß aber auch, was Forschung zuweilen behindert oder verhindert. Deswegen sage ich Ihnen: Geben Sie den Forschern bitte Zeit und Geld. Messen wir die Forscher an ihren Leistungen, wie es gegenwärtig der Fall ist, nicht aber an politischen Vorgaben. Öffnen wir ihnen die Türen zu Unternehmen und Institutionen, aber lassen wir sie ansonsten bitte in Frieden mit Vorgaben, Geboten und Verboten, was auch immer sie zu tun hätten.

Im Übrigen ist es nicht selbstverständlich, dass Politik auf diese Weise handelt und vorgeht. Das lehren – ich weiß es aus eigener Erfahrung, ich habe in den Neunzigerjahren in diesem Land geforscht – die rot-grünen Jahre, die wir hatten.

Herr Grumbach, Sie mögen mit einem gewissen Recht sagen: Wenn Politik so handelt, dann mag das zunächst einmal langweilig sein und klingen. – Ja, aber es ist am Ende eines: Es ist die beste Zukunftspolitik, die dieses Land haben kann. Es ist die beste Politik in diesem Land für den Wohlstand unserer Menschen. Das genau sollte unser Ziel sein, und genau darauf kommt es an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Linguisten der Zukunft werden die Sprechblasen erforschen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Dr. Bürger. – Ich darf Herrn May für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Beginn der Rede von Herrn Dr. Bürger war ich noch geneigt, zu sagen: Wenn die Regierungserklärung schlecht ist, dann wird wahrscheinlich der Abgeordnetenbrief für die Koalition auch nicht besonders gut sein. – Aber jetzt muss ich sagen: Das, was Sie da zusammengeschustert haben, kann aus keinem Abgeordnetenbrief stammen. Das hat nicht einmal Bezug zu der dürftigen Regierungserklärung der Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Wenn Sie für eine Aussprache zur aktuellen Hochschulpolitik Presseerklärungen der GRÜNEN von 1984, das Sitzenbleiben und eine Leistungskultur an unseren Schulen mit Bürokratieabbau zusammenrühren, dann zeigt das doch: Ihnen fällt wirklich nichts mehr in Sachen Hochschulpolitik ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da sind Sie in Eintracht mit der Frau Ministerin, die heute den zweiten Anlauf innerhalb von eineinhalb Jahren gemacht hat, dieses Thema in einer Regierungserklärung zu skizzieren. Aber genauso wie beim ersten Anlauf vor eineinhalb Jahren ist es auch diesmal wieder gescheitert. Frau Ministerin, mir ist wirklich schleierhaft, was Sie sich dabei gedacht haben, diese Regierungserklärung heute abzuliefern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir hatten in Hessen einmal ein Institut für vergleichende Irrelevanz. Dafür wäre diese Regierungserklärung ein Fall gewesen; denn es gibt wirklich wenig Vergleichbares, das so irrelevant ist wie diese Regierungserklärung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Anstatt auf die großen Herausforderungen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich einzugehen, verstecken Sie sich hinter Projekten. Da wundert es wenig, dass der Ministerpräsident vorschlägt, ein Zukunftsministerium zu gründen, wenn das Ihre Vorstellungen zur zukünftigen Forschungs- und Wissenschaftspolitik sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei will ich sagen, dass jedes der einzelnen Projekte, das Sie vorgestellt haben, durchaus sinnvoll sein kann. Auch das seniorenerechte Brot und der rote Apfelsaft verdienen unsere Anerkennung. Wir GRÜNE sprechen den Forscherinnen und Forschern in diesem Land unseren Dank und unsere Anerkennung für die Arbeit aus, die sie für diese Gesellschaft Tag für Tag leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber diese Aufzählung von Projekten macht noch kein Regierungshandeln aus. Sie können damit nicht verdecken,

dass an der Spitze des Wissenschaftsministeriums eine Ministerin sitzt, die vollkommen erschöpft und verbraucht ist und auf die Abwahl wartet.

(Zurufe von der CDU)

– Ich wusste doch, dass Sie darauf reagieren. – Es ist durchaus richtig, dass Politiker die Arbeit von Forscherinnen und Forschern in diesem Land wertschätzen. Ja, es war richtig, das 2008 gestartete LOEWE-Programm weiterzuführen. Aber damit ist die Wissenschaftspolitik doch noch nicht erschöpft. Das allein kann nicht Inhalt einer Regierungserklärung zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik sein. Das allein ist unzureichend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man die Arbeit von Wissenschaftlern in diesem Land ernst nehmen möchte, dann tut man das nicht, indem man sich mit ihren Ergebnissen wie mit falschen Federn schmückt, sondern dann muss man ihre Arbeitsbedingungen verbessern, dann muss man ihre Ratschläge annehmen. Ich denke, grundsätzlich sollte die Regierung in einer Regierungserklärung ihr Handeln erklären und nicht erklären, wie andere Leute gehandelt haben. Aber da haben Sie heute versagt; denn Sie haben nichts mehr vor in der Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich in Ihrer Erklärung auch mit der Arbeit des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Kassel geschmückt. Ich greife das einmal heraus, weil das sehr deutlich macht, wie Sie mit Forschung umgehen, auch vor dem Hintergrund, welch salbungsvolle Worte Herr Büger eben verloren hat.

Sie haben jahrelang dieses Institut – da hieß es noch ISET – ausgebremst. Wir haben nicht vergessen und die Forscher in Kassel auch nicht, dass es die CDU in der Landesregierung war, die beim ISET damals die Mittel zusammengestrichen hat und stattdessen zugunsten eines Lobbyvereins der Kernenergie die Zuschüsse hochgefahren hat. Das zeigt, Sie sind vollkommen ungläubwürdig, was eine unabhängige Forschung angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage, Sie haben mit Ihrer Regierungserklärung meilenweit an den tatsächlichen Lebenszusammenhängen und an den Problemen der Fachhochschulen und Universitäten in diesem Land vorbeigeredet. All die guten Projekte können nicht verdecken, dass Sie für die bestehenden Probleme keine Lösungsangebote liefern können. Für uns ist klar: Forschung und Lehre gehören zusammen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das war im 19. Jahrhundert!)

– Ja, Herr Dr. Müller, für Sie ist es vielleicht 19. Jahrhundert. Für uns ist es 21. Jahrhundert und unser Konzept für die Zukunft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das zeigt Ihr Weltbild!)

Für uns beginnt die akademische Ausbildung an den Hochschulen im ersten Semester und nicht erst bei der Promotion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher ist es unverantwortlich, in einer Regierungserklärung zur Forschung nicht über die Situation der Studierenden zu reden. Wir haben die Situation, dass wir ein Studierendenhochplateau vor uns haben, aber die Ministerin darauf in ihrer Regierungserklärung nur randweise eingeht. Wir haben die Situation, dass der Bund nur übergangsweise Geld für mehr Studienplätze zur Verfügung stellen kann, da ein sinnloses Kooperationsverbot – der ehemalige Außenminister hat es vor Kurzem als in die Verfassung gegossenen Unsinn bezeichnet – eine dauerhafte Mitfinanzierung verhindert. Die Hochschulen brauchen aber Planungssicherheit. Es ist doch Etikettenschwindel, dass der Vertrag „Hochschulpakt 2020“ heißt, aber nur für ein oder zwei Jahre Mittel bereitstellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt ein Problem. Sie glauben immer noch, dass das ein vorübergehendes Problem sei, das man untertunneln könne. Es wird aber eine dauerhafte Herausforderung für die Hochschulpolitik sein, mit einer steigenden Studierneigung umzugehen und dafür attraktive Angebote zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Finanzierung kommen Sie immer mit derselben Passage. Man konnte sie auch in der Regierungserklärung von vor eineinhalb Jahren nachlesen. Insofern sind wir gut darauf vorbereitet. Ja, in absoluten Zahlen gibt es so viel Geld wie noch nie. Das ist richtig. Aber wenn wir das in Relation setzen zu dem, was die Hochschulen zu machen haben, sieht die Welt schon anders aus. Denn wenn man die Anzahl der Studierenden in Relation nimmt und die Inflation einrechnet, dann sind die Ausgaben rückläufig.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viele Forschungsergebnisse unserer hessischen Hochschulen angeführt. Ich möchte das an dieser Stelle auch machen und mit Genehmigung des Präsidenten eine Grafik zeigen, welche die Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten angefertigt hat.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Sie erkennen dort die durchschnittliche Zuweisung pro Studierenden an die Universitäten. Sie erkennen deutlich anhand der Grafik, dass das rückläufig ist. Die Zahlen sind für Sie natürlich nicht erkennbar, aber deshalb lese ich sie Ihnen der Vollständigkeit halber vor. 2009 – Frau Kühne-Hörmann übernimmt das Amt – waren es 9.542 € Zuweisung pro Studierenden an die hessischen Universitäten. 2012 waren es 8.437 € pro Studierenden.

(Clemens Reif (CDU): Machen Sie für jeden eine Kopie, dann können wir es erkennen!)

Das heißt, dass wir etwa 1.100 € weniger haben. Was die Ausgaben pro Kopf angeht – Herr Dr. Büger hat damit angefangen; er hat gesagt, wir hätten Spitzenwerte –, sieht das Statistische Bundesamt dies etwas anders. Ich zitiere aus „Hochschulen auf einen Blick 2012“. Dort steht Hessen auf dem achten Platz. Ich würde sagen, das ist knapp an der Spitze vorbei. Von daher kann man auch an dieser Stelle nicht sagen, dass wir besonders herausragend seien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern nutzt das Blenden mit absoluten Zahlen überhaupt nichts.

Wir haben außerdem ein fehlgeleitetes Finanzierungssystem der Hochschulen, das wiederum dazu führt, dass die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden immer schlechter wird. Auch dazu kein Wort von der Ministerin. Wir hatten 2008 noch eine Betreuungsrelation von 64,7 Studierenden pro Professur an Unis und 48 Studierenden pro Professur an Fachhochschulen. Ihr Verdienst ist es, dass es heute an den Unis statt 64,7 Studierende auf eine Professur 75 sind. Ihr Verdienst ist es, dass es an Fachhochschulen heute statt 48 Studierende pro Professur 57,7 sind.

Das zeigt, die Betreuungsrelation entwickelt sich rückläufig. Das betrifft auch die Qualität von Forschung und Lehre. Diese Verschlechterung der Relation von Lernenden zu Lehrenden geht vollumfänglich auf Ihr Konto, Frau Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Frau Ministerin, Ihr Problem war, dass Sie den Ideologen von der FDP geglaubt haben, die da meinten, auch im Hochschulbereich wurde der Wettbewerb schon alles richten. Daher haben Sie keinen Plan entwickelt, wie man die Hochschullandschaft weiterentwickeln soll, um den großen Herausforderungen, was steigende Studierneigung, was Studierendenhochplateau angeht, entgegenzutreten zu können.

Stattdessen fabulierten Sie auf der Hochschulleitertagung darüber, dass man den Zugang zur Hochschule besser begrenzen solle, eine Höchstquote von 45 % sei Ihr Ziel. – Wir GRÜNE sagen: Das ist der vollkommen falsche Weg, Politik zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortliche Politiker nehmen gesellschaftliche Entwicklungen wahr, nehmen sie auf und gestalten anschließend die staatlichen Einrichtungen bedarfsgerecht. Stattdessen wollen Sie diese Entwicklung künstlich in Grenzen setzen. – Das ist der vollkommen falsche Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entsprechend schwach sind auch Ihre Ausführungen zur sozialen Infrastruktur an den Hochschulen. Die hat etwas mit Studierneigung zu tun. Wenn wir einen fairen Zugang zu Hochschulen gewährleisten wollen, dann bedeutet das auch, dass soziale Ungleichheiten mit einer sozialen Infrastruktur abgedeckt werden müssen. Dazu sagen Sie wenig.

Entlarvend finde ich auch das Beispiel Ihrer fiktiven Familie. Das ist nämlich die Tochter, die in Hessen studiert, aber noch zu Hause wohnt und zum Hochschulstandort einpendelt. Ja, warum denn? – Weil sie sich vermutlich keine Wohnung in ihrer Hochschulstadt leisten kann, weil Schwarz-Gelb keinen bezahlbaren Wohnraum geschaffen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie vor Kurzem wieder an neuen Wohnheimplätzen versprochen haben, reicht doch bei Weitem nicht aus, um Anschluss an die anderen Bundesländer zu halten. Hessen hat im Ländervergleich eine schlechte Relation von Studierenden zu Wohnheimplätzen.

In Zahlen heißt das: Wir hatten 2002 noch ein Angebot von Wohnheimplätzen zu Studierenden in Höhe von 9,5 %. 2011 war die Unterbringungsquote jedoch auf

7,3 % zurückgefallen. – Das zeigt: Sie haben dort die Entwicklung verschlafen, und die Wohnungsnot der Studierenden geht voll auf Ihre Kosten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen: Es ist höchste Zeit, dass das Land wieder Verantwortung übernimmt und die Studierendenwerke dazu befähigt, in ausreichendem Maße neue Plätze zu errichten. Dazu haben wir bereits im letzten Herbst einen Antrag vorgelegt. Das, was Sie jetzt vorhaben, ist bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Auch kein Wort von Ihnen zur Weiterentwicklung der Autonomie der Hochschulen. Das hat mich schon sehr gewundert, weil man in einer Grundsatzrede der Wissenschaftsministerin etwas darüber erfahren können sollte, wie es mit den Hochschulen weitergehen soll. – Für uns ist klar: Wir wollen die Autonomie stärken und uns an den guten Beispielen orientieren, die es gibt.

(Zuruf von der CDU: So wie in Nordrhein-Westfalen!)

Dazu gehört es, die Bauautonomie für die Hochschulen, die das wollen, zu erweitern. Ich verstehe auch nicht, dass Sie das nicht aufgreifen, denn Ihre Vorvorgängerin Ruth Wagner hat in diesem Bereich tatsächlich seinerzeit etwas Sinnvolles auf den Weg gebracht. Aber auch an dieser Stelle zaudern Sie. Das spricht Bände darüber, wie wenig Ihnen Ihr Ministerium noch bedeutet, Frau Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben Sie in Ihrem Redebeitrag die Fachhochschulen lobend erwähnt. Neben dem fiktiven Frühstück und dem fiktiven Handy war hier zumindest die Spur eines politischen Akzentes zu erkennen. Ich erkenne an, Sie haben mittlerweile gelernt, dass die Fachhochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land wichtig sind, dass sie Wissenschaftstransfer in kleine und mittlere Unternehmen befördern, dass sie dort Forschung befördern.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie sich verhalten positiv zum Promotionsrecht an Fachhochschulen geäußert haben. Aber man muss auch klar sagen: Erstens haben wir GRÜNE das, was Sie geäußert haben und was Sie unter Umständen machen könnten, in unserem Konzept „Hochschulpolitik für Hessen“ schon im letzten Herbst gefordert, nämlich dass man sich auf den Weg macht, ein Promotionskolleg der forschungsstarken Fachbereiche der Fachhochschulen zu gründen.

Aber auch dann bleiben Sie wieder unscharf und sagen: Na ja, irgendwie will ich erst einmal darüber nachdenken und das Ganze überprüfen. – Das ist natürlich das Gegenteil von Klarheit. Das ist meines Erachtens ein Versuch, die Fachhochschulen zu vertrösten, um über den Wahltag zu kommen.

Wie ernst es Ihnen mit dieser Überlegung ist, hat man gemerkt, als der Koalitionsabgeordnete Dr. Büger eben gerade versprochen hat, dass es so etwas mit ihm nicht geben wird. Von daher ist doch ganz klar: Sie haben immer noch keine Ahnung, wie es an dieser Stelle weitergehen soll. Das zeigt, Sie nehmen das Thema Forschung an den Fachhochschulen immer noch nicht ernst genug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist klar: Fachhochschulen sind in Lehre und Forschung stark gewachsen. Ihre Bedeutung für Hessen ist im-

mens. Sie öffnen den Zugang zur Hochschule einerseits für mehr Menschen, aber sie sorgen auch dafür, dass kleine und mittlere Unternehmen Zugang zu Forschung und Wissenstransfer haben.

Um diese Entwicklung aufzugreifen, müsste diese Landesregierung Akzente setzen. Doch leider haben Sie es auch in dieser Regierungserklärung versäumt, dazu klare Ansagen zu machen.

Wenn Forschung und Lehre zusammengehören – das ist immer noch unsere Meinung –, dann muss man auch etwas zu Bologna sagen. Sie haben kein Wort zur Bologna-Reform verloren. Dabei muss uns doch allen klar sein, dass so, wie wir Bologna in Hessen und in Deutschland umgesetzt haben, Fehlentwicklungen stattgefunden haben. Bologna sollte mehr Mobilität und Vergleichbarkeit bringen.

Das Gegenteil ist eingetreten. Das hat die Belastung der Studierenden dramatisch gesteigert. Das, was G 8 in der Schule ist, sind Bachelor und Master in der Hochschule. Das war aber nicht intendiert, und das muss nicht sein. Es ist unser erklärtes Ziel, mit den Hochschulen Lösungen zu entwickeln, damit die Studierenden wieder mehr Freiheit im Studieren haben können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Problem, das sich in unserem Bereich noch weiter massieren wird, ist die Hürde, einen Masterstudienplatz zu erhalten. Ich will damit nicht sagen, wir sollten jetzt einsteigen, dass alle einen Master machen müssen. Der Bachelor muss berufsbefähigend sein. Trotzdem haben wir die Entwicklung, dass ein grober Mangel herrscht.

Es kann doch nicht sein, dass wir sehenden Auges eine Entwicklung haben, dass diejenigen Absolventen, die einen Master machen wollen, zu großen Teilen nicht mehr in ein Masterstudium aufgenommen werden. Sie haben viel über Forschung geredet. Wo sollen denn die Nachwuchswissenschaftler herkommen, wenn viele Studierende keinen Masterstudienplatz mehr erhalten können?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch zu dieser Problematik kein Wort von Ihnen.

Ebenso schweigsam sind Sie zur Frage des Universitätsklinikums Gießen und Marburg. Wir hatten den Versuch unternommen, durch Zusammenlegung von Anträgen dieses Thema in diese Debatte mit hineinzuhoben. Ich glaube, dass eine Regierungserklärung zur Forschungspolitik etwas dazu sagen sollte, wie es am Universitätsklinikum Gießen und Marburg weitergeht.

Stattdessen haben Sie darüber geredet, dass unsere Wissenschaftler in der Medizin herausgefunden haben, dass Kaffee nicht schädlich ist. Ja, das ist auch für uns alle lebensbedeutsam und sicherlich interessant. Aber es ist nicht die Debatte, die zurzeit in zwei von drei medizinischen Fachbereichen in Hessen geführt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Wir haben die Situation – Sie haben das in der Presse verfolgt –, dass es vielleicht wieder zu einem Eigentümerwechsel kommt. Wir haben diese Situation schon einmal debattiert. Damals haben Sie sinngemäß gesagt: „Alles ist besser als Rhön“, als Sie darauf angesprochen wurden, wie das denn mit Fresenius sei. Dann wäre doch eigentlich zu

erwartet gewesen, dass Sie heute hier sprachfähig sind und etwas dazu sagen, wie es beim UKGM weitergehen soll, wenn jetzt Fresenius wieder einsteigt. Aber dazu sagen Sie nichts. – Ich sage: Das spricht Bände.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Noch einen anderen Bereich, der im UKGM verortet ist, muss man hier ansprechen, nämlich die Partikeltherapie. Wir haben lange Zeit nachgebohrt und Sie darauf hingewiesen, dass der Abbau durch Siemens droht und dass damit das ganze Projekt scheitert – ein Projekt, das Sie noch als ausschlaggebend genannt hatten, als Sie das Universitätsklinikum Gießen und Marburg privatisiert haben.

Jetzt haben wir wieder die öffentliche Debatte, weil bekannt geworden ist: Aha, ja, da gibt es eine Vertragskündigung von Siemens. – Was sagen Sie dazu? Nichts. – Ich sage: Das ist schlimmes Desinteresse an der Hochschulmedizin in Mittelhessen, was Sie hier zeigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie haben auch kein Wort zur Situation des akademischen Nachwuchses gesagt. Auf Antrag der drei Oppositionsfraktionen hat der Wissenschaftsausschuss im letzten Herbst eine große Anhörung zu der Frage gemacht, wie die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ist. Da war man sich sehr schnell einig, dass die Situation prekär ist, dass es dort zu viele Kettenverträge und kurzzeitige Verträge gibt und dass zu viele Befristungen stattfinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Matthias Büger (FDP))

– Herr Dr. Büger, dann sind Sie halt anderer Meinung. Aber alle anderen hatten schon diese Auffassung.

Die Hochschulpräsidenten haben gesagt: Wir würden daran gerne etwas ändern. – Sie haben gesagt: Wir würden daran gerne etwas ändern, aber leider sind unsere Mittelzuweisungen so volatil, dass wir nicht planen können.

Wenn wir daran nichts ändern, werden wir massenhaft junge Nachwuchswissenschaftler an das Ausland verlieren. Deshalb sage ich: Wir müssen daran etwas ändern. Dazu gehört, den Hochschulen mehr Planungssicherheit zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, es wäre noch viel zu sagen. Aber mit Blick auf die Zeit möchte ich zum Schluss meiner Rede kommen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung den Tagesablauf einer fiktiven Familie erklärt. Ich glaube, viel mehr wird uns Ihr Tagesablauf zu Beginn der nächsten Legislaturperiode interessieren. Ich kann im Sinne der Hochschulen und Universitäten dieses Landes nur hoffen, dass Ihr Tagesablauf damit enden wird, dass Sie Ihrer Nachfolgerin oder Ihrem Nachfolger, die oder der jetzt noch der Opposition angehört, das Amt übergeben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege May, vielen Dank. – Ich darf Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE jetzt das Wort erteilen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich stelle fest, dass das keine Regierungserklärung, sondern eine Bankrotterklärung einer Ministerin war.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Zugegeben, es ist so, dass es viel gibt, womit sich die Wissenschaftsministerin nach dieser Legislaturperiode rühmen können. Angesichts des Ansturms der Studierenden kommt von den Hochschulen vor allem Kritik. Sie sind völlig unterfinanziert und kommen kaum noch über die Runden.

Die Studierenden sind wegen der überfüllten Hörsäle genervt. Sie sind genervt, weil es kaum Wohnheimplätze gibt. Die Gewerkschaften kritisieren die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Frau Ministerin, Ihre sogenannten Leuchtturmprojekte stürzen allesamt in sich zusammen.

Die vermeintliche Eliteuniversität, die European Business School, die Sie mit 24 Millionen € Landesgeldern gefördert haben, zweckentfremdet fröhlich die Landesmittel und steht trotzdem kurz vor der Pleite. Während die öffentlichen Hochschulen chronisch unterfinanziert sind, werfen Sie der EBS Millionen Euro an Steuergeldern geradezu in den Rachen.

Zur EBS haben Sie heute leider kein Wort gesagt. Das haben weder Sie, Frau Ministerin, noch Sie, Herr Bürger, getan.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, sie werden wissen, warum sie dazu nichts sagen.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Es reicht doch, wenn Sie das erwähnen!)

Auch die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg kann man mittlerweile nur noch als völliges Desaster bezeichnen. Die Vertragsbedingungen wurden von der Rhön-Klinikum AG nicht erfüllt, obwohl es das große Versprechen gab, dass es, wenn privatisiert wird, das Partikeltherapiezentrum geben würde. Das war ein großes Versprechen bei der Privatisierung. Mittlerweile ist klar, dass dieses Zentrum nie in Betrieb gehen wird.

(Clemens Reif (CDU): Jetzt ist ein GRÜNER Personalchef! Da wird alles besser!)

Nun hat Siemens den Mietvertrag gekündigt. Das heißt, es wird kein Partikeltherapiezentrum geben. Vonseiten der Landesregierung ist zu dieser neuen Entwicklung nichts, kein Wort zu hören. Frau Ministerin, ich finde es schon blamabel, dass Sie sich hierhin gestellt und 20 Minuten lang geredet haben, aber zu dieser entscheidenden Frage für Mittelhessen kein Wort gesagt haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Da frage ich: Was ist denn mit den 107 Millionen €? Fordern Sie die endlich zurück? Was passiert denn, wenn das Partikeltherapiezentrum nicht in Betrieb gehen wird?

Frau Ministerin, ich sage: Zu Ihrer heute abgegebenen Regierungserklärung hätte gepasst, dass Sie sich noch dafür gelobt hätten, dass das Partikeltherapiegebäude wenigstens einen Architekturpreis gewonnen hat. Es hätte noch dazu gepasst, dass Sie sich dafür gefeiert hätten.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Andrea Ypsilanti (SPD))

Frau Ministerin, daraus ergibt sich keine gute Bilanz für Sie. Frau Ministerin, wenn man das Negative konsequent ausklammert, so wie Sie es getan haben, und fast die gesamte Bilanz negativ ist, dann kommt eben so eine Regierungserklärung dabei heraus. Sie haben 20 Minuten lang über Belanglosigkeiten und Banalitäten gesprochen.

Wir haben durch Ihre Regierungserklärung erfahren, dass Kaffeekonsum gar nicht so ungesund ist, wie weithin angenommen wird, und dass in Geisenheim roter Apfelsaft entwickelt wurde, der dazu dienen soll, den rückläufigen Apfelsaftkonsum wieder anzukurbeln, weil Rot attraktiver als Gelb sei. Dass Rot in vielen Bereichen Gelb vorzuziehen ist, wissen wir schon lange. Das erkennt man im Landtag immer wieder.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ob Apfelsaft dazugehört, halte ich für fraglich.

Frau Ministerin, angesichts Ihrer Regierungserklärung frage ich mich ernsthaft, in welchem Paralleluniversum Sie eigentlich leben. Wollen Sie sich wirklich für das beklatschen lassen, was Sie hier dargestellt haben? Wollen Sie wirklich sagen, dass von Ihrer Amtszeit unterfinanzierte Hochschulen, eingestürzte Leuchttürme und roter Apfelsaft in Erinnerung bleiben sollen? Was ist denn das für eine Bilanz für eine Wissenschaftsministerin? Statt sich mit den drängenden Problemen der Hochschulpolitik zu befassen, wollen Sie sich hier für einzelne, teilweise durchaus sinnvolle Forschungsprojekte feiern lassen, so, als hätten Sie selbst mit im Labor gestanden.

(Holger Bellino (CDU): Im Gegensatz zu Ihnen hat sie die Rahmenbedingungen geschaffen, das ist das Entscheidende!)

Das ist kein Dienst an der Wissenschaft. Vielmehr versuchen Sie einfach, sich mit deren Ergebnissen und deren Arbeit zu rühmen und das hier darzustellen.

Frau Ministerin, ich muss sagen: Ihre Regierungserklärung hat sich stellenweise wirklich so angehört, als würden Sie hier die „Apotheken Umschau“ verlesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen jetzt, wie die typische christdemokratische Musterfamilie aussieht. Sie haben das hier illustriert. Die Großeltern essen seniorengerechtes Brot. Der Vater macht sich Sorgen um das Benzin und die Energiepreise. Die Mutter geht gerne ins Theater. Der Sohn – und nicht etwa die Tochter – interessiert sich für die MINT-Fächer und die technischen Berufe.

Er hat dann Ärger mit seinem Smartphone, als ob es das größte Problem der heutigen Jugendlichen ist, dass sie Probleme mit Ihrem Smartphone haben. Die Tochter ist ein-

fach nur glücklich und dankbar, in Hessen studieren zu dürfen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das gibt es noch!)

Frau Ministerin, ich beschreibe Ihnen einmal eine andere Familie und deren Sorgen. Sagen wir einmal, dass diese imaginäre Familie in Büdingen im Wetteraukreis wohnt. Das ist etwas mehr als 40 km Luftlinie von Frankfurt entfernt. Es gibt in Hessen durchaus entlegene Orte.

Die Tochter studiert im ersten Semester. Sie war froh, in Frankfurt überhaupt einen Studienplatz bekommen zu haben, weil ihr Abiturdurchschnitt nicht wirklich überragend war.

Sie wollte gerne nach Frankfurt ziehen. Aber dort sind die Mieten leider zu teuer. Einen Platz in einem Studentenwohnheim hat sie leider nicht bekommen. Denn in Frankfurt gibt es zwar 50.000 Studierende, es stehen aber leider nicht einmal 4.000 Wohnheimplätze zur Verfügung.

Sie hat kein Auto. Deshalb pendelt sie täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Frankfurt. Wenn es gut läuft, braucht sie von Büdingen bis zum Campus etwa 1 Stunde und 20 Minuten. Sie muss dabei natürlich mindestens zweimal umsteigen. Verpasst sie den Zug, muss sie eine Stunde warten.

Unsere Studentin bekommt nur knapp 100 € BAföG. Sie jobbt deshalb nebenher in einem Callcenter. Von Programmen wie dem Deutschlandstipendium hat sie gar nichts. Denn sie gehört nicht zu den Jahrgangsbesten.

Sie hat das Pech, zum sogenannten Studierendenberg zu gehören. Deshalb sind ihre Seminare oft überfüllt. Wenn sie zu Professoren in die Sprechstunde will, muss sie ewig warten, weil die völlig überlaufen sind.

Frau Ministerin, für diese Studentin ist es wenig tröstlich, dass in Geisenheim roter Apfelsaft produziert wird.

(Heiterkeit der Abg. Hermann Schaus und Marjana Schott (DIE LINKE) – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Sie hätte gerne einmal ein paar Worte dazu gehört, wie die Ministerin die Situation an den Hochschulen verbessern will, damit der jüngere Bruder, der nämlich zu dem ersten G-8-Jahrgang seiner Schule gehört, angesichts der Doppeljahrgänge überhaupt noch einen Studienplatz an einer hessischen Hochschule findet. Frau Ministerin, diese Studentin hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie den Stress in den Bachelorstudiengängen reduzieren wollen und was Sie tun, damit genügend Masterstudienplätze geschaffen werden. Sie macht sich Sorgen, ob sie nach ihrem Studium einen festen Arbeitsplatz haben wird und ob sie ihre BAföG-Schulden zurückzahlen kann.

Frau Ministerin, ich frage mich: Was würde diese Studentin denken, wenn sie Ihre Regierungserklärung gehört hätte? – Ich glaube, die Studentin würde sagen: Alles, was Sie da erzählt haben, hat null Komma null mit meiner Lebensrealität zu tun. – Genau das ist das Problem. Sie haben hier an den tatsächlich bestehenden Sorgen der Studierenden und der Lehrenden sowie an den Sorgen der an der Hochschule Tätigen vollkommen vorbeigeredet.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Sie rühmen sich damit, dass der Hochschuletat der höchste ist, den es je in Hessen gab. Frau Ministerin, ja, das stimmt, aber es gibt auch so viele Studierende in Hessen wie noch nie. Fakt ist auch, dass die Mittel pro Student sinken.

Mit dem Hochschulpakt haben Sie den Hochschulen weitere Kürzungen verordnet. Gleichzeitig haben Sie sie verpflichtet, mehr Studierende auszubilden. Was dabei herauskommt, ist vollkommen klar. Die Ausbildungsqualität sinkt. Das Betreuungsverhältnis verschlechtert sich. Die Hochschulen sind gezwungen, Zulassungsbeschränkungen zu erlassen, weil sie einfach nicht mehr alle Studierenden aufnehmen können. Das sind die realen Probleme an den Hochschulen. Darüber verlieren Sie leider kein Wort.

Frau Ministerin, ich fand es sehr interessant, wie interdisziplinär Sie vorgegangen sind. Sie haben davon gesprochen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien forciert werden müsse. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht auch einmal dem Wirtschaftsminister mitteilen möchten. Dann freuen Sie sich darüber, dass innovative Windkraftanlagen in Hessen entwickelt würden. Da frage ich Sie: Warum steckt diese Landesregierung Geld in die Entwicklung neuartiger Windkraftanlagen, die Sie nach dem Landesentwicklungsplan Ihres Kollegen Rentsch fast nirgendwo aufstellen dürfen?

Hessen ist nach wie vor Schlusslicht bei erneuerbaren Energien und nicht Vorreiter, wie Sie das in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben. Dann brüsten Sie sich hier mit dem IWES – das hat der Kollege May richtig angesprochen –, dem Roland Koch damals die Mittel gekürzt hat. Sie stellen sich jetzt hin und wollen sich für dessen Leistung beklatschen lassen. Frau Ministerin, das ist nicht fair, was Sie hier machen, das ist einfach nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will auch zur Forschung noch einige Anmerkungen machen. Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Rede von der Freiheit der Forschung und des wissenschaftlichen Arbeitens gesprochen. Sie loben „das kreative Arbeiten und Tüfteln, losgelöst von zeitlichen Zwängen und klaren Zielen“. Die Realität ist aber doch eine völlig andere.

Der Anteil der projektbezogenen Drittmittel steigt, und das führt dazu, dass Forschungsprojekte kurzfristig angelegt und finanziert sind. Das Aufkommen von Drittmitteln an Hochschulen hat sich von 1995 bis 2010 verdreifacht, die Grundmittel sind in diesem Zeitraum um nur 30 % gestiegen. Das heißt, das Verhältnis von Grundmitteln, die eine eigenmotivierte Forschung ermöglichen, zu wettbewerblichen Drittmitteln hat sich dramatisch verschoben.

Insbesondere in den Fächern der Natur-, der Technik- und der Lebenswissenschaften wird inzwischen vielerorts fast ausschließlich auf Drittmittelbasis geforscht. Ganze Hochschulen strukturieren sich nach den Bedarfen der Drittmittelwerbung, und Drittmittel sind ein entscheidendes Kriterium für die Personalauswahl geworden. Kritische wissenschaftliche Ansätze rücken in den Hintergrund. Statt ein wissenschaftliches Arbeiten in einem finanziell verlässlichen Rahmen und einem kooperativen Arbeitsumfeld zu ermöglichen, wurde der Wettbewerb um die Finanzierung zum Leitmotiv der Wissenschaftspolitik erhoben.

Ich will in dem Zusammenhang auch auf die Fachhochschulen hinweisen. Im Jahr 2011 wurden lediglich 0,27 % der gesamten DFG-Fördermittel an Fachhochschulen ver-

geben. Bei der Exzellenzinitiative waren die Fachhochschulen erst gar nicht antragsberechtigt. Ich finde, darüber muss man auch reden, wenn man über die Rolle der Fachhochschulen und über die Frage des Promotionsrechts für Fachhochschulen spricht.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade Drittmittelgeber aus der Wirtschaft haben meist sehr klare Vorstellungen davon, was am Ende bei den Forschungen herauskommen soll, nämlich Ergebnisse, die für sie von Nutzen sind.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das meiste sind DFG-Mittel!)

– Das ist richtig, Herr Dr. Müller. Der größte Teil der Förderung sind öffentliche Mittel, die über die DFG und andere verteilt werden. Aber ein wachsender Teil der Drittmittel ist aus der Industrie; das wollen wir schon festhalten.

(Holger Bellino (CDU): Das ist doch nicht schlimm!)

Wenn die Industrie Forschungsprojekte fördert, verspricht sie sich natürlich einen Nutzen davon. Das halten wir für ein Problem, weil Forschung nicht allein nach ökonomischer Verwertbarkeit ausgerichtet werden darf.

Frau Ministerin, das Problem ist, dass Sie Wissenschaftspolitik als Teil der Wirtschaftsförderung verstehen, beispielsweise bei der Elektromobilität. Ich frage mich: Warum muss denn die öffentliche Hand die Forschung für Elektromobilität bezahlen? Die Unternehmen verwerten die Ergebnisse zu ihrem Nutzen. Warum kann die Automobilwirtschaft dann nicht selbst für die Forschung für ihre eigenen Produkte bezahlen?

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Gesellschaft kann zu Recht erwarten, dass die immer noch größtenteils öffentlich finanzierten Hochschulen und Institute im Gemeininteresse forschen. Aus unserer Sicht kann nur eine ausreichende öffentliche Forschung wissenschaftliche Autonomie gewährleisten. Die Verdrmittlung führt hingegen zu negativen Folgen, beispielsweise dazu, dass Forschung und Lehre immer weiter auseinanderdriften und nicht mehr als Einheit begriffen werden. Sie führt dazu, dass es eine wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln gibt. Wenn Hochschulen auf Drittmittel angewiesen sind, dann wird Wissenschaft käuflich.

Da möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen, das sich vor einiger Zeit in Berlin ereignet hat. Dort ist ein Geheimvertrag zwischen der Humboldt-Uni, der TU Berlin und der Deutschen Bank veröffentlicht worden. Er brachte zum Vorschein, dass der Deutschen Bank als Stifterin das Recht eingeräumt wurde, bei der Berufung der Professoren mitzuentcheiden, und es wurden Mitspracherechte bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen vereinbart. 3 Millionen € war das der Deutschen Bank damals wert.

Der Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbandes, Dr. Michael Hartmer, hat diesen Vertrag sehr richtig mit den Worten kommentiert: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Wissenschaft eingekauft werden sollte“. Der Vertrag verstöße gegen die „ehernen Grundsätze der Wissenschaftsfreiheit“.

Das ist kein Einzelfall. Eine ähnliche Kooperationsvereinbarung gibt es an der Uni Bremen, dort mit einem Raumfahrt- und Rüstungskonzern; sie würde die weitreichende Streichung der dortigen Zivilklausel aus der Satzung bedeuten. Die Zivilklausel sieht vor, dass an der Uni Bremen eben nicht zu militärischen Zwecken geforscht werden darf. Aber diesem Grundsatz steht die Aussicht auf Drittmittel in Höhe von 3 Millionen € gegenüber. Etwa ein Drittel des Gesamthaushalts der Uni Bremen wird heute schon aus Drittmitteln finanziert. Da muss man schon kritisch fragen: Wie frei von den Interessen ihrer Geldgeber können Unis unter diesen Umständen wirklich forschen?

Ich will an der Stelle noch einmal klar sagen, dass DIE LINKE grundsätzlich der Meinung ist, dass Rüstungsforschung an Hochschulen überhaupt nichts zu suchen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen freut es uns, wenn sich in einer Urabstimmung an der Uni Frankfurt 76 % für die Zivilklausel ausgesprochen haben, wenn es an der Universität Kassel eine ähnliche Abstimmung gab, die ebenfalls auf eine rein zivile und friedliche Ausrichtung von Studium und Lehre abzielt. Wir halten es für sinnvoll, eine solche Regelung auch im Hessischen Hochschulgesetz zu verankern, weil wir der Meinung sind, Hessens Hochschulen sind dem Frieden und der Abrüstung verpflichtet.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, wir halten es nicht für zielführend, wenn Hochschulen miteinander um Drittmittel konkurrieren. In Hessen haben wir aber das Problem, dass sie sogar um staatliche Mittel miteinander konkurrieren. In einem gedeckelten Budget, das wir in Hessen haben, müssen die Hochschulen immer mehr Studierende ausbilden, damit sie nicht weniger Geld bekommen. Wir wollen eine regional ausgewogene Hochschulfinanzierung.

Frau Ministerin, ich will überhaupt nicht leugnen, dass es sehr sinnvolle Forschungsprojekte im Rahmen von LOEWE gibt, dass sie innovative Ergebnisse bringen. Aber auch LOEWE sorgt dafür, dass die Verdrmittlung an den Hochschulen vorangebracht wird und dass es einen zunehmenden wirtschaftlichen Wettbewerb untereinander gibt.

Eines will ich Sie schon fragen, Frau Ministerin: Wenn LOEWE so erfolgreich ist, warum dann eigentlich diese teure Werbekampagne, die Sie derzeit überall in Hessens Städten machen? Wenn LOEWE so erfolgreich ist, warum geben Sie mindestens 500.000 € aus Steuergeldern dafür aus, überall in Hessen für LOEWE zu werben, obwohl die Projektmittel doch ausgeschöpft sind? Frau Ministerin, da liegt der Verdacht schon nahe, dass hier Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler gemacht wird,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

wenn Sie überall plakatieren, dass Hessens Wissenschaft vorne ist, riesige Plakate zufälligerweise drei Monate vor der Wahl. Wir haben das damals schon kritisiert, als Sie die Mittel eingestellt haben. Frau Ministerin, wir sind der Meinung, 500.000 € Steuergeld wären woanders im Hochschulbereich sehr viel besser investiert als für diese Kampagne. Ich finde wirklich, dass auch Sie ein Beispiel dafür sind, dass Sie offensichtlich nicht genau unterscheiden können: Was ist ein Ministerium, und was ist eine Partei?

Was ist Öffentlichkeitsarbeit eines Ministeriums, und was ist Wahlkampf?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Nicht zum Aushalten!)

Es geht natürlich auch um das Verhältnis außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu den Hochschulen. Ich glaube schon, dass wir hier ein Problem haben, wenn wir sehen, dass die außeruniversitären Einrichtungen in den letzten Jahren einen Budgetzuwachs von knapp 50 % hatten und parallel dazu an den Hochschulen die Mittel gekürzt wurden.

Ich will noch etwas zur Frage der Beschäftigung sagen. Frau Ministerin, Sie sprechen gern davon, dass Hessen das „Land der Forscher“ sei. Dafür aber geht diese Landesregierung wenig sorgsam mit den Forschenden um. Sie haben auch kein Wort darüber verloren, wie die Beschäftigungsverhältnisse der Menschen sind, mit deren Forschungsergebnissen Sie sich hier brüsten. Da stellen wir fest: Kurzfristige Projekte führen immer mehr zu befristeter und prekärer Beschäftigung an den Hochschulen. 90 % der Stellen im Mittelbau sind mittlerweile befristet, bei Drittmittelprojekten sind es nahezu alle. Mehr als die Hälfte dieser Verträge läuft unter zwölf Monate und mehr als zwei Drittel auf Teilzeitbasis.

Junge Wissenschaftler hängen sich von einem Vertrag in den nächsten, sie haben keine Planungssicherheit für sich und ihre Familien. Frau Prof. Meier-Gräwe von der Uni Gießen hat letzte Woche bei einer Veranstaltung des DGB darauf hingewiesen, dass in einigen Bundesländern drei Viertel aller Beschäftigten im Mittelbau der Unis kinderlos seien. Ihre Begründung dafür lautete, prekäre Beschäftigung sei das beste Verhütungsmittel, weil Menschen überhaupt nicht mehr ihre Zukunft planen können, weil sie keine Ahnung haben, ob ihr Vertrag verlängert wird. Deswegen setzen Sie junge Wissenschaftler einer Situation aus, dass sie überhaupt nicht mehr ihr eigenes Leben planen können, geschweige denn, eine Familie gründen können.

Viele junge Wissenschaftler, die überhaupt einmal einen unbefristeten Vertrag haben wollen, sind gezwungen, die Hochschulen zu verlassen. So geht den Hochschulen eine ganze Generation junger Wissenschaftler verloren.

Wir sagen: Für Daueraufgaben braucht man dauerhafte Stellen. Deswegen müssen die Hochschulen finanziell gut ausgestattet sein, damit sie dauerhafte Stellen schaffen können – denn Lehre ist eine Daueraufgabe, und eine solche Fluktuation wie heute darf es da nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, es gibt sehr viele Themen, über die Sie hätten reden können. Dazu gehören die soziale Öffnung der Hochschulen, der Ausbau der staatlichen Studienfinanzierung, die Akademisierung bisheriger Lehrberufe – etwa bei Erziehung und Pflege. Das ist ein wichtiges Thema, denn die Frage lautet: Warum, bitte, verdient in dieser Gesellschaft eine Erzieherin so viel weniger als ein Jurist? Ist ihre Arbeit wirklich so viel weniger wert?

Es geht um das Thema Inklusion. Es geht um die Familienfreundlichkeit, das Recht auf Teilzeitstudium. Nach wie vor haben die Hochschulen von Ihnen keine akzeptable Antwort auf die Frage erhalten, wie man in den nächsten Jahren diesen Ansturm der Studierenden überhaupt bewäl-

tigen soll. Die Wohnsituation der Studierenden hat sich nicht gebessert. In Hessen haben wir gerade einmal eine Unterbringungsquote von 7 % – 15.000 Plätze für 215.000 Studierende. Daran werden die 2.000 Wohnheimplätze, die Sie jetzt schaffen wollen, leider wenig ändern.

Wir müssen über die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens reden. Natürlich muss das Kooperationsverbot im Bildungsbereich, das CDU, SPD und FDP gemeinsam durchgesetzt haben, wieder abgeschafft werden. Das ist ein riesiges Problem für die Finanzierung der Hochschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bilanz dieser Ministerin ist blamabel. Aber es gibt Hoffnung. Frau Ministerin, in der Opposition sind Sie manchmal ganz vernünftig. Das sehen wir im Moment in Kassel, wo die Ministerin den Bürgerentscheid für den Erhalt der Stadtteilbibliotheken unterstützt. Dort hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden. Am Sonntag findet dort der Bürgerentscheid statt. Wir hoffen sehr, dass dies der erste erfolgreiche Bürgerentscheid in der Geschichte Kassels ist. Wir als LINKE unterstützen ihn. Auch die Gewerkschaften unterstützen ihn.

Frau Ministerin, wenn dieser Bürgerentscheid erfolgreich ist, dann hätten Sie in Kassel in der Opposition mehr erreicht als in fünf Regierungsjahren in Wiesbaden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Frau Ministerin, diese Regierungserklärung war an Belanglosigkeit kaum zu überbieten. Die wichtigen Fragen haben Sie allesamt nicht angesprochen. Auf die drängenden Fragen haben Sie überhaupt keine Lösungen. Viele der Probleme haben Sie selbst geschaffen. Frau Ministerin, deswegen kann ich nur hoffen – für die Hochschulen in Hessen, für die Studierenden in Hessen, für die Lehrenden und Forschenden –, dass diese Regierungserklärung auch Ihre letzte Regierungserklärung war.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, wie sie da sitzt, hofft sie das selbst auch!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Dr. Müller für die Fraktion der CDU.

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In meiner bewusst sachlichen Art, die von mir bekannt ist, will ich nicht auf die vielen Invektiven eingehen,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

die hier in einer, wie ich finde, unerhörten Art und Weise über eine amtierende Ministerin gefallen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Ich sage Ihnen nur eines, auch aus langer Überzeugung: Das scheinbar süße Vorgefühl eines Wahlsieges ist nicht

immer ein guter Ratgeber. – Das hat man heute bei den Reden der Oppositionsvertreter gemerkt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben sicher eines gemerkt: Die Wissenschaftspolitik ist ein weites Feld und ein äußerst sensibles Thema. Es war interessant, wie die Beurteilungen in einer jeweiligen Gratwanderung ausgefallen sind. Auf der einen Seite haben wir das geschützte Terrain des kulturstaatlichen Prinzips der Hochschulautonomie sowie der wissenschaftlichen und der kulturellen Freiheit; auf der anderen Seite haben wir die Notwendigkeit einer materiellen Sicherheit und gesetzter Rahmen, die weitestgehend beim Staat liegen. Es ist schon interessant, wie je nach Interessenlage – das kenne ich; ich bin gelernter Oppositionsabgeordneter – natürlich die jeweils eine oder andere Seite stärker betont wird. Trotzdem sollten wir – und das will ich zumindest am Ende tun – uns einmal darauf einigen, was seit 1999 eigentlich in einem gehörigen Sprung an neuer Paradigmenvertretung in der Hochschulpolitik geschehen ist.

Es geht nicht nur darum, dass mehr Geld gegeben wurde. Das ist schon deswegen selbstverständlich – das wurde von allen Rednern gesagt –: Wenn ich mehr Studenten habe, dann brauche ich auch mehr Mittel, um die Studienbedingungen für diese Studenten zu schaffen. Das ist eine Binsenweisheit.

Seit 1999, seitdem eine CDU/FDP-geführte Regierung hier die Amtsgeschäfte übernommen hat, haben wir eine völlig andere Ursachenbewertung und völlig andere Mittel in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Darüber müssen wir reden.

Herr Al-Wazir ist jetzt nicht da – er hat große Erfahrungen, was das Studium angeht.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist schon ein Unterschied, ob ich eine Massenuniversität in der Form habe, wie wir sie heute kennen, oder ob ich die Hochschule habe, von der Wilhelm von Humboldt gesprochen hat – wo es natürlich die Einheit von Forschung und Lehre gab, quasi die Position des Wissenschaftlers, der völlig unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen weitestgehend nach seinen Interessen geforscht hat. Deswegen ist es doch völlig klar, dass sich in einer solch komplexen Wissensgesellschaft, in der wir uns heute befinden, in einer von allen gewollten Massengesellschaft, die Universitäten, ihre Anforderungen und die Diversifizierung der Hochschulen gegenüber dieser Zeit völlig verändert haben. Heute also noch von der Einheit von Forschung und Lehre in dieser Form zu sprechen, weil es in irgendwelchen Büchern steht, ist eben nicht mehr zeitgemäß.

Was ist seit 1999 Neues passiert? Es ist gerade das geschehen, was Sie offensichtlich abschaffen wollen: Wir haben die Universitäten wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft geführt. Was ist denn LOEWE mehr? Was ist denn das House of Finance mehr? Was ist denn das House of Pharma oder das House of Logistics mehr als, zum einen, die Öffnung wissenschaftlicher Arbeit hin zur Gesellschaft und, zum anderen, selbstverständlich – da bin ich froh, dass Kollegin Wissler anderer Auffassung ist – die effektive und schnelle Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Möglichkeit, Produkte und Dienstleistungen aus diesen wissenschaftlichen Ergebnissen zu finden.

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

Das ist das Neue an unserer Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das ist ein Riesenunterschied in der Idee von Hochschule.

Herr Grumbach, wir verstehen uns immer gut, aber in weiten Teilen haben wir völlig unterschiedliche Ideen, welche Stellung Hochschule heute in der Gesellschaft hat. Das, was Sie zum Teil wollen und was Sie hier angesprochen haben, ist im Prinzip wieder die Zurückdrängung der Hochschule in einen eigenen Bereich, der nicht mehr in dieser Form die Identifikation der Studierenden mit der Hochschule zur Folge hat und auch nicht mehr die Identifikation gesellschaftlicher Gruppen mit der Hochschule. Das durchbrochen zu haben ist eine große Leistung der Hochschulpolitik seit 1999, und diesen Erfolg lassen wir uns auch nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich ist es faszinierend – unabhängig davon, dass das logischerweise nicht eine Ministerin oder ein Minister tut –, wenn ich diese Vielfalt sehe zwischen dem, was mir persönlich sehr gefällt, der senioren gerechten Nahrung, und auf der anderen Seite der Arbeit bei FAIR, wo 3.000 Wissenschaftler aus 50 Nationen daran arbeiten, durch Grundlagenforschung die Materie und die Entwicklung des Universums nachzuzeichnen. Das ist etwas, worauf man stolz sein kann: wenn Wissenschaftler sich zu einem Land bekennen, indem sie hier diese Grundlagenforschungen betreiben.

Deswegen – und da kommen wir zur Finanzierung – ist Hessen ein attraktives Land. Die Hochschulen sind attraktiv, und deswegen kommen auch viele Studierende aus anderen Bundesländern in unser Land. Das ist schön, kostet aber Geld.

Jetzt würde der Kollege Bürger sagen – da sind wir nicht immer einer Meinung; aber das ist der einzige Punkt –: Es ist doch ganz einfach, dann folgt eben das Geld den Studierenden.

Dieser Auffassung kann man sein. Aber ich glaube, wir müssen es im Prinzip als Zukunftsperspektive anders lösen. Tatsache ist: Es ist doch kein Nachteil, dass hessische Hochschulen attraktiv sind, auch für Studierende aus anderen Bundesländern und auch für Studierende – im Sinne der Internationalität – aus anderen Ländern.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Darin liegt auch die zweite Frage, die hier angesprochen worden ist. Natürlich haben Hochschulen ein Umfeld. Und was haben wir getan? Mit einem Programm, das einzigartig ist und HEUREKA heißt – über die Namensgebung kann man streiten –, sind eben nicht nur die Forschungsanlagen ausgebaut worden, sondern auch das Umfeld, das man natürlich an einer Hochschule braucht: Die Mensen sind verbessert worden. Wenn Sie durchs Land fahren, sehen Sie Bibliotheken modernster Art, die für die Studierenden da sind. Die Kinderbetreuung ist ausgebaut worden, ebenso die Wohnheimplätze für Studierende, wenn auch sicher nicht ausreichend.

All dies zusammengenommen hat eine Hochschullandschaft in Hessen zuwege gebracht, auf die wir stolz sein können und auf die zumindest wir auch stolz sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Diskussion müsste sich heute sicherlich auch einmal darum drehen, was in 20 oder 30 Jahren – ich werde es nicht mehr erleben, aber meine Kinder und Enkel mit Sicherheit – der Hochschultyp der Zeit sein wird. Heute ist über sehr viel Idealtypisches diskutiert worden. Ich glaube, dass wir bei den Hochschulen eine andere Entwicklung haben werden, und deswegen bin ich ein Gegner der Klischeevorstellung „Einheit von Lehre und Forschung“. Ich glaube, dass es regionale Hochschulen geben wird, die sich hauptsächlich an einer beruflichen Ausbildung orientieren werden. Daneben muss es aber auch internationale Elitehochschulen geben. Es muss Ausbildungsmöglichkeiten an Hochschulen geben, die sich an Dienstleistungen in Form wissenschaftlicher Arbeit orientieren, und es muss Hochschulen geben, die sich der wissenschaftlichen Ausbildung widmen.

Ich glaube, dass es am Ende eine völlig andere Hochschullandschaft auch in unserem Lande geben wird, sodass die Fragen, über die wir heute, im Jahre 2013, diskutieren, dann keine Rolle mehr spielen. Man mag es mögen oder nicht, Frau Wissler, aber eines ist klar: Viele Berufe, bei denen es zurzeit noch keinen wissenschaftlich-universitären Ausbildungsweg gibt, müssen einen solchen erhalten. Da bin ich bei Ihnen; Sie haben Beispiele genannt, z. B. die Physiotherapie. Das bedeutet aber, dass es eine Trennung zwischen dem strengen Bereich der Forschung, auch der Grundlagenforschung, und einer sehr viel stärker praktisch orientierten Berufsausbildung geben muss.

Das wird Auswirkungen auf die Situation und die Position der Hochschulen in diesem Lande haben. Deswegen werden wir eine sehr interessante Diskussion haben – ich werde sie nicht mehr erleben –, die nicht allein über die Entwicklung der Hochschulen zu führen ist, sondern auch über den Aspekt, was in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Ich glaube, wir – die einen mehr, die anderen weniger – werden dann einige Dinge erleben, die mit den heutigen Vorstellungen sehr schwer in Einklang zu bringen sind.

Wenn ich von einem Paradigmenwechsel seit dem Jahre 1999 gesprochen habe, dann ist auch eine zweite Sache klar – deshalb war vieles, was Sie über Eva Kühne-Hörmann gesagt haben, so ungerecht –: Wir haben, zumindest an zwei Universitäten in diesem Lande, aber mit der Tendenz, sie an allen einzuführen, eine Autonomie der Hochschulen organisiert, die beispielhaft ist.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir haben das TUD-Gesetz, das der Universität Darmstadt Autonomie einräumt, und wir haben die Stiftungsuniversität Frankfurt. Das ist der Weg zu autonomen Hochschulen. Diesen Weg werden wir gezielt weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich will zusammenfassen, denn die Zeit ist schon vorangeschritten. Hochschulpolitik, wie wir sie verstehen, schafft verlässliche Rahmendaten. Seit 1999 wird die Hochschulpolitik nicht mehr am goldenen Zügel des Haushalts geführt, sondern ist durch einen Haushaltspakt auf längere Zeit verlässlich ausgestaltet. Wir haben die Autonomie der Hochschulen vorgebracht. Wir sind sicherlich noch nicht

am Ende dieses Weges, aber wir sind auf einem guten Weg. Wir haben die Hochschulen in unserem Land nach unseren Vorstellungen geöffnet – hin zur Gesellschaft, damit die Wissenschaft nicht im Elfenbeinturm verkommt, wie das in früheren Jahren, als Wilhelm von Humboldt noch lebte, der Fall war. Deswegen sage ich: Die letzten Jahre waren gute Jahre für die Hochschulen in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung abgehalten. Die Regierungserklärung ist gegeben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl der Vertrauensleute und der stellvertretenden Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichterinnen und Finanzrichter beim Finanzgericht Kassel

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 18/7541 –

Wer wünscht das Wort? – Niemand.

Ich gehe davon aus, dass wir offen abstimmen können. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE der Wahlvorschlag angenommen worden ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz) sowie zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung – Drucks. 18/7488 zu Drucks. 18/7253 –

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Enslin. Ich erteile ihr das Wort.

Ellen Enslin, Berichterstatterin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 17/7484, in zweiter Lesung anzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herzlichen Dank, Frau Berichterstatterin. – Die vereinbarte Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten je Fraktion. Ich er-

öffne die Aussprache und erteile Herrn Abg. Pentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Manfred Pentz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! 70 % der hessischen Bürgerinnen und Bürger haben sich in einem Volksentscheid dafür ausgesprochen, dass in Zukunft in Hessen keine Schulden mehr gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Somit haben über zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger dafür gestimmt, dass die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen wird.

Das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse regelt im Einzelnen den Abbaupfad – mit einem Konjunkturbereinigungsverfahren, einer Steuerabweichungskomponente und einem Kontrollkonto, welches die Wirkung der konjunkturellen Entwicklung erfasst. In § 5 Abs. 5 wird im Übrigen geregelt, dass das Verfahren regelmäßig unter Berücksichtigung des Stands der Wissenschaft zu überprüfen ist.

Gerade für mich als jungen Abgeordneten ist dieses Gesetz von herausragender finanzpolitischer Wichtigkeit. Ich bin froh und auch ein wenig stolz darauf, dass ich dieses wichtige Gesetz für die christlich-liberale Koalition einbringen durfte,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

und zwar nicht nur deshalb, weil es um eine Frage der Generationengerechtigkeit geht, sondern auch deshalb, weil wir uns den nötigen Handlungsspielraum für die öffentlichen Haushalte zurückerobern müssen und in Zukunft einfach nicht mehr ausgeben dürfen, als wir einnehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stimmen heute über einen Gesetzentwurf ab, der handwerklich gut und solide vorbereitet und erarbeitet wurde.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Die durchgeführte Anhörung hat ergeben, dass der Gesetzentwurf zu Ihrem Erstaunen, meine Damen und Herren von der Opposition, sehr positiv aufgenommen wurde. Anregungen des Rechnungshofs und der Bundesbank haben wir aufgenommen. An einem Punkt hat uns die Anhörung sogar in unserem Bestreben bestärkt,

(Zurufe von der SPD: Nur an einem Punkt?)

nämlich bezüglich der Aufnahme der Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für den Fall einer drohenden außerordentlichen Notsituation, z. B. einer Naturkatastrophe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, sollte es zu einer solchen außerordentlichen Situation kommen, müssen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten dieses Hauses dafür stimmen, dass Schulden aufgenommen werden. Da ist es keine Frage, ob die Landesverfassung bisher eine Zweidrittelmehrheit vorsieht oder nicht, sondern es geht darum, dass keine Regierung nach eigenem Gutdünken Schulden durch die Hintertür machen kann.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen, wenn es zu Ausnahmen von der Schuldenbremse kommen muss, dass dies in großem Konsens der Demokraten im Landtag geschieht.

Herr Kaufmann, es geht nicht darum, dass eine Regierung dann mit „bitte, bitte“ bei der Opposition betteln muss. Es geht darum, dass sich alle bewusst sind, sie haben die staatspolitische Verantwortung dafür, dass Schulden der Vergangenheit angehören. Wir sehen gerade bei den Hochwasserschäden, dass ein breiter Konsens der Demokraten möglich ist. Unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel konnte mit den Ministerpräsidenten erfolgreich darüber verhandelt werden, wie die 8 Milliarden € für die Flutopferhilfe aufgebracht werden.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf Pump!)

Da gab es keinen Ministerpräsidenten, der bitten und betteln musste. Da geht es schlichtweg um die staatspolitische Verantwortung. Meine Damen und Herren von der Opposition, sollten wir, CDU und FDP gemeinsam, in der kommenden Legislaturperiode keine Zweidrittelmehrheit im Parlament haben, vertraue ich darauf, dass sowohl die Sozialdemokraten als auch die GRÜNEN ihrer staatspolitischen Verantwortung nachkommen und, wenn es um eine außerordentliche Notsituation geht, gemeinsam mit uns stimmen.

Meine Damen und Herren von der SPD, bis zur Stunde steht unser Angebot, und die Mitglieder der Koalition reichen ihre Hand, damit dieses Gesetz gemeinsam verabschiedet wird. Leider musste ich jedoch während der gesamten Beratungen feststellen, dass Sie dieses Ausführungsgesetz gar nicht wollen. Sie haben keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht und schon gar keinen Änderungsantrag gestellt. Sie haben nur taktische Spielchen getrieben, um die Verabschiedung dieses Gesetzes über den Wahltermin hinauszuschieben. Daraus muss ich schließen, dass die SPD mit schnellen Schritten weiter in den Verschuldungsstaat gehen will.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uiuuiui!)

Lieber Herr Schäfer-Gümbel, dafür gibt es historische Beispiele. Als Deutschland in den Jahren 2002 und 2003 unter Rot-Grün die Euro-Stabilitätskriterien nicht eingehalten hat, hat der SPD-Kanzler Gerhard Schröder mit seinem Finanzminister Hans Eichel in Europa dafür gesorgt,

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

dass es nicht zu Sanktionen kam. Das war die Einladung an alle in Europa, ohne Ende Schulden zu machen, nach dem Motto: Wenn Deutschland Schulden machen darf, dürfen wir das auch. – Wir sehen heute, wohin uns dieses Schuldenmachen geführt hat: vielleicht zur schwersten Staatsschuldenkrise in Europa.

SPD und GRÜNE fordern, indem sie sich für Eurobonds aussprechen, sogar noch dazu auf, dass der hessische Steuerzahler bedingungslos für die Schulden anderer europäischer Staaten aufkommt. Das wäre die absolute Vergegenschaftung der Schulden in Europa. Mit uns wird es das nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Peinlich, peinlich!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben, als es um die Klage gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich ging, nicht zugestimmt. Aber heute haben Sie noch einmal die Chance, zu zeigen, ob es Ihnen mit der Sparsamkeit ernst ist und ob Sie ein klares Zeichen gegen das Schuldenmachen setzen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden mit diesem Ausführungsgesetz den Staatshaushalt weiter in Ordnung bringen. Wir werden sicherstellen, dass unser Land auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und dass die Kinder von morgen nicht die Schulden von heute bezahlen müssen. Mit Ministerpräsident Volker Bouffier wollen wir auch in Zukunft in Hessen spitze bleiben.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben 15 Jahre lang nichts gemacht!)

Unser Ziel heißt: Schulden abbauen, keine neuen aufnehmen und unser Land zukunftsfähig machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, lachen Sie nur. Sie können bei der Abstimmung beweisen, wo Sie stehen.

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, das ist es, was wir wollen, und das ist es, was wir durchsetzen werden – mit oder ohne Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Mir ist nicht ganz klar, wer jetzt spricht. Herr van Ooyen, sind Sie an der Reihe? – Okay. Hier waren nämlich zwei Zettel ganz eng miteinander verschlungen.

(Zurufe: Oh!)

– Die Zettel meine ich. – Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr van Ooyen das Wort.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommt der Schuldenbaron! – Clemens Reif (CDU): Der rote Baron!)

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Dabei liegen wir in der Frage nicht ganz beieinander; das ist sicher eines der Probleme.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr wollt Schulden, und die machen sie! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da hat er wirklich recht!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen das noch einmal klarstellen. Herr Pentz, ich will Ihnen sagen: Das, was Sie mit den Generationen vorhaben, ist nicht richtig. Ein ganz normaler Banklehrling weiß, dass die Schulden des einen die Vermögen und Überschüsse des anderen sind. Das spielt sich in einer Generation ab, nicht generationenübergreifend. Das Einzige, was generationenübergreifend stattfindet, ist, dass immer weniger Erben immer mehr erben. Das ist das Problem, und davor möchte ich Sie warnen.

Die Legislaturperiode neigt sich ihrem Ende zu. So kommt es, dass wir heute über einen Gesetzentwurf beraten, den uns das Finanzministerium bereits 2011 avisiert hat. Aber offensichtlich sind Dr. Schäfer und die Mitarbeiter in seinem Ministerium damit beschäftigt, Abgeordnetenbriefe zu

erstellen. So kommt es, dass das Gesetz zur Umsetzung der Schuldenbremse erst heute verabschiedet werden soll.

Neben dem Zeitpunkt, zu dem der Gesetzentwurf vorgelegt worden ist, ist auch einiges Inhaltliche bemerkenswert. Dieser Gesetzentwurf ist – ich sage es deutlich – verfassungswidrig. SPD und GRÜNE haben in der Vergangenheit Verhandlungen über die Verankerung der Schuldenbremse geführt und sich bemüht, die Ausgestaltung so zu formulieren, dass die neoliberale Schuldenbremse möglichst schonend umgesetzt werden kann. Man kann Rot-Grün in Hessen in dieser Frage also bescheinigen, sie haben sich stets bemüht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die Schuldenbremse ein neoliberales Instrument ist, um den Sozialstaat zu schleifen und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand weiter einzuschränken, war von Anfang an klar.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Uns war das klar!)

Da nützt es auch nichts, dass SPD und GRÜNE eine Einnahmeverantwortung für den Landtag und die Landesregierung in der Verfassung verankert haben – das sei zugestanden –; denn davon ist in diesem Entwurf für ein Ausführungsgesetz nichts zu sehen: kein Wort dazu, wie sich das Land zukünftig verhalten soll, wenn, wie einst Hans Eichel, wieder einmal ein SPD-Bundesfinanzminister die Steuern für Reiche und für Konzerne senkt. Kein Wort findet sich in diesem Gesetzentwurf dazu, wie das Land seiner Ausgabeverantwortung dann gerecht werden will.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen: Von dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen habe ich auch gar nichts anderes erwartet. Aber die rot-grünen Schuldenbremser, die sich in Hessen gern in der Regierung sähen, sollten langsam einmal erklären, wie sie die Schuldenbremse umsetzen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Schmitt, Sie werden es sicher gleich ausführen: Wo ist denn der Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf, mit dem Sie dafür sorgen, dass er verfassungskonform wird? Wo sind die konkreten Schritte, mit denen Sie die Einnahmeverantwortung des Landes ausgestalten wollen? Nirgendwo.

Deshalb ist das, was SPD und GRÜNE zur Einnahmeverantwortung in die Verfassung geschrieben haben, entweder nichts als wertlose Prosa zur Wählertäuschung, oder dieser Gesetzentwurf ist verfassungswidrig. So versuchen SPD und GRÜNE wieder einmal, einen Weg zu finden, bei dem sie die neoliberale Politik im Kern zwar mittragen, diese aber rot und grün anzustreichen versuchen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uuiui!)

Aber selbst an dieser Aufgabe scheitern Sie mittlerweile. Sie hätten nämlich wenigstens einen Teil der Kritik, die in der Anhörung formuliert wurde, aufgreifen können und mit der Regierung Verhandlungen über sogenannte Zugeständnisse führen sollen.

Im Kern sind sich CDU, FDP, SPD und GRÜNE also einig: Sie wollen die Schuldenbremse. Es geht nur noch darum, wo der Sozialstaat zuerst abgebaut wird.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Falsch!)

Es ist nämlich schlicht utopisch, dass ein Land die Schuldenbremse aus eigener Kraft einhalten kann, ohne dass die Leistungen der öffentlichen Hand eingeschränkt und Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur massiv gekürzt werden.

Das Land hat auf der Einnahmenseite nur zwei Handlungsoptionen. Eine Handlungsoption ist, auf der Bundesebene, sprich: im Bundesrat, für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer zu kämpfen. Dabei reden wir nicht über eine Vermögensteuer light, wie das jetzt beispielsweise SPD und GRÜNE fordern, sondern eher über eine Vermögensteuer, wie sie noch unter Helmut Kohl galt.

Die andere Handlungsoption heißt Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Das haben wir in der Legislaturperiode bereits getan. Ich sehe nicht, dass dies die Steuer ist, mit der man den Sozialstaat finanzieren kann. Wer aber ernsthaft für höhere Steuereinnahmen, für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten eintritt, der braucht keine Schuldenbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vier Fraktionen, die in diesem Hause die Schuldenbremse vertreten, brauchen die Schuldenbremse, um den Menschen immer erklären zu können, warum sozialer Fortschritt in diesem Land nicht finanzierbar ist.

Angesichts des 150. Geburtstags der SPD möchte ich an dieser Stelle Ferdinand Lassalle als einen ihrer Gründungsväter zitieren. Lassalle sagte:

Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Land bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen, in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Es nutzt also nichts, wenn man, wie SPD und GRÜNE, versucht, eine neoliberale Verfassung so zu wenden, dass sie sozial aussieht. Vielmehr muss man die Gesellschaft, in der eine solche Verfassung entsteht, mit Solidarität und den Waffen der Demokratie verändern. Deshalb bin ich überzeugt, dass die Schuldenbremse weder von Wert noch von Dauer ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Norbert Schmitt das Wort. Bitte schön.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Pentz und auch der Kollege van Ooyen wollten noch einmal eine Grundsatzdiskussion führen. Der Kollege Pentz hat gesagt, CDU und FDP wollen Zeichen setzen und die hessischen Finanzen weiter in Ordnung bringen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich muss sagen: Das ist ein unglaublicher Realitätsverlust. Das läuft vor jeder Wahl ab. Im Jahre 1995 hat die CDU

erklärt: In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Verschuldung des Haushalts auf null fahren. – Was ist erfolgt? Das Gegenteil.

Im Jahre 1999 hat die CDU in ihrem Regierungsprogramm geschrieben: Aber in der nächsten Legislaturperiode werden wir es schaffen, die Verschuldung des Haushalts auf null zu fahren. – Was ist passiert? Das Gegenteil ist passiert.

Im Wahlprogramm der CDU des Jahres 2003 stand: Wir werden es schaffen, in dieser Legislaturperiode einen Haushalt ohne Verschuldung vorzulegen. – Was ist passiert? Das Gegenteil ist passiert.

Im Landtagswahlprogramm für das Jahr 2008 stand: Aber in der nächsten Legislaturperiode werden wir es schaffen, einen Haushalt ohne Verschuldung vorzulegen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Da haben wir schon regiert! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das ist das Problem!)

Dann gab es das Regierungsprogramm 2009. Darin steht auch: In der nächsten Legislaturperiode werden wir es schaffen, dass es am Ende der Legislaturperiode zu einem Haushalt kommt, der ohne Verschuldung auskommt.

(Günter Rudolph (SPD): Alles gelogen! – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Sie haben sechsmal die Unwahrheit gesagt, entweder in völliger Verkenning der Situation der Finanzen in Hessen oder –

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe der Abg. Kurt Wiegel und Manfred Pentz (CDU))

Das ist typisch CDU: Vor jeder Wahl wird angekündigt: Wir schaffen es, auf null zu kommen. – Dann wird genau das Gegenteil gemacht. Herr Pentz, das ist völlig unredlich, wie Sie sich hierhin stellen. Aber es ist typisch für Sie von der CDU.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Günter Rudolph (SPD): Heuchelei!)

Ich sage Ihnen: Das ist Lug und Trug, nach diesem Ablauf der Dinge, Ihrem Wahlprogramm und dem, was Sie im Hessischen Landtag zu bieten gehabt haben und wie Ihre Realität aussieht.

(Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Meine Damen und Herren, eine Partei, die dafür verantwortlich ist, dass sich die Schulden in Hessen in 14 Regierungsjahren nahezu verdoppelt haben, wofür andere 48 Jahre gebraucht haben, der sollte nicht so große Sprüche machen, wie Sie sie eben gemacht haben.

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Die Finanzkrise blenden Sie komplett aus!)

Auch der Kollege van Ooyen hat grundsätzliche Anmerkungen gemacht. Ich verstehe es: Die Linkspartei ist seit mehreren Wochen auf Wahlkampfmodus umgestellt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist gut, nicht?)

Da sind Differenzierungen nicht mehr möglich. Aber Sie sollten vielleicht einmal ins Nachdenken kommen:

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir geben 1,5 Milliarden € für Zinsen aus. So kann es nicht mehr weitergehen. An wen zahlen wir die Zinsen? Wir zahlen die Zinsen an Banken und Vermögende in diesem Land. Die verdienen in ganz erheblichem Maße an den Schulden des Landes Hessen. Das kann so nicht weitergehen. Wir brauchen diese Mittel, um damit Investitionen zu finanzieren, um damit gute Bildung zu finanzieren. Dann bleibt sogar noch etwas für ein paar Ihrer Forderungen übrig.

(Beifall bei der SPD)

So kann es jedenfalls mit der Verschuldung und der Zahlung von Zinsen nicht mehr weitergehen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt!)

– Genau. – Deswegen komme ich dazu, dass in diesem Gesetzentwurf für ein Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse eben nicht steht, anders als es 70 % – Herr Pentz, Sie reden von den 70 % – der Bürger in der Hessischen Verfassung verankert haben, dass der Staat eine Einnahmeverantwortung hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel und Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Genau dies ist im Ausführungsgesetz nicht geregelt. Allein deswegen ist aus unserer Sicht dieses Gesetz nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle klammern Sie einen wichtigen Teil der Hessischen Verfassung und einen ganz zentralen Teil des Kompromisses einfach aus. So geht es nicht. Das hat mit fairer Diskussion nichts zu tun. Meine Damen und Herren, das ist nicht die ausgestreckte Hand. Das ist genau das Gegenteil. Hinter dem Rücken machen Sie eine ganz andere Bemerkung, weil Sie wissen, dass Sie etwas ganz anderes vorhaben.

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Das stimmt nicht!)

– Sie müssen sich nur herumdrehen. Dann sehen Sie, was Sie hinter dem Rücken machen.

(Manfred Pentz (CDU): Nein, nein! – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Uiuui!)

Meine Damen und Herren, natürlich geht es auch nicht – das haben Sie auch verankert; wir haben sehr früh gesagt, dass das für uns ebenfalls inakzeptabel ist –, dass wir Steuererleichterungen, die auf Bundesebene beschlossen werden, im laufenden Haushaltsverfahren sofort hinterher sparen müssen. Man kann es auf Berliner Ebene leider nicht ausschließen. Dann müsste das Land im laufenden Haushaltsverfahren, im Aufstellungsverfahren sofort hinterher sparen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das ist für uns völlig inakzeptabel. Es würde genau zu dem führen, was wir gesagt haben, nämlich dass in Berlin munter weiter Entscheidungen zu Lasten der Länder getroffen werden. Deswegen ist das ein weiterer Punkt, der für uns völlig inakzeptabel ist.

Wir haben über einen weiteren Punkt diskutiert; in der Anhörung ist dazu eher unsere Position bestätigt worden, nämlich dass der Ausgleich des Kontrollkontos viel zu

schnell erfolgen muss und dass er schnell prozyklisch wirken kann.

Herr Scherf hat ausgeführt, dass es eine weitgehende Symmetrie der Konjunkturverläufe, des Auf und Ab der Konjunktur, überhaupt nicht gibt, dass es nicht die Realität darstellt. Wir haben Situationen, wo der Aufschwung sehr lange Zyklen einnimmt. In der Vergangenheit war dies leider nicht der Fall, sondern es ging eher längere Zeit nach unten. Es ist aber nicht symmetrisch. Zu denken, es gibt drei Jahre Aufschwung und drei Jahre Abschwung, dann gleicht sich das aus, entspricht nicht der Realität.

Mit dem eingeführten Kontrollkonto sind Sie sehr schnell in der Situation, dass Sie ausgleichen müssen. Dann wirken Sie prozyklisch. Meine Damen und Herren, denn das große Problem ist, dann würden Sie möglicherweise die Konjunktur ab, oder das Gegenteil, Sie heizen die Konjunktur weiter an, wo es notwendig wäre, abzubremsen. Deswegen ist es aus unserer Sicht wenig durchdacht. Auf der Ebene in Berlin hat man an dieser Stelle einen ganz anderen Spielraum angesetzt. Auch dies zu der Frage Handwerk. Das ist aus unserer Sicht völlig falsch.

Es ist unstrittig, dass ein Investitionsprogramm, wie es die Landesregierung z. B. zur Bekämpfung der Krise aufgelegt hat, auf der Grundlage dieses Ausführungsgesetzes nicht mehr möglich ist. Ich glaube, darüber sollten wir gemeinsam nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt, den es zu kritisieren gilt, ist, dass insbesondere die FDP die Zweidrittelmehrheit in diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Das war eine bewusste Weichenstellung, um insbesondere die GRÜNEN auszuschließen, weil die GRÜNEN sehr früh gesagt haben: „Das ist für uns inakzeptabel.“ Wir haben gesagt: „Darüber können wir möglicherweise nachdenken.“ Gut fanden wir es auch nicht. Aber wir haben gesagt: „Es muss rechtlich geprüft werden.“ Meine Damen und Herren, bis zum heutigen Tage gibt es keinen schriftlichen Beleg für die Zulässigkeit einer solchen Regelung. In der Gesetzesbegründung fehlt jeglicher Hinweis auf eine Auseinandersetzung mit dieser Rechtsproblematik. So viel zu der Frage Handwerk und Solidität, Herr Kollege Pentz. Es fehlt völlig eine zentrale und wichtige Auseinandersetzung mit der Frage: Ist eine Zweidrittelregelung mit der Hessischen Verfassung vereinbar?

Wir haben an dieser Stelle erhebliche Bedenken. Von der Landesregierung und von den Regierungsparteien sind immer nur Behauptungen aufgestellt worden. Es fehlt bis zum heutigen Tag, bis zur zweiten Lesung ein schriftlicher Beleg, dass dies okay ist. Auch dies macht nach unserer Auffassung deutlich, dass wir einen solchen Schuss in den Nebel nicht mitmachen können und auch nicht mittragen werden.

Ein weiterer problematischer Punkt: Man hat ein Verfahren zur Ermittlung der Konjunkturkomponente gewählt, das intransparent und der Kontrolle des Gesetzgebers weitgehend entzogen ist. Man ist von Daten abhängig, die auf europäischer Ebene oder auf Bundesebene an das Land Hessen übermittelt werden.

(Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

– Sie müssen bei Anhörungen manchmal auch ein bisschen zuhören. – Dass es sehr intransparent und der Kontrolle

des hessischen Gesetzgebers völlig entzogen ist, war auch unter den Befürwortern dieses Verfahrens unstreitig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Norbert Schmitt (SPD):

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum Schluss meiner Ausführungen.

(Manfred Pentz (CDU): Wo ist denn Ihr Änderungsantrag?)

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist ein solches Gesetz nicht akzeptabel; unsere substanziellen Bedenken habe ich vorgetragen. Wir werden diesem Gesetz in zweiter Lesung nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Noll für die FDP-Fraktion.

(Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis auf Abg. Mathias Wagner (Taunus) und die Fraktion DIE LINKE verlassen während der Rede des Abg. Alexander Noll (FDP) den Plenarsaal. – Zurufe)

Alexander Noll (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Man kann sich auch entschuldigen! – Weitere Zurufe)

Auf meiner Tagesordnung steht das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse. Dazu möchte ich jetzt auch Stellung nehmen.

Ausgangslage war die überzeugende Abstimmung der Hessen über die Einführung der Schuldenbremse, wobei 70 % ihre Einführung befürwortet haben. Es schloss sich eine gemeinsame Diskussion mit den Fraktionen, die damals das Schuldenbremse-Gesetz getragen haben, darüber an, wie ein solches Ausführungsgesetz gestaltet werden könnte. Dazu gab es einen entsprechenden Entschließungsantrag, der eigentlich die Rahmenbedingungen für das noch aufzustellende Ausführungsgesetz enthielt.

Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Schmitt: Auch die SPD hat diesem Entschließungsantrag zugestimmt, in dem in erster Linie Rahmenbedingungen für die Frage festgelegt wurden: Wie nehme ich Ausgaben vor, und wie wird dieser Mechanismus der Verschuldung oder möglicher Schulden gestaltet? An keiner Stelle waren – bis auf die Wiederholung des auch in der Verfassung verankerten Satzes – Mechanismen über Einnahmen, Steuergesetze oder Ähnliches geregelt. Das war die Ausgangslage, Herr Schmitt. Bei genau dieser Ausgangslage hat die Koalition, nachdem es eben nicht gelungen war, eine gemeinsame Basis für eine Zusammenarbeit zu finden, einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht.

Ich gestehe es jedem zu, dass man ihn kritisieren kann. Aber die Anhörung hat doch ganz beeindruckend gezeigt, dass die weitaus überwiegende Zahl derjenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben – außer dem marxistischen Volkswirtschaftsprofessor, der bei dieser Gelegenheit eine separate Vorlesung hielt –, dem Gesetzentwurf in seiner Breite zugestimmt und sogar das Thema einer Zweidrittelregelung als Bestandteil dieses Gesetzes besonders hervorgehoben und als eine gute Einrichtung empfunden hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nachdem während der Anhörung Herr Kaufmann von den GRÜNEN verzweifelt versucht hat, dieses Thema zu problematisieren und mit mehrfachen Redebeiträgen die Anzuhörenden draufzuheben, diese Zweidrittelregelung zu kritisieren, aber niemand darauf einging, hat er die Anhörung verlassen. Dies zeigt zumindest, dass die Zweidrittelregelung eine richtige ist. Sie führt auch nicht zu Erpressung. Das ist einer dieser Gedanken, die immer wieder angeführt werden: Eine Zweidrittelregelung würde dazu führen, dass sich die Regierung mit sachfremden Zugeständnissen in einem solchen Notfall erpressen ließe. – Meine Damen und Herren, allein der Umstand, dass jemand solche Überlegungen anstellt, zeigt, dass jemand auch so niederträchtig denkt, wenn er dieses Instrument in der Hand hätte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir denken nicht so. Wir halten es für eine richtige Regelung, die die Hürden für eine mögliche Verschuldung des Landes in Notsituationen weit nach oben setzt; deswegen ist sie richtig. Da wir davon ausgehen, auch die kommende Legislaturperiode in diesem Land zu bestimmen, erlegen wir uns selbst eine ungeheure Bürde auf, uns sehr sorgsam zu verhalten. Natürlich werden wir Sie fragen, ob eine Notsituation entsteht bzw. vorliegt, damit wir dann, nach objektiver Beurteilung, auch mit Ihren Stimmen aus der Opposition in der nächsten Wahlperiode die richtigen Entscheidungen werden treffen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Anhörungsverfahren hat nicht zu dem von Ihnen prophezeiten Chaos geführt, als der Zeitraum festgelegt worden ist. Sie haben prophezeit, es würde nicht viele Stellungnahmen geben, es würde alles chaotisch, der Rechnungshof könne es nicht – das Gegenteil war der Fall. Von beinahe jedem, der angefragt worden ist, gab es fundierte, ausführliche Stellungnahmen. Insbesondere die Stellungnahme des Rechnungshofs hat uns als Regierungsfractionen auch dazu bewogen, mit einem Änderungsantrag seinen Anliegen nachzukommen, weil wir die entsprechenden Inhalte in der Konsequenz nicht im Gesetz wiedergefunden haben. Ansonsten sind wir der Auffassung, dass mit diesem Gesetz alle für die Ausführung der Schuldenbremse wesentlichen Fragen geregelt sind.

Um auf das Konjunkturverfahren zurückzukommen: Auch das ist nichts Abenteuerliches. Das EU-Verfahren findet Anwendung, es hat sich bewährt, und es wird in diesem Gesetz um die Steuerabweichungskomponente bereichert.

Sie wissen, dass die Experten während der Anhörung durchaus von großen Problemen gesprochen haben, wenn das Steuertrendverfahren angewendet würde. Insofern greifen wir doch lieber auf ein bewährtes Verfahren zurück, das sich z. B. auch bei der Konsolidierungshilfe der Länder bewährt hat. Was sich bewährt hat, sollte man aufgreifen, statt Experimente zu beginnen, deren Ausgang man überhaupt nicht beurteilen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will die gegenüber dem Steuertrendverfahren vorgebrachten Bedenken hier nicht im Detail wiederholen. Wer sich für solche Details voller Fachchinesisch interessiert, kann diese im Wortprotokoll des Haushaltsausschusses nachlesen.

Insbesondere die Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums war positiv, und auch der Staatssekretär – welcher im Übrigen Ihr Parteibuch trägt, Herr Schmitt – hat dieses Gesetz als besonders gut gelungen empfunden und ausdrücklich empfohlen, es so zu verabschieden. Eine bessere Leumundserklärung für dieses Gesetz kann man sich kaum ausdenken.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden diesem Gesetz zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass nach der Schuldenbremse in der Verfassung auch das Ausführungsgesetz kommt. Wir werden dies umsetzen und es in der Überzeugung tun, ein gutes Gesetz gemacht zu haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Kaufmann für die Fraktion der GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem heutigen Gesetzgebungsverfahren möchte ich einige – nicht mehr als zehn – einzelne Bemerkungen machen, die sich allerdings im Wesentlichen mit dem Gesetz und nicht mit Dingen drum herum befassen, wie der Kollege Pentz meinte uns erzählen zu müssen.

Erster Punkt. Schwarz-Gelb ist der größte Schuldenmacher der hessischen Geschichte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hier und heute versuchen Sie, weil die Wahl nahe ist, sich als Konsolidierer zu inszenieren. Das heißt, Sie vertuschen, verstecken und verstellen sich. Das ganze Gesetzgebungsverfahren in dieser Form zu diesem Zeitpunkt ist ein gigantisches Täuschungsmanöver.

Meine Damen und Herren, wir hatten einmal einen Konsens. Den haben wir, von der LINKEN abgesehen, gemeinsam beschlossen, als wir die Verfassungsänderung auf den Weg gebracht haben. Sachliche Einwände werden jetzt schlicht ignoriert, selbst diejenigen, die man aufgrund des Konsenses von seinerzeit vorträgt.

Ich rege mich aber gar nicht auf. Nach Lage der Dinge sind wir sehr zuversichtlich, dass dieses Gesetz, das Sie heute verabschieden werden, nie in Kraft treten wird, da vor dem Inkrafttretenzeitpunkt zum 1. Januar 2015 eine neue Mehrheit nach der Wahl längst ein vernünftiges Gesetz daraus gemacht haben wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Manfred Pentz (CDU): Das ist ja unglaublich!)

Genau deshalb, Kollege Pentz, verzichten wir auch auf eine dritte Lesung. Etwas, was nicht wirksam wird, muss man auch nicht länger bekämpfen.

Meine Damen und Herren, ich hatte den im Dezember 2010 getroffenen Beschluss zum Thema, was unser Konsens war, schon angesprochen. Unser Konsens war z. B., an dem Verfahren der Formulierung der konkreten Regeln den Rechnungshof zu beteiligen. Was haben Sie gemacht? Sie haben es schlicht bleiben lassen. Der Rechnungshof durfte jetzt im Nachgang eine Stellungnahme vorlegen, was bekanntermaßen deutlich etwas anderes ist, als an einem Verfahren beteiligt zu werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nächster Punkt, Nr. 9 im damaligen Beschluss, falls Sie es nachlesen wollen: Wir hatten vereinbart, dass es für Abweichungen vom Kreditaufnahmeverbot eine qualifizierte Mehrheit braucht. Das haben Sie, was Abs. 4 in der Verfassung angeht, für Katastrophenfälle mit Ihrer Zweidrittelgeschichte gemacht. Was aber Abs. 3 angeht, die Konjunktur, haben Sie das nicht gemacht, sondern dort reicht die einfache Mehrheit aus. – Massiver kann man nicht gegen die vereinbarte Linie verstoßen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt schauen wir es uns konkret an. Machen wir einmal den Katastrophenpraxistest. Der Kollege Pentz hatte es schon angesprochen: die aktuelle Flutkatastrophe. Dies ist eine Katastrophe, darüber streiten wir nicht.

Erstens. Der Gesetzentwurf sagt: Die vollständige Tilgung eines in einem solchen Zusammenhang aufgenommenen Kredits soll regelmäßig über sieben Jahre erfolgen. Der Rechnungshof schlägt in seiner Stellungnahme vor, dies noch zu verdeutlichen, indem man sagt: Das soll nicht länger als sieben Jahre brauchen. – Beide sind etwas biblisch orientiert mit den sieben Jahren, aber sei es drum.

Die Landesregierung ist offensichtlich nicht so biblisch orientiert; denn sie hat gerade mit der Bundeskanzlerin einen Tilgungszeitraum von 20 Jahren vereinbart.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, merken Sie denn nicht, dass in der Situation, in der Sie das Gesetz verabschieden wollen, es in seinem ersten Praxistest, zumindest einem theoretischen Praxistest, schon komplett durchgefallen ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen wir den zweiten Bereich, Konjunkturbereinigungsverfahren. Es ist schon angesprochen worden: Das Konjunkturbereinigungsverfahren ist vollständig intranspa-

rent, was uns die allermeisten Anzuhörenden auch bestätigt haben.

Herr Kollege Pentz, ich glaube nicht, dass Sie in der Lage wären, das zu erläutern. In § 5 Abs. 3 des Gesetzentwurfs wird verwiesen auf Art. 115 Grundgesetz und zugleich auf das Gesetz zu Art. 115 Grundgesetz. Dort wird verwiesen auf die dazu ergangene Verordnung, und darin ist der § 2 Abs. 2, in dem von einer Schätzung über die Produktionsfunktion vom Typ Cobb-Douglas die Rede ist. Das wollen Sie sich selbst oder irgendjemandem sonst erklären? Das ist Black Box. – Herr Al-Wazir ist nicht da, da kann ich das sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der einzige Grund, warum Sie das machen – nach dem Motto: „Verstehen wollen wir nichts, brauchen wir auch nicht“ –, ist, weil Bund und EU das angeblich so ähnlich machen. Dass dann der Vertreter des Bundesfinanzministeriums das Verfahren gut findet, das er selbst nicht durchblickt, aber bei sich anwendet, ist wohl auch nicht verwunderlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Wir sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass kein Bundesland, das sich frei entscheiden konnte, bisher dieses Verfahren gewählt hat. Einzig die drei Länder, die Konsolidierungshilfenempfänger sind, mussten, vom Bund aufgegedrückt, dieses Verfahren nehmen. Alle, die es bisher angepackt haben, das Schuldenbremse-Gesetz umzusetzen, haben nicht dieses Verfahren, sondern das Verfahren der Betrachtung der steuerlichen Entwicklung verwendet.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch etwas vorhalten. Im alten Grundgesetz stand: „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ als Erlaubnis zur Schuldenaufnahme. – Die Konsequenz kennen wir: Alle sind der Meinung, es gibt zu viele Schulden.

Jetzt steht im Gesetzentwurf: „eine von der Normallage abweichende ... konjunkturelle Entwicklung“. – Was ist da der Unterschied? Oder welches ist vielleicht sogar die noch engere Formulierung? Doch diejenige von früher, die offensichtlich nichts bewirkt hat.

Damit sind wir am Kern der Sache. Sie wollen auch gar nicht. Ich sprach schon vom Täuschungsmanöver. Sie reden laut über die Zweidrittelhürde bei Katastrophen, aber nicht über die Neuverschuldung aus Konjunkturgründen. Die können Sie mit einfacher Mehrheit im Haushaltsverfahren allen unterjubeln und trotzdem so tun, als ob das richtig wäre.

Nein, wir sind für das Steuertrendverfahren als eines, das von Schätzungen weggeht und das sich auf Realdaten stützt. Wir wollen im Gegensatz zu Ihrer Falschbehauptung die Schuldentür tatsächlich verriegeln.

Meine Damen und Herren, Ihr Gesetz regelt eigentlich nur, wie man trotz unseres neuen Art. 141 in der Verfassung fröhlich weiter Schulden machen kann und gleichzeitig so tut, als ob man ganz streng, mit hohen Hürden für Ausnahmen, konsolidieren wolle. Wie gesagt, ich nenne es Täuschung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sagte es schon: Sie merken daran, wir werden nicht zustimmen, und wir sind sehr vorsichtig, dass dieses Gesetz nie in Kraft kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen offenbar am Ende der parlamentarischen Beratungen des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse, da, wie ich der Debatte entnommen habe, eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs nicht beabsichtigt ist. Deshalb will ich zunächst die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Beteiligten für die schleunige, aber – da gehen möglicherweise die Einschätzungen ein Stück auseinander – dennoch gründliche Auseinandersetzung mit den Inhalten bedanken.

Ich finde, wir hatten eine ausgesprochen eindrucksvolle Anhörung zu dem Thema, bei dem es durchaus, verglichen mit den Erwartungen Einzelner im Vorfeld, interessante Abweichungen von den Erwartungen gegeben hat. Die Erwartung der Opposition, dass die Frage der Zweidrittelmehrheit von der Mehrheit der Anzuhörenden in der Luft zerrissen würde, hat sich, um es vorsichtig zu formulieren, nicht erfüllt, sondern es gab eine sehr ausgewogene Einschätzung. Mein Eindruck war, dass sich die Mehrheit der danach Gefragten eher vorsichtig positiv zu der Zweidrittelfrage geäußert hat. Aber das ist immer eine Frage, die man so oder so entscheiden wird.

Ich hatte auch nicht den Eindruck, Herr Kollege Kaufmann, dass sich in der Anhörung ein größerer Fanklub für das von Ihnen favorisierte Steuertrendverfahren in der Konjunkturbereinigung gefunden hat, sondern die allermeisten Anzuhörenden hielten mit unterschiedlichen Differenzierungen aber doch dieses von Hessen entwickelte Modell der Kombination des EU-Verfahrens, das auf der nationalen Ebene und von einer Reihe von Bundesländern angewandt wird und als Korrekturparameter im Aufstellungsverfahren die weitere Steuerentwicklung, also Ist-Parameter, heranzieht, für einen durchaus interessanten Lösungsvorschlag für dieses Problem.

Wir alle wissen gemeinschaftlich nicht, welches dieser Bereinigungsverfahren am Ende in einer Evaluierung, meinetwegen zehn Jahre nach Gebrauch, den Erwartungen gerecht geworden ist, die wir im Vorfeld an sie hatten. Deshalb wird man sich auf den Weg machen müssen, eines dieser Verfahren in den Marsch zu setzen und dann bei der nächsten Evaluierung zu schauen, ob die entsprechenden Verfahren ihren Zweck erfüllt haben.

Auf jeden Fall ist es nicht so – da muss ich Herrn Kaufmann entschieden widersprechen –, dass es sicher wäre, dass das jetzt gewählte Verfahren nur den Weg in die Verschuldung öffnen würde. Das ist einfach nur unsachliche Polemik, Herr Kaufmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich noch zwei, drei Anmerkungen zu einzelnen Diskussionsbeiträgen machen. Stichwort: Die Einnah-

meverantwortung fehle. Herr Kollege Schmitt, mir fällt beim besten Willen nicht ein,

(Norbert Schmitt (SPD): Das glaube ich!)

an welcher Stelle des Ausführungsgesetzes, das weitestgehend Technik ist, die Frage der Einnahmeverantwortung jenseits von deklaratorischen Wiederholungen der Verfassung hätte etabliert werden können. Ihnen ist es offensichtlich auch nicht eingefallen, denn ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion dieses Inhalts ist mir jedenfalls nicht erinnerlich, Herr Schmitt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Pentz (CDU): So sieht es aus, genau so ist es!)

Nächste Frage: Wäre ein Konjunkturprogramm dergestalt, wie wir es nach der großen Krise gemacht haben, möglich? – Da ist die Antwort: Ja, aber unter den Kautelen, wie wir es auch diskutiert haben, als wir über die Verfassungsänderung gesprochen haben – eines solchen Konjunkturprogramms unter den Bedingungen einer extremen Notlage, wo die wirtschaftliche Notlage der Naturkatastrophe vergleichbar ist. Dem Klassiker in der politischen Debatte: „Es geht uns wirtschaftlich etwas schlechter, lässt den Staat mehr Geld ausgeben“, wird ein Riegel vorgeschoben. Und das ist gut so, Herr Kollege Schmitt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben kritisiert, dass im laufenden Verfahren eintretende Veränderungen auf der steuerlichen Ebene eingearbeitet werden müssen. Das ist aber keine wesentliche Veränderung zum gegenwärtigen Zustand. Nehmen Sie einmal unser jetziges Haushaltsaufstellungsverfahren. Der Kabinettsbeschluss zum Haushalt basiert in der Regel auf der Mai-Steuerschätzung.

Wenn im zweiten Halbjahr des Jahres steuerrechtliche Änderungen beschlossen werden, die wiederum Eingang in die November-Steuerschätzung finden, dann wollte ich einmal die Reaktion der Opposition gesehen haben, wenn die November-Steuerschätzung niedrigere Steuereinnahmen wegen Steuerrechtsänderung bringt, wenn wir die nicht eingearbeitet hätten mit der Begründung: Was der Bund da oben macht, ist uns reichlich egal; wir machen unseren Haushalt. – In Wahrheit vollzieht dieses Verfahren in einem Schuldenbremse-Ausführungsgesetz eigentlich nur das nach, was wir in den letzten Jahren immer im Aufstel-

lungsverfahren gemacht haben. Und ich glaube, das ist auch richtig so.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Herr Kollege Schmitt, Ihr Einstieg in die Debatte war rhetorisch geschickt geplant.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Geplant!)

Gute Planung kann man immer noch optimieren. Sie begannen mit dem Regierungsprogramm im Jahre 1995. Dass in dieser Legislaturperiode der Abbau der Verschuldung nicht gelungen ist, da haben Sie recht. Das war nämlich die letzte Legislaturperiode, als Sozialdemokraten dieses Land regiert haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über das Gesetz in zweiter Lesung.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz) sowie zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsverordnung in der vorgelegten Fassung in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann darf ich feststellen, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE angenommen und zum Gesetz erhoben worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie kennen die Termine heute Abend: Ausschusssitzung in 510 W, Empfang der evangelischen Kirche hier in Wiesbaden. – Bis morgen früh, einen schönen Abend.

(Schluss: 19:14 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 895 – Abg. Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen Hochwasser entlang der Werra im Werra-Meißner-Kreis wurden in den letzten zehn Jahren von der Landesregierung finanziell gefördert und vor Ort durchgeführt?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Für die Maßnahme „Hochwasserschutz für den Stadtteil Albungen der Kreisstadt Eschwege, Flutmuldenausbau und Schutzdeiche“ hat Herr Staatssekretär Mark Weinmeister am 31. August 2012 den Zuwendungsbescheid gemäß der „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Gewässerentwicklung und zum Hochwasserschutz“ der Stadt Eschwege übergeben. Die zuwendungsfähigen Kosten belaufen sich auf 3.073.120 €; es wurde eine Zuwendung in Höhe von 2.612.150 € zugesagt. Der Fördersatz liegt bei 85 %.

Mit Schreiben des Magistrats der Stadt Witzenhausen vom 17. Januar 2013 wurde ein Zuwendungsantrag zu Erweiterungsmaßnahmen am Deich rechtsseitig der Werra unterhalb der Werrabrücke in Witzenhausen, Gemarkung Witzenhausen, mit Gesamtkosten in Höhe von 826.595 € vorgelegt. Die Bescheiderstellung ist im Gange.

Frage 897 – Abg. Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Worin konkret besteht das „gewisse Unbehagen“ des Ministerpräsidenten gegenüber dem unter anderem von Frau Ministerin von der Leyen geforderten Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare?

Die Antwort hat Ministerpräsident Volker Bouffier in der Debatte zu Tagesordnungspunkt 72, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare: Wo steht die Landesregierung?), Drucks. 18/7535, in der 144. Plenarsitzung am 27. Juni 2013 gegeben.

Frage 898 – Abg. Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie will sie das von Ministerpräsident Bouffier in seinem RTL-Sommerinterview vom 6. Juni genannte Ziel verwirklichen, alle hessischen Haushalte in den nächsten drei Jahren, also bis 2016, an eine Breitbandversorgung von mindestens 50 MBit/s anzuschließen?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch:

Hessen ist mit seinem Breitbandausbau Vorbild. Hessen ist nicht nur Blaupause für den Breitbandausbau anderer Bundesländer, auch die Europäische Investitionsbank bestätigt mit ihrer Beteiligung an unserem 200-Millionen-€-Darlehens- und -Bürgschaftsprogramm den Vorbildcharakter des hessischen Modells. Seit dem Start der Projekt-

aktivitäten im Jahr 2010 haben wir in Hessen einen Zuwachs um 19,0 % im 50-Mbit/s-Bereich generiert. Damit sind wir heute mit 63,8 % an versorgten Haushalten bereits im Spitzenfeld der Flächenländer – vor Bayern mit 43,7 % und vor unserem Nachbarn Rheinland-Pfalz mit 36,6 %. Wir waren eines der ersten Bundesländer, das eine eigene NGA-Strategie veröffentlicht hat. Zudem haben wir bereits Ende 2011 die Grundversorgung abgeschlossen.

Unser Ziel bleibt es, bis Ende 2014 mehr als 75 % von Hessens Bürgerinnen und Bürgern mit schnellem Internet zu versorgen. Dieses Ziel werden wir auch erreichen. Von dieser Zielmarke aus ist es möglich, auch von 2016 an eine flächendeckende Breitbandversorgung zu erreichen.

Über unsere Projektarbeit ist es uns gelungen, 19 von insgesamt 21 hessischen Landkreisen zu aktivieren. Allein im Main-Kinzig-Kreis werden 2016 beinahe 190.000 Haushalte Zugang zum NGA-Netz haben. Bis Ende 2016 sind alle hessischen Haushalte angeschlossen. Der NGA-Ausbau wird 2018 flächendeckend abgeschlossen sein.

Frage 900 – Abg. Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Sieht sie die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt im Wald mit der Naturschutzleitlinie und der Ausweisung von Kernflächen als erfüllt an?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Mit der in die Hessische Biodiversitätsstrategie eingebetteten Naturschutzleitlinie sieht die Landesregierung die internationalen und europäischen Anforderungen zur Gewährleistung der Artenvielfalt als erfüllt an.

Die Naturschutzleitlinie für den hessischen Staatswald ist als ausgewogenes Gesamtkonzept zu verstehen, bei dem naturschutzfachliche Maßnahmen in die nachhaltige, naturnahe Bewirtschaftung des hessischen Staatswaldes integriert werden. Sie besteht aus den vier Bestandteilen Hessen-Forst Naturschutzkodex, Habitatbaumkonzept und Störungsminderung, Kernflächenkonzept sowie Arten- und Habitatpatenschaften der Forstämter. Der Ansatz setzt nicht nur auf reinen Prozessschutz, sondern zielt darauf ab, im Zusammenspiel der einzelnen Komponenten die Biodiversität insgesamt zu erhöhen.

Die Ausweisung von rund 20.000 ha Staatswald, also ca. 6 % der Staatswaldfläche, als Kernflächen für den Naturschutz bildet einen wesentlichen Baustein der Naturschutzleitlinie und ist gleichzeitig wichtiger Bestandteil der Hessischen Biodiversitätsstrategie.

Die Hessische Biodiversitätsstrategie berücksichtigt neben landesspezifischen Erfordernissen alle relevanten Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie. Mit ihrer Umsetzung leistet Hessen einen gezielten Beitrag zur Erreichung der auf europäischer und internationaler Ebene festgelegten Ziele für den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Frage 901 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchem Produkt des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst möchte sie die Sanierung der Kasseler Fuldaschleuse betreiben?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann:

Gemäß Art. 89 Abs. 1 Grundgesetz ist der Bund Eigentümer der Wasserstraßen und Anlagen. Hiermit liegt die Zuständigkeit für die Sanierung bzw. den Erhalt der denkmalgeschützten Schleuse Kassel grundsätzlich in der Verantwortung des Bundes.

Nach Gesprächen des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel, Bertram Hilgen, und der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst im April dieses Jahres mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Michael Odenwald, hat sich der Bund bereit erklärt, die kürzlich bekannt gewordenen Schäden der Schleuse zu beheben, mit dem Ziel einer Wiedereröffnung der Schleuse zum Heimat- und Wasserfest Zissel am 2. August 2013 und eines fortgesetzten Betriebs bis 2016. Diese Maßnahmen ersetzen nicht die Sanierungskosten, die der Bund/WSA Hann. Münden auf rund 6 Millionen € beziffert (Bundestagsdrucksache 17/9332 vom 17.04.2012 sowie Drucks. 18/5377 des Hessischen Landtags).

Gleichzeitig prüft das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Mittel in ein Forschungsprojekt zu investieren, um unter Einbeziehung unter anderem der Kompetenzen der Universität Kassel zu untersuchen, ob standardisierte Verfahren zur Sanierung von Schleusen entwickelt werden können. Die Gespräche hierzu dauern an.

Frage 904 – Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Landesbehörde sind in Hessen technische Sachverständige für Tierschutz organisiert, analog zu Niedersachsen, um im Rahmen des Tierschutzes technische Überprüfungen und Begutachtungen von Tierhaltungen, Betäubungs- und Schlachtungsanlagen durchzuführen?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Die Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs von Betäubungs- und Tierhaltungsanlagen obliegt nach den europarechtlichen und nationalen Vorschriften allein den Betreibern solcher Einrichtungen. Dazu gehört auch die einwandfreie Beschaffenheit technischer Geräte. Darüber hinaus hat das Regierungspräsidium Gießen die Stelle einer oder eines maschinentechnischen Sachverständigen ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endete am 13. Juni 2013. Derzeit werden die eingehenden Bewerbungen ausgewertet. Die Vorstellungsgespräche sind für Mitte Juli 2013 geplant. Der Einsatzbereich soll die Bereiche Lebensmittelüberwachung, Beseitigung tierischer Nebenprodukte, Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz umfassen. Dabei ist unter anderem die Überprüfung von Betäubungsanlagen in Schlachtbetrieben sowie von Notstrom-, Stalllüftungs- und Alarmanlagen in größeren Tierhaltungen

vorgesehen. Beim Regierungspräsidium Darmstadt wird derzeit die hausinterne Versetzung einer Ingenieurin / eines Ingenieurs in das Dezernat für Veterinärwesen und Verbraucherschutz geprüft. Gegebenenfalls erfolgt auch eine externe Ausschreibung.

Frage 907 – Abg. Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Art haben sich die Vertragsbeziehungen zwischen der Siemens AG oder ihren Tochterunternehmen und der Rhön-Klinikum AG oder ihren Tochterunternehmen in Bezug auf die Partikeltherapieanlage und die dafür erforderlichen Gebäude in Marburg in den letzten drei Monaten verändert?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann:

Die Rhön-Klinikum AG hat gegenüber der Siemens AG die Kündigung des Mietvertrags des Gebäudes der Partikeltherapieanlage in Marburg zum 30.09.2013 ausgesprochen.

Die Rhön-Klinikum AG steht weiterhin in Gesprächen mit der HIT und der Siemens AG, um eine Inbetriebnahme des Partikeltherapiezentrum zu ermöglichen. Hierzu gibt es allerdings noch keine vertraglichen Vereinbarungen.